

Landtag Rheinland-Pfalz
13. Wahlperiode

Plenarprotokoll 13/118

118. Sitzung

Mittwoch, den 18. Oktober 2000

Mainz, Deutschhaus

AKTUELLE STUNDE

„Umwandlung von $\frac{3}{4}$ -Angestellten-Verträgen rheinland-pfälzischer Lehrerinnen und Lehrer in volle Planstellen“ 8859
auf Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/6318 -

„Stufenplan zur Überführung der $\frac{3}{4}$ -Angestelltenverträge im Schulbereich in Beamtenstellen“ 8859
auf Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 13/6327 -

„Die Zukunft der Verpackungsentsorgung in Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund des von der EU-Kommission eingeleiteten Verfahrens gegen das Duale System Deutschland“ 8868
auf Antrag der Fraktion der F.D.P.
- Drucksache 13/6319 -

„Chancen für die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz durch die Förderung erneuerbarer Energien“
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/6321 -

Die Aktuelle Stunde wird geteilt.

Zu den ersten drei Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 98 der Geschäftsordnung des Landtags statt.

Das letzte Thema kann gemäß § 98 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtags nicht behandelt werden.

Wahl eines stellvertretenden berufsrichterlichen Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz 8876
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
- Drucksache 13/6242 -

Zum stellvertretenden berufsrichterlichen Mitglied des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz wird mit Wirkung vom 9. Dezember 2000 Frau Irmgard Wolf, Präsidentin des Landgerichts, 66482 Zweibrücken, mit Mehrheit gewählt. 8876

Wahl der Vertrauensleute des Ausschusses zur Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter 8876
hier: Verwaltungsgericht Mainz und Verwaltungsgericht Trier
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
- Drucksache 13/6248 -

dazu: Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. 8876
- Drucksache 13/6368 -

Der Wahlvorschlag - Drucksache 13/6368 - wird mit Mehrheit angenommen. 8876

Regierungserklärung

„Perspektiven für Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz“ 8876

Gemüsebau in Rheinland-Pfalz 8885
Antrag der Fraktion der F.D.P.
- Drucksache 13/5571 -

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Landwirtschaft und Weinbau 8885
- Drucksache 13/6178 -

Die Regierungserklärung und die Drucksachen 13/5571/6178 werden gemeinsam aufgerufen.

Die Regierungserklärung wird von Staatsminister Bauckhage abgegeben.

Daran schließt sich eine Aussprache an.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. - Drucksache 13/5571 - wird mit Mehrheit angenommen. 8904

Landesgesetz zu dem Staatsvertrag über die Bildung einer gemeinsamen Einrichtung nach § 6 Abs. 1 Satz 7 des Abfallverbringungsgesetzes 8904
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/6147 -
Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Forsten 8904
- Drucksache 13/6364 -

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 13/6147 - wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen. 8906

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Ausführung des
Betreuungsgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/6165 -
Zweite Beratung** 8906

**dazu: Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses
- Drucksache 13/6365 -** 8906

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 13/6165 - wird in
zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig
angenommen.* 8909

**Landesgesetz über die staatliche Anerkennung von Sozialarbeiterinnen und
Sozialarbeitern sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen (SoAnG)
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/6119 -
Zweite Beratung** 8909

**dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur, Jugend
und Familie
- Drucksache 13/6366 -** 8909

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 13/6119 - wird in
zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig
angenommen.* 8911

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Verwaltungshochschulgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/6267 -
Erste Beratung** 8912

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 13/6267 - wird an den
Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung - federführend - und
an den Rechtsausschuss überwiesen.* 8912

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Hans-Artur Bauckhage, Frau Dr. Rose Götte, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner, Walter Zuber; die Staatssekretäre Rüter, Dr. Auernheimer, Härtel.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Walter Augustin, Ute Granold, Margot Nienkämper, Staatsministerin Klaudia Martini sowie Staatsminister Florian Gerster.

Rednerverzeichnis:

Präsident Grimm	8859, 8860, 8861, 8863, 8864, 8866, 8867, 8868, 8870 8871, 8872, 8874, 8875, 8876, 8884, 8886
Vizepräsident Heinz	8887, 8889, 8892, 8894, 8896, 8898, 8899, 8901, 8903 8904, 8905, 8906, 8907, 8908, 8909, 8910, 8911
Bill (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8907, 8910
Billen (CDU)	8885, 8904
Bischof (CDU)	8909
Braun, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8871, 8875, 8905
Bräde-Hoffmann (SPD)	8860, 8866
Dröschner (SPD)	8906, 8907
Franzmann (SPD)	8896
Frey, Dr. (F.D.P.)	8892, 8899
Hartloff (SPD)	8910
Hatzmann (F.D.P.)	8869, 8874
Jahns (SPD)	8887
Keller (CDU)	8866
Kiltz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8889, 8898
Kramer (CDU)	8906
Kuhn (F.D.P.)	8863, 8868, 8905
Lelle (CDU)	8859
Licht (CDU)	8870, 8875, 8905
Müller (CDU)	8904
Nagel (SPD)	8870, 8905
Pahler (F.D.P.)	8908, 8911
Schmitt, D. (CDU)	8854, 8903
Schneider, Chr. (CDU)	8909
Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8861, 8867
Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau	8876, 8901
Götte, Dr., Ministerin für Kultur, Jugend, Familie und Frauen	8911
Zöllner, Prof. Dr., Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung	8864
Auernheimer, Dr., Staatssekretär	8908
Härtel, Staatssekretär	8872, 8906

**118. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 18. Oktober 2000**

Die Sitzung wird um 14.00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 118. Sitzung des rheinland-pfälzischen Landtags.

Zu Schriftführern berufe ich die Abgeordneten Peter Wilhelm Dröscher und Dr. Josef Rosenbauer. Herr Dröscher führt die Rednerliste.

Entschuldigt sind für heute die Abgeordneten Ute Granold, Margot Nienkämper, Walter Augustin sowie Staatsministerin Claudia Martini und Staatsminister Florian Gerster.

Am 4. Oktober hat ein Kollege seinen 55. Geburtstag gefeiert. Ich darf sicherlich auch in Ihrem Namen dem Kollegen Creutzmann für seinen weiteren Lebensweg alles Gute wünschen. Bleiben Sie gesund!

(Beifall im Hause)

Zur ausgedruckten Tagesordnung möchte ich einige Hinweise geben:

Die Beschlussempfehlungen zu den Punkten 8 bis 10 der Tagesordnung wurden unter den Drucksachennummern 13/6364 bis 13/6366 am 17. Oktober in die Fächer verteilt. Mit der Feststellung der Tagesordnung ist damit gleichzeitig die Frist zwischen der Verteilung der Beschlussempfehlungen und der zweiten Beratung abzukürzen.

Gibt es Einwände gegen die vorgeschlagene Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann ist die Tagesordnung so festgestellt.

Wir beginnen mit Punkt 2 der Tagesordnung:

AKTUELLE STUNDE

**a) „Umwandlung von ¼-Angestellten-Verträgen
rheinland-pfälzischer Lehrerinnen und Lehrer
in volle Planstellen“
auf Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/6318 -**

**„Stufenplan zur Überführung der ¼-Angestellten-
verträge im Schulbereich in Beamtenstellen“
auf Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 13/6327 -**

**b) „Die Zukunft der Verpackungsentsorgung in
Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund des von
der EU-Kommission eingeleiteten Verfahrens
gegen das Duale System Deutschland“
auf Antrag der Fraktion der F.D.P.
- Drucksache 13/6319 -**

**c) „Chancen für die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz
durch die Förderung erneuerbarer Energien“
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/6321 -**

Die Aktuelle Stunde wird geteilt. Zu dem ersten Thema spricht Herr Abgeordneter Erhard Lelle.

Abg. Lelle, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie alle kennen das Bild des Rufers in der Wüste. Als ein solcher musste sich meiner Meinung nach Herr Professor Dr. Zöllner nach dem SPD-Parteitag fühlen. Ich erinnere an den Verlauf der letzten Plenarsitzung. Dort hat er mannhaft und tapfer seine Einstellungspraxis verteidigt und sich zu rechtfertigen versucht.

Herr Minister, Grundsätze zu haben ist nichts Schlechtes, sondern etwas Ehrenwertes. Aber für Politiker gilt auch, dass sie sich gelegentlich rückversichern sollten, ob auch der Ministerpräsident oder die Partei noch dahinterstehen. Ansonsten droht man, plötzlich im rauen Wind zu stehen oder mit dem Bild des Rufers in der Wüste verglichen zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister, Sie haben offensichtlich zwei Dinge nicht bedacht: Sie haben zum Ersten nicht bedacht, dass die Landtagswahl naht und damit diese Landesregierung alle kritischen Punkte abräumen muss. Zum Zweiten haben Sie offensichtlich auch nicht bedacht, dass Ministerpräsident Beck sich einen Teufel darum schert, was sein Bildungsminister im Parlament gesagt hat oder sagt, wenn er an die Landtagswahl denkt.

So musste kommen, was alle schon wussten. Herr Ministerpräsident Beck verkündet eine neue Marschrichtung, und alle außer Staatsminister Professor Dr. Zöllner und Frau Brede-Hoffmann sind glücklich.

Ich möchte keine Schadenfreude verbreiten; denn das haben beide nicht verdient. Aber das eigentlich Ärgerliche muss heute angesprochen werden. Ich möchte in diesem Zusammenhang Ministerpräsident Beck persönlich ansprechen.

Ich meine sein Verständnis von Parlamentarismus. In diesem Hause wird redlich um den besten Weg diskutiert und gerungen. Wir von der CDU weisen wiederholt auf die Auswirkungen der Dreiviertel-Planstellen hin. Der verantwortliche

Minister bemüht sich ohne Zweifel zu retten, was zu retten ist; denn fast alle sind schon anderer Meinung. Der Ministerpräsident dieses Landes sitzt dabei und schweigt,

(Beifall der CDU)

obwohl er den Redetext seiner Parteitage Rede schon kennt, und er lässt seinen Minister ins offene Messer laufen.

Meine Damen und Herren, nicht im Parlament, sondern draußen auf dem Parteitag werden die Neuigkeiten der Landesregierung verkündet. Dies nenne ich einen schlechten parlamentarischen Stil, Herr Ministerpräsident.

(Beifall der CDU)

Im Parlament hat die Regierung in einer solch wichtigen Sache ihre Haltung offen zu legen und, wenn notwendig, Konsequenzen daraus zu ziehen und zu verkünden.

Natürlich begrüßen wir die Meinungsänderung. Wir haben dies lange genug gemeinsam mit den Lehrerverbänden gefordert. Wir haben lange genug auf die Folgen der Dreiviertel-Verträge hingewiesen. Es war höchste Zeit, endlich zu reagieren.

Die CDU ist dennoch unzufrieden. Der Schritt, Lehrkräfte wieder auf volle Planstellen einzustellen, muss unserer Meinung nach noch rascher und konsequenter vollzogen werden. Damit bin ich bei einem weiteren ärgerlichen Punkt Ihrer Erklärung angelangt, Herr Ministerpräsident.

Die Grundschullehrer wollen Sie dabei außen vor lassen. Dies ist ein Schlag ins Gesicht dieser Berufsgruppe.

(Beifall der CDU)

Diese Haltung ist ungerecht und nicht nachvollziehbar. Sie ist diskriminierend.

(Mertes, SPD: Menschenrechtsfeindlich,
mindestens!)

Die Grundschullehrerinnen und -lehrer haben offensichtlich bei dieser Landesregierung eine schlechte Lobby.

(Beifall der CDU)

Schon in der Vergangenheit hat sich dies mehrfach gezeigt. Ich erinnere an die Einführung der Vollen Halbtagschule, was ohne Zweifel zulasten der Grundschullehrerinnen und -lehrer ging, die sie sehr in Bedrängnis gebracht hat und an der sie heute noch zu knabbern hat, wie man so schön sagt.

Ich erinnere auch daran, dass für die Grundschullehrerinnen und -lehrer als einziger Lehrerschaft eine Neubewertung der Arbeitszeit durchgeführt wurde. Die Betreuungszeiten werden nur teilweise angerechnet. Die Grundschullehrerinnen

und -lehrer haben bei dieser Landesregierung offensichtlich kein gutes Ansehen. Bald werden sie möglicherweise auch bei der Besoldung oder beim Studium diskreditiert. Aber meine Damen und Herren, Gott sei Dank wird es dazu nicht kommen; denn vorher werden Sie die Wahl verlieren.

(Beifall der CDU -

Ministerpräsident Beck: Das war
der große Schlag! -
Pörksen, SPD: Sie machen uns
ganz schön Angst!)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Brede-Hoffmann das Wort.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Lelle, es war klar, dass Sie unzufrieden sind. Sie sind aber nicht darüber unzufrieden, was wie geregelt worden ist, sondern dass etwas geregelt worden ist; denn dies hat Ihnen ein Argument genommen.

(Bruch, SPD: Sehr wahr! -
Beifall der SPD und der F.D.P.)

Lassen Sie mich dies mit allem Verständnis sagen: Das kann ich gut verstehen.

Was war? Sie kritisieren die Dreiviertelstellen. Was war? - Im Land Rheinland-Pfalz wie auch in der gesamten Bundesrepublik gab es Zeiten, in denen Lehrerinnen und Lehrer nach Abschluss ihrer Ausbildung keine Stelle fanden. Im Land Rheinland-Pfalz haben seit 1991 mehr als 11 000 junge Menschen eine Stelle im Schuldienst gefunden. Das ist gut und gern jeder Dritte im Schuldienst. Im Land Rheinland-Pfalz sind seit den letzten Jahren über 1 000 Menschen mehr im Schuldienst untergekommen, haben also eine ihrer wissenschaftlichen, Qualifikation entsprechende Anstellung bekommen, als dies mit vollen Stellen der Fall gewesen wäre.

Das kritisieren Sie. Man muss lange darüber nachdenken, ob Lehrerinnen und Lehrer bei Ihnen eine gute Lobby haben. Diese 1 000 Menschen jedenfalls hatten sie nicht mit der CDU, sondern mit dieser Landesregierung.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

In den letzten eineinhalb Jahren haben sich diese Verhältnisse in vielen Bereichen deutlich geändert. Wir haben frühzeitig darauf reagiert. Bei den Berufsschullehrern war deutlich erkennbar, im Bereich der arbeitsfeld- bzw. berufsorientierten Fächer gibt es einen Mangel an ausgebildeten Lehrerinnen

nen und Lehrern. Dies gibt es aber nicht seit zehn Jahren, sondern erst seit einigen Jahren, Herr Lelle. Wir haben reagiert. Diese Lehrerinnen und Lehrer wurden auf ganze Stellen eingestellt.

Seit diesem Schuljahr haben wir diesen Zustand zum Beispiel auch bei Realschullehrern und Sonderschullehrern. Wir haben reagiert. In diesem Schuljahr sind die Realschullehrer und Sonderschullehrer, die 1997 mit Dreiviertelstellen eingestellt worden sind, frühzeitig in eine volle Stelle überführt worden und haben eine Beamtenstelle bekommen. Wir haben flexibel reagiert.

Der Stufenplan mit der Überführung von Dreiviertelstellen in ganze Stellen reagiert genau auf die Situation auf dem Arbeitsmarkt.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Es wird Arbeitslosigkeit nicht entstehen, wenn wir Lehrerinnen und Lehrer wieder in ganze Stellen übernehmen. Genau so sieht das Konzept jetzt aus. Wir gehen auch weiterhin nicht das Risiko ein, Akademiker in diesem Land ausgebildet zu haben, um sie dann mit dem freundlichen Gruß fürs Leben draußen auf der Straße stehen zu lassen. Wir sorgen uns vielmehr darum, dass diesen jungen Menschen dann auch im Dienst des Landes Rheinland-Pfalz als Lehrerinnen und Lehrer Stellen zur Verfügung gestellt werden.

Ich sage mit allem Bedauern, was ich betonen möchte, bei den Grundschullehrern ist das aufgrund der Entwicklungszahlen bei den Kindern so nicht möglich. Herr Lelle, wenn Sie aber die letzten Veröffentlichungen der GEW anschauen, dann werden Sie sehen, dass bei den Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern im Moment auch noch die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber sehr hoch ist, das heißt, dort wird auch über Dreiviertel-Verträgen mehr jungen Lehrerinnen und Lehrern geholfen, eine Stelle im Dienst der Schulen zu finden. Also auch diesen Lehrerinnen und Lehrern werden wir mit dieser Lösung noch gerecht und schaffen nicht arbeitslose Lehrerinnen und Lehrer. Wir schaffen vielmehr Lehrerinnen und Lehrer, die ihr Geld bei uns verdienen können.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben noch etwas geschafft. Wir stehen an der Spitze der Bundesländer mit Neueinstellungen. 4,8 % aller Lehrerinnen und Lehrer sind als Neueinstellungsquote Spitze. Kein anderes Bundesland hat das in diesem Schuljahr geschafft. Rheinland-Pfalz hat es geschafft.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Ich möchte auch daran erinnern, dass wir uns mit der Diskussion auseinander setzen müssen, wir trieben Lehrerinnen und Lehrer aus dem Land. Man sah, wie der Minister sie irgendwo wegscheucht. Es hieß, wir trieben sie aus dem Land. Dann muss man sich einmal die Frage stellen, was von einer solchen

Behauptung wirklich übrig bleibt, wenn man sich die anderen Bundesländer anschaut.

Herr Lelle, Baden-Württemberg ist wohl ein Land, das von Ihnen ganz deutlich bestimmt wird. Dort hat es in diesem Schuljahr etwas ganz Abenteuerliches gegeben, nämlich 660 Junglehrer als so genannte Springerreserve. Diese Junglehrer als Springerreserve haben ein halbes Deputat und verfügen über Einjahres-Angestellten-Verträge, was ich außerordentlich bemerkenswert finde. Jetzt stelle sich einmal jeder dies für seine Kinder vor, die vielleicht gerade eine Ausbildung gemacht haben.

(Glocke des Präsidenten)

Es sind Einjahres-Angestellten-Verträge. Das ist unser Nachbarland, in das der Herr Minister sie alle hingetrieben hat.

Das Saarland, das sicherlich auch unser Nachbarland ist, macht Dreiviertel-Einstellungen im Beamtenverhältnis nur dann, wenn die Lehrer Mangelfächer unterrichten. Das ist die Lösung des Landes Rheinland-Pfalz.

(Glocke des Präsidenten)

Was ist von den weggetriebenen Lehrerinnen und Lehrern eigentlich zu glauben, Herr Kollege? Diese Lehrerinnen und Lehrer haben in der Nachbarschaft unseres Bundeslandes noch schlechtere Verhältnisse vorgefunden, als Sie sie uns für unser Bundesland beschrieben haben.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde die Art und Weise, wie hier über Dreiviertelstellen gestritten wird, insbesondere zwischen CDU und SPD, aber auch unter aktiver Mitwirkung der F.D.P., zeigt, dass es schon eine heuchlerische Debatte ist.

(Creutzmann, F.D.P.: Sehr schön,
dass Sie uns immer erwähnen! -
Dr. Schiffmann, SPD: Oberlehrerin!)

Was passiert denn, seitdem die SPD auf ihrem Parteitag verkündet hat, sie werde im nächsten Jahr, also eigentlich erst nach der Landtagswahl, tatsächlich etwas machen?

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Damit
die Schulen Planungssicherheit
haben, Frau Kollegin!)

Sie sagten, Sie werden etwas tun. Was passiert dann? Dann kommt sofort die Retourkutsche und die Reaktion von der F.D.P. und der CDU, aber in einem Jahr müssten doch dann alle Stellen sofort umgewandelt werden, dies nicht in einem Stufenplan, wie dies von der SPD vorgestellt wurde. Das bezeichne ich als heuchlerische Scheindebatte, weil es nur darum geht, wer als Erster die Nase vorne hat.

Ich sage Ihnen, wenn es Ihnen tatsächlich um die Schülerinnengenerationen der letzten zehn Jahre und der kommenden zehn Jahre geht, dann würden Sie solche Scheingefechte lassen. Dann würden wir darüber reden, welche Maßnahmen wir heute ergreifen und nicht für das nächste Schuljahr, um die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Ich erinnere Sie an die Meldung des Landeselternbeirats von gestern, der die Unterrichtsversorgung als Besorgnis erregend ansieht. Meine lieben Kollegen, oder Sie würden einmal davon reden, wie man die Lehrer- und Lehrerinnenausbildung attraktiv macht. Ich glaube, das wäre eine Debatte mit Perspektive, die heute notwendig wäre und die Sie ganz gern in die nächste Legislaturperiode verschieben wollen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich erinnere daran, dass es dazu im September 1999 einen Antrag von uns gab und dass diese Diskussion verschoben wird.

(Dr. Schiffmann, SPD: Sagen Sie doch etwas zum Thema! -

Frau Brede-Hoffmann, SPD: Sagen Sie etwas zum Thema Dreiviertelstellen.

Darüber wollten wir doch diskutieren!)

Wenn Sie allgemein über den Mangel an ausgebildeten Lehrern sprechen, wenn Sie über das Marktproblem sprechen, müssen Sie die von mir genannten Gesichtspunkte einbeziehen. Herr Mertes hat es bei einem Interview im Südwestfunk doch auf den Punkt gebracht. Er sagte, es wird Lehrermangel geben, der Markt ist leergefegt. Dann muss man sich doch in einem Bundesland wie Rheinland-Pfalz überlegen, wie man attraktive Bedingungen für solche schafft, die sich für den Beruf der Lehrerinnen und Lehrer interessieren. Dann kommt doch ganz zentral der Gesichtspunkt in die Diskussion, wie ich die Ausbildung gestalte.

(Dr. Schiffmann, SPD: Sagen Sie etwas zum Thema! -

Frau Brede-Hoffmann, SPD: Darüber diskutieren wir in der nächsten Aktuellen Stunde!)

Meine Damen und Herren, daran drücken Sie sich vorbei. Genau, Frau Brede-Hoffmann, daran drücken Sie sich vorbei. Das schieben Sie auch in die nächste Legislaturperiode.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Aktuelle Stunde!)

Das stand nur schon in Ihrem Koalitionsvertrag, und Sie kommen nicht in die Pötte. Sie haben es nur mit Schwierigkeiten hinbekommen, diesen Punkt überhaupt noch im Ausschuss beraten zu wollen und dazu eine Anhörung zu machen.

(Dr. Schiffmann, SPD: Thema verfehlt!)

Wenn Sie mit diesem Problem perspektivisch umgehen wollen, dann spielt die Ausbildung eine zentrale Rolle. Dann müssen Sie auch darauf kommen und dürfen nicht nur darum streiten, ob Sie nun bei allen Lehrern oder nur in einem Stufenplan die Stellen anheben.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Dazu haben Sie aber nicht viel zu sagen!)

- Doch, das kommt jetzt. Herr Kuhn, wenn es aus Ihrem Mund kommt, dass man in einem Schritt alle Stellen anheben sollte, dann finde ich das besonders heuchlerisch. Ich kann mich gut daran erinnern, dass Sie im Januar dieses Jahres einen Doppelhaushalt mit verabschiedet haben, in dem Sie genaue finanzielle Rahmenbedingungen abgesteckt haben, mit denen es nicht geht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie Ihr Vorhaben umsetzen würden, würden Sie mit Ihrem Finanzrahmen eine Situation herbeiführen, in der Sie nicht eine einzige Neueinstellung im nächsten Schuljahr durchführen könnten. Dann schütteln Sie nicht den Kopf. Fangen Sie an zu rechnen. Wenn Sie für 4 000 Lehrerinnen und Lehrer die Dreiviertelstellen aufstocken würden, dann sagen Sie mir einmal, wo Sie dann noch Platz und Raum für eine Neueinstellung haben wollen.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So ist es!)

Dann sagen Sie mir bitte auch, welches Image dieses Land haben wird, wenn es für ein Jahr überhaupt keine neuen Lehrerinnen und Lehrer einstellen wird. Fragen Sie sich das einmal, und erklären Sie das denen, die hier in Ausbildung sind und die hier Stellen haben möchten.

(Dr. Schiffmann, SPD: Wie hätten Sie es denn gern?)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass es notwendig ist, diese Stellen aufzustocken und dies in einem vernünftigen Stufenplan zu machen,

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Dann stimmen Sie uns doch zu, Frau Kollegin! Sagen Sie es dann doch! -

Dr. Schiffmann, SPD: Jetzt kommen Sie zum Thema!)

damit Sie überhaupt eine Bedarfsplanung machen können. Wenn Sie die Aufstockung in dem Sofortvollzug machen, wie es die F.D.P. fordert und wie es überhaupt nicht gegenfinanziert ist, dann frage ich, wie Sie überhaupt den Bedarf an Fachkombinationen decken wollen; denn auch dafür haben Sie überhaupt keine Gestaltungsmöglichkeiten mehr.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich glaube, es geht nicht nur um die Dreiviertelstellen. Ich sage es einfach so platt, das wird der Markt regeln. Es geht vielmehr um perspektivische Maßnahmen. Dann hat für uns die Reform der Lehrerinnen- und Lehrerbildung eine zentrale Bedeutung. Ich sage Ihnen, wenn wir das nicht schaffen werden, dann werden die Länder in unserer Umgebung, also Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, zukünftig noch sehr viel mehr Lehrerinnen und Lehrer aus diesem Land abziehen. Das können wir nur verändern, indem wir gescheitete Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten schaffen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Werner Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unser aller Ziel ist es, die Qualität unseres Ausbildungs- und Schulsystems zu erhalten und zu verbessern. Ein ganz wesentliches Element bei diesen Bestrebungen ist es, den Lehrerberuf so attraktiv wie möglich zu gestalten.

Frau Thomas, eines stimmt nicht. Wenn Sie Ihre Vorstellung von einer Lehrerbildung realisieren würden, würden Sie genau das Gegenteil erreichen. Das ist ein anderes Thema.

(Vereinzelte Beifall bei der F.D.P.)

Wir haben völlig andere Vorstellungen. Wir wollen die Qualität unseres Ausbildungssystems erhalten und in Rheinland-Pfalz eine Lehrerbildung haben, die gewachsen, die vernünftig ist und in vielen Bereichen weiterentwickelt werden kann.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Keine moderne wollen Sie damit sagen!)

Ihre abstrusen Vorstellungen von einem Einheitslehrer können wir nicht teilen. Damit würden Sie unserem Schulsystem Schaden zufügen.

(Vereinzelte Beifall bei der F.D.P. -
Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Man soll nicht von etwas reden, von
dem man keine Ahnung hat!)

Zu dem eigentlichen Thema Dreiviertelstellen lassen Sie mich in aller Sachlichkeit einige Bemerkungen machen.

Frau Thomas, übrigens begrüße ich Sie in der großen Koalition derjenigen, die eine Abschaffung der Dreiviertelstellen für vernünftig hält. Ich freue mich, dass Sie das heute in aller Klarheit gesagt haben.

(Vereinzelte Beifall bei der F.D.P.)

Jetzt auf einmal sind auch Sie dabei. Das haben Sie ein bisschen versteckt untergebracht. Wir wollen auch zur Kenntnis nehmen, dass wir möglicherweise Konsens haben.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Schaffung von Dreiviertelstellen in einer Situation, in der Junglehrer vor dem beruflichen Ausstand, war richtig. Das wurde von der F.D.P.-Fraktion auch mitgetragen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Es war eine außergewöhnliche Situation. In außergewöhnlichen Situationen muss man auch entsprechend handeln. Das wird auch in diesem Hause niemand bestreiten, dass wir in dieser Zeit sehr vielen jungen Menschen einen Arbeitsplatz angeboten haben. Wir haben im Übrigen auch dazu beigetragen, dass das Durchschnittsalter der Lehrerkolleginnen und -kollegen gesenkt wurde. Auch das hat den Schulen gut getan.

(Vereinzelte Beifall bei F.D.P. und SPD)

Meine Damen und Herren, unser Bildungssystem ist sehr komplex. Manchmal hat man auch Sensoren, die einem sagen, dort tut sich etwas, auch wenn es noch nicht in der Statistik Eingang gefunden hat.

(Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

Wir fühlen uns wirklich bestätigt. Nach meiner Einschätzung war es schon relativ früh absehbar, dass sich der Lehrermärkte radikal ändern wird. Er hat sich in einem Tempo verändert, das uns ziemlich überrascht hat. Herr Gölter weiß, wie schwer kalkulierbar solche Entwicklungen sind. Das wundert mich selbst immer wieder. Ich kann mir gar nicht vorstellen, wie es kommt, dass man auf einmal keine Englischlehrer mehr hat. Das müsste man eigentlich auch früher wissen. Die-

ses System ist sehr komplex. Es war richtig, darauf zu reagieren und in dieser Situation das System umzustellen. Die Dreiviertelstellen machten Sinn in einer Zeit, in der wir arbeitsmarktpolitisch diese Probleme hatten. Wir sind uns einig, dass wir aus verschiedenen Gründen möglichst schnell davon weggehen müssen.

(Vereinzelt Beifall bei der F.D.P.)

Es gibt verschiedene Gründe. Es ist in der Tat für diejenigen Lehrerinnen und Lehrer unwürdig, über eine so lange Zeit mit einem relativ geringen Einkommen zu leben, lassen Sie mich das so sagen. Das können wir den Lehrern auf Dauer so nicht zumuten.

(Beifall des Abg. Wirz, CDU)

Es geht darum, den Lehrerberuf attraktiv zu halten. Wir müssen ihn attraktiv halten. Ich sage Ihnen jetzt, wir werden verschärft Probleme bekommen, qualifizierte junge Menschen für den Lehrerberuf zu werben. Wenn wir mit dieser Einstellungspraxis weitergefahren wären, hätten wir dem Image des Lehrerberufs erheblichen Schaden zugefügt.

(Wirz, CDU: Wer hat denn das gemacht?)

Wir begrüßen außerordentlich, dass jetzt der sehr große Schritt zur Abschaffung der Dreiviertelstellen gemacht wird.

(Glocke des Präsidenten)

Lassen Sie mich noch einen Satz sagen. Ich sage ein Wort zu den Grundschullehrern, weil das zweimal angesprochen wurde. Selbstverständlich können wir die Grundschulen nicht außen vor lassen. Das ist ganz klar. Auch hier müssen wir möglichst schnell den Einstieg schaffen.

Lassen Sie mich noch einen Satz sagen. Es gibt natürlich auch begrenzende Faktoren, die wir sehen müssen. Es geht auch um einen Einstellungskorridor. Lassen Sie uns das berechnen. Am Prinzip ändert sich nichts. Ich glaube, wir sind uns alle einig, wir brauchen auch in diesem Bereich den möglichst schnellen Einstieg in den Ausstieg.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Glocke des Präsidenten)

Ich hoffe, dass wir es in relativ kurzer Zeit bzw. so schnell wie möglich schaffen, von dieser Dreiviertelstellen-Regelung wegzukommen.

(Vereinzelt Beifall bei der F.D.P. -
Beifall des Abg. Wirz, CDU)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich begrüße Gäste im Landtag, und zwar aus Ulmen und aus Konz. Aus Konz sind die Schüle-

rinnen und Schüler der 10. Klasse des Staatlichen Gymnasiums zu uns gekommen. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Bildungsminister Professor Dr. Jürgen Zöllner das Wort.

**Prof. Dr. Zöllner,
Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben 1997 bei der Einführung des Instrumentariums der Dreiviertelstellen gesagt, dies geschieht in Bezug auf den Einzelnen, dass zu jedem Zeitpunkt überprüft wird, ob die Zeitdauer von fünf Jahren tatsächlich eingehalten werden muss oder ob frühere Übernahmen möglich sind.

Zum Zweiten haben wir gesagt, dass wir das System der Dreiviertelstellen in Bezug auf die einzelnen Schularten und insgesamt permanent überprüfen werden, ob es noch ein geeignetes und optimales Mittel zur Erreichung vielfältiger Ziele ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses haben wir schon in der Vergangenheit gemacht. Ich weise Sie darauf hin, dass eine Vielzahl von Lehrerinnen und Lehrern vorzeitig vor fünf Jahren schon nach drei Jahren auf volle Beamtenstellen übernommen worden ist. Es ist in der Diskussion schon wieder darauf verwiesen worden, dass wir im Bereich der berufsbildenden Schule, in der sich der Arbeitsmarkt anders gestaltet bzw. früher gewandelt hat, selbstverständlich schon Ausnahmen durch Übernahmen auf volle Beamtenstellen gemacht und Einstellungen vorgenommen haben.

Es ist wieder ein Zeitpunkt, an dem wir die Auswirkungen überprüfen müssen. Herr Lelle, da haben Sie Recht. Dieses ist für mich ein wunderschönes Thema, wenn wir eine Sekunde dabei verweilen. Was sind die Auswirkungen dieser Einstellungspraxis der Landesregierung? Als Erstes ist die Arbeitslosigkeit von Lehrerinnen und Lehrern zu nennen, die auch von Ihnen immer wieder als Problem angesprochen worden ist. Ich erinnere mich noch an die Demonstration zum Beispiel der GEW im letzten Jahr, bei der gesagt wurde, dass wegen der Lehrerarbeitslosigkeit junge Menschen nicht in Haushaltshilfebberufe und Taxiberufe getrieben werden sollten. Es müsse etwas dagegen unternommen werden. Faktum ist, dass wir die Arbeitslosigkeit in unserem Bereich seit 1997 in der Größenordnung von 46 % von Lehrerinnen und Lehrern verringert haben. Dies ist ein riesiger Erfolg.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, Herr Lelle, in diesem Parlament und auf Podiumsdiskussionen wird immer wieder darauf hingewiesen, dass ein Problem die Altersstruktur der Lehrerkollegien ist. Es gibt überhaupt keinen Zweifel, dass es allein durch die Veränderung von 1997 auf 1998 wegen unserer

Einstellungspraxis gelungen ist, eine entscheidende Verjüngung der Kollegien zu erreichen. Das lässt sich im Bundesvergleich belegen. Eine Analyse der Altersstruktur zeigt, dass wir in den Kollegien mit Bayern die günstigste Altersstruktur in allen alten Bundesländern in dieser Republik haben. Ich finde, das sind wunderschöne Auswirkungen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können uns auch die letzte Einstellungsrunde und deren Auswirkungen betrachten. Jeder, der die Zeitung aus anderen Bundesländern liest, kann es uns schwer nachvollziehen. Ich betone, Tatsache ist, dass wir weniger Probleme bei der Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern haben als beispielsweise Hessen und Baden-Württemberg. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass wir das Instrumentarium und die Möglichkeit haben, über Aufstockungen bedarfsgerecht dem wahren Ziel, vernünftige und gute Unterrichtsversorgung in den Schulen zu gewährleisten, bei dieser Runde besser als andere Bundesländer nachgekommen sind.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Wen wundert es, dass natürlich wieder ein Haar in der Suppe gefunden wird, wenn wir einen Vorschlag machen?

Meine Damen und Herren, ich finde es aber schlimm, dass man jetzt nach dem Motto eines wahlkampfmäßigen Opportunismus eine Gruppe herausgreift und sagt, die würde durch einen solchen Vorschlag diskriminiert werden.

(Lelle, CDU: Das ist doch klar!
Sie schließen sie doch aus!)

- Herr Lelle - ich gehe davon aus, dass Sie es wissen -, Sie vergessen, dass Sie bei jeder Umwandlung einer Dreiviertelstelle in eine volle Stelle freie Stellenäquivalente brauchen. Im Klartext heißt das, für vier Stellen brauchen Sie eine freie Stelle. Bei zurückgehenden Schülerinnen- und Schülerzahlen im Bereich der Grundschule würde das de facto bedeuten, dass gegenüber dem nach dem Stellenzuweisungsverfahren üblichen Weg im Bereich der Grundschule durch die Umwandlung - wenn wir sie dort genauso machen würden wie in den anderen Schulbereichen - mehr als 400 Stellen zu viel im Grundschulbereich wären.

(Mertes, SPD: So ist das!
1 plus 1 gibt 2!)

Meine Damen und Herren, es ist Opportunismus, dieses zu fordern und als Diskriminierung zu bezeichnen.

(Beifall bei der SPD -
Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wen schauen Sie dabei an, Herr Zöllner?
- Herrn Creutzmann?)

Die Wahrheit ist, dass mit dem Gros der anderen Schularten durchs Feuer gefahren wird. Das geht auf Kosten der Gymnasien, das geht auf Kosten der Realschulen, und das geht auf Kosten der berufsbildenden Schulen, wenn man es machen würde.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD -
Schweitzer, SPD: So ist es!)

Dann sollte man es nicht aussprechen. Das wäre Ehrlichkeit. Zu sagen, dass die Grundschullehrerinnen und -lehrer im Zusammenhang mit der Vollen Halbtagschule tatsächlich die Benachteiligten gewesen wären, ist eine Legende, die Ihnen selbst die Grundschullehrerinnen und -lehrer nicht glauben.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und F.D.P. -
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Richtig!)

Fragen Sie einmal die Lehrerinnen und Lehrer anderer Schularten und weisen Sie, wenn Sie von denen darauf hingewiesen werden, darauf hin, dass im Rahmen der Umwandlung in die Völle Halbtagschule die Lehrerinnen und Lehrer in der Grundschule zehn Minuten weniger Unterrichtszeit haben als vorher und sie als einzige Schulart vom Ansparmodell ausgenommen worden sind.

(Keller, CDU: Weil es gar nicht ging!)

Was daran diskriminierend ist, müssen Sie mir und den Lehrerinnen und Lehrern der anderen Schularten erst noch erklären.

(Vereinzelt Beifall bei SPD
und F.D.P.)

Ich bin der festen Überzeugung, dass sich die Auswirkungen sehen lassen können. Ich bin auch der festen Überzeugung, dass es der richtige Schritt zum richtigen Zeitpunkt war und ist, vor allen Dingen dann, wenn man weiß, dass es im Bereich der Personalversorgung von Schulen mehr Probleme gibt, die im Auge zu behalten sind - die Unterrichtsversorgung, die Qualität der Neueinstellungen, letzten Endes auch die Arbeitsplatzbeschaffung für junge Menschen und ähnliche Dinge mehr - und mit einem sinnvollen und verantwortbaren Gesamtmodell unter einen Hut gebracht werden müssen.

Herr Lelle, zum Schluss darf ich Sie beruhigen. Der Ministerpräsident nimmt ein Messer im Zusammenhang mit mir nur dann in die Hand - da wir uns als gutes Team verstehen -, wenn er schneidet, damit der Minister die Bissen dann besser mit der Gabel nehmen kann.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD -
Dr. Gölter, CDU: Das war sehr zweideutig
formuliert! Wissen Sie das?)

Präsident Grimm:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Josef Keller das Wort.

Abg. Keller, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hochmut kommt vor dem Fall!

(Mertes, SPD: So selbstkritisch waren Sie noch nie!)

Das ist mir eben eingefallen, als ich gehört habe, was Herr Minister Zöllner und Frau Brede-Hoffmann gesagt haben, wenn man daran denkt, was Sie noch vor kurzem von dieser Stelle aus zu den Dreiviertelstellen gesagt haben.

(Beifall bei der CDU)

Wie gehabt: Selbstbeweihräucherung, die beste Landesregierung, die es gab, und Beschimpfung der Opposition. Herr Minister Zöllner und Frau Brede-Hoffmann haben ausgeführt, dass die SPD und die Landesregierung frühzeitig auf den Lehrermangel reagiert hätten. Das ist wohl ein schlechter Witz. Die Landesregierung war immer nur dann bereit, wenn die Opposition Druck gemacht hat.

(Zurufe von der SPD)

Wenn dann die F.D.P. gekommen ist, hat sie reagiert, zum Beispiel im berufsbildenden Bereich. Vor knapp einem Jahr haben wir in diesem Hause einen Antrag gestellt, dass die Dreiviertelstellen in volle Stellen umgewandelt werden. Damals war die Situation schon absehbar. Sie ist nicht über Nacht gekommen. Damals hat die Regierungsmehrheit dies abgelehnt. Herr Kollege Kuhn, ich wundere mich jetzt etwas, in der Presse stand im Hinblick auf die jetzt vorgeschlagene Regelung des Ministerpräsidenten - dazu sage ich gleich noch etwas -, dass Sie damit nicht zufrieden wären. Machen Sie nicht nur Presseerklärungen, sondern zwingen Sie diese Landesregierung, dass sie dann auch drastisch nachbessert.

(Beifall des Abg. Lelle, CDU)

Frau Brede-Hoffmann, dass Sie noch den Mumm haben, diese Vorlage der Regierung zu vertreten, zeigt, an Kaltschnäuzigkeit sind Sie wirklich nicht zu überbieten.

(Beifall bei der CDU)

Lesen Sie einmal nach, was Sie alles gesagt haben, wie Sie uns attackiert haben. Sie haben uns Panikmache vorgeworfen usw. Lesen Sie es einmal nach. Im August und im September hat die CDU die katastrophale Unterrichtssituation und die daraus resultierenden Chaostage an den Schulen zum Thema gemacht. Spätestens dann war klar, dass diese Landesregie-

rung nicht in der Lage ist, eine geregelte Unterrichtsversorgung zu organisieren, geschweige denn zu garantieren. Es war klar, dass die unflexible Dreiviertelstellen-Einstellungspolitik schuld war. Frau Brede-Hoffmann, noch am 13. September sprach die Landesregierung von wenigen Einzelfällen. Dann war zehn Tage später der SPD-Parteitag. Dort hat Ministerpräsident Beck die Einschätzung der CDU geteilt und angekündigt, dass es eine sukzessive Abschaffung der Dreiviertelstellen geben wird.

(Glocke des Präsidenten)

Ich zitiere die Begründung aus der „Rheinpfalz“, die Zeiten hätten sich geändert, Lehrer seien heute gesuchte Leute. Innerhalb von zehn Tagen haben sich die Zeiten nicht geändert. Wer so spät reagiert, wer eine solche „Spätzünderlandesregierung“ wie diese darstellt, hat es wirklich nicht verdient, dass sie noch einmal gewählt wird. Das werden die entsprechenden Leute auch kapieren.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Für die SPD-Fraktion erteile ich noch einmal der Abgeordneten Frau Brede-Hoffmann das Wort.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Keller, das Halten von Wahlreden macht man normalerweise an anderen Stellen.

(Kramer, CDU: Dann müssten Sie auch ruhig sein! -

Mertes, SPD: Er hat keine andere!)

Wenn ich mir Ihre Rede anhöre, ist das bei Ihnen wie immer. Sie wissen alles besser. Sie haben es auch schon immer früher gewusst.

(Mertes, SPD: Richtig! -
Vereinzelt Heiterkeit und
Beifall bei der CDU)

Auf Sie passt wirklich das, was mein Kollege einmal als Ihre Dreisprungübung - kurz nach der Olympiade noch sehr sportlich bezeichnet hat: Von allem mehr, mehr, mehr, es ist wirklich viel zu spät und nein, nein, nein. - Sie haben zu allem, was es an Diskussionen über Dreiviertelstellen gab, immer

Nein gesagt. Sie haben demnach zu mehr beschäftigten Lehrerinnen und Lehrern Nein gesagt. Damit haben Sie zu mehr Arbeitslosigkeit Ja gesagt, Herr Kollege.

(Zurufe von der CDU)

Sie rufen immer: Mehr, mehr, mehr von allem!

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Herr Kollege, gleichzeitig wollen Sie, aber auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Geld sparen. Wie Sie es bei einer Aufstockung aller Stellen, die Sie bereits im letzten Jahr gefordert haben, hinbekommen wollen, das notwendige Geld für die dann notwendigen vielen zusätzlichen Stellen zusammenzubringen, haben Sie uns nie verraten.

Herr Kollege, Sie haben uns aber auch nicht verraten - das finde ich das Beängstigende für junge Lehrerinnen und Lehrer -, wie Sie es denn machen wollen, bei vollständig besetzten Stellen auf Jahre hinaus noch junge Kolleginnen und Kollegen irgendwo im Schuldienst unterzubringen.

(Keller, CDU: Das ist doch nicht mehr das Thema!)

Sie haben uns nie erzählt, wie Sie diejenigen Lehrerinnen und Lehrer, die in den nächsten eins bis drei Jahren ihren Abschluss machen werden, noch in der Grundschule beschäftigen wollen, wie Sie über das Instrument, das Sie bei zurückgehenden Schülerinnen- und Schülerzahlen, damit zurückgehendem Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern, vorschlagen, sofort alle Dreiviertelstellen in ganze Stellen in diesem Schulbereich umzuwandeln, überhaupt noch diese jungen Kolleginnen und Kollegen im Schuldienst unterbringen wollen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD -
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Das haben Sie uns nicht erzählt. Sie werden es uns auch nicht erzählen können. Wir aber entscheiden und beschließen mit der Verantwortung auch für die nächsten Jahrgänge von Studierenden, die eine Arbeitsstelle haben wollen. Wir haben deswegen die schwierige Entscheidung, die wir für den Einzelfall selbst auch als schwierig ansehen - darüber will ich überhaupt nicht hinwegreden -, getroffen, Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer zwar nicht mehr fünf, sondern künftig nur noch vier Jahre in Dreiviertelverträgen zu belassen und anders als in den anderen Schularten, wo der Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern steigt, bei gleichzeitig zurückgehenden Bewerberinnen- und Bewerberzahlen, dort mit ganzen Stellen wieder arbeiten zu können.

(Glocke des Präsidenten)

Der Minister hat darauf hingewiesen. Wir haben immer gesagt, wir werden angemessen reagieren, sobald sich die Situation ändert. Diese angemessene Reaktion für das kommende Schuljahr ist jetzt gefasst worden.

Danke schön.

(Keller, CDU: Spätzünder!)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Gerade solche Zwischenrufe wie „Spätzünder“ zeigen doch, dass die Diskussion in einer völlig falschen Bahn läuft. Bei den Diskussionen in den letzten Wochen, ob sie in den Medien, ob die Situation auf dem Arbeitsmarkt für Lehrerinnen und Lehrer, ob die Mangelsituation in bestimmten Fächern und Fächerkombinationen dargestellt wurde, wurde transportiert, es läge nicht allein daran - Herr Kuhn -, ob man eine Dreiviertelstelle oder eine ganze Stelle hat. Es liegt an vielen anderen Faktoren: wo die Schulen sind, ob es die geeignete Schulart ist, ob es die Wunschschulart ist, ob ich als Lehrerin vielleicht lieber an der Integrierten Gesamtschule wäre, aber dann an einem Gymnasium oder an einer Realschule lande. All das sind Faktoren, die bei der Entscheidung der Lehrerinnen und Lehrer mitspielen. Deswegen bitte ich Sie darum, diese Scheingefechte, wer der Schnellste war, wer das Weitesten macht usw., doch sein zu lassen und tatsächlich die Perspektive aufzumachen, worum es geht. Es geht darum, perspektivisch die richtige Entscheidung zu treffen.

Es ist richtig, wenn man sagt, man passt sich dort wieder dem Arbeitsmarkt an, besetzt auch volle Stellen, weil es auch dabei um die Konkurrenz zwischen den Ländern geht. Aber es geht doch auch darum, dass man Vereinbarungen zwischen den Ländern trifft. Herr Professor Dr. Zöllner, das ist etwas, wozu ich von Ihnen gern noch einmal etwas gehört hätte, weil wir das in früheren Diskussionen auch angesprochen und angeregt hatten. In dieser Konkurrenzsituation würde es Sinn machen, wenn sich die Kultusminister auf bestimmte Stichtagsregelungen vereinbaren würden, damit dieser Wettlauf, sich auf verschiedenen Stellen einzubuchen, so nicht mehr funktionieren kann. Ich glaube, das wäre entscheidend.

Es ist doch auch entscheidend, dass man Regelungen findet, mit denen man tatsächlich einen Einstellungskorridor hat.

Herr Kuhn, ich glaube, Sie sind schon wieder halb auf dem Rückzug. Sie machen nach draußen gern den „Maulhelden“ und sagen, wir wollen die allerbeste und größte Lösung, und wir sind in der Forderung, die wir an unsere eigene Regierung stellen, auch noch besser als die Opposition. Dann ha-

ben Sie wohl einmal nachgerechnet und feststellen müssen, dass Sie Ihre Forderung in dem finanziellen Rahmen gar nicht umsetzen können. Ich gebe Ihnen die Empfehlung - ich weiß, wir sind es von der F.D.P. gewohnt, aber versuchen Sie doch einmal - zu rechnen, bevor Sie fordern, und machen Sie es nicht umgekehrt. So kennen wir es doch.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Creutzmann, F.D.P.: Das müssen gerade
Sie sagen, Frau Thomas!)

Oder Sie müssen gleich einmal darstellen, wie Sie Junglehrer und neue Lehrer und Lehrerinnen im nächsten Schuljahr mit einstellen wollen - wenn Sie überhaupt noch die Gelegenheit dazu haben -, wenn Sie bei Ihrer Forderung bleiben.

(Glocke des Präsidenten)

Also ich würde doch der F.D.P. mit auf den Weg geben, weniger ungedeckte Schecks ausgeben und lieber die Verantwortung und den Mann dafür stehen, was man an Desaster angerichtet hat.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, F.D.P.:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind wohl im Wahlkampf. Frau Thomas, aber ich weiß nicht, ob es sinnvoll, notwendig und sehr geschmackvoll ist, sich verbal so zu vergreifen. Ich werde es nicht tun. Ich werde Sie nicht beschimpfen. Es würde mir auch nicht schwer fallen. Aber ich tue es nicht. Das lassen wir lieber einmal sein. Die Art, die Sie praktizieren, gibt einem schon zu denken.

Ich möchte noch etwas zu den möglichen Einstellungen und den begrenzenden Faktoren sagen. Liebe Frau Thomas, Sie können sich vorstellen, dass wir seit 1998, seit unserem ersten Vorstoß, sehr genau gerechnet haben. Es ist eine andere Frage, dass wir über die Zahlen verfügen und Sie möglicherweise nicht. Aber wir haben uns schon sehr sorgfältig mit dieser Thematik auseinander gesetzt. Es ist in der Tat so, dass es begrenzende Faktoren gibt, von denen ich gesprochen hatte. Es gibt eine Reihe von Faktoren, die letztendlich die Zahl der Lehrer und den Einstellungskorridor beeinflusst. Das ist in der Tat nicht monokausal zu sehen. Ich sage mit aller Vorsicht, auch wenn wir uns in einer Wahlkampfsituation befinden und man dies möglicherweise sehr plakativ machen könnte: Wir sind selbstverständlich dafür, die Unterrichtsversorgung weiter, und zwar deutlich, zu verbessern. Das ist bisher in Schritten geschehen. Dass dies nicht in einem großen Schritt

geschehen konnte, lag an der miserablen Finanzsituation des Landes.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin zuversichtlich, dass wir im Hinblick auf die Unterrichtsversorgung in größeren Schritten vorangehen können. Dann haben Sie neue Faktoren, die Sie mit einbeziehen können. Das meinte ich mit „möglichst schnell“. Dann schauen wir uns das an. Wir schauen uns unsere Ressourcen an.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir schauen einmal!)

- Liebe Frau Thomas, ich stehe nicht im Geruch, bestimmte Dinge zu fordern und diese nicht durchzusetzen, im Gegensatz zu Ihnen. Sie können es nicht. Aber das können Sie mir nicht nachsagen. Ich werde Ihnen das auch beweisen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir in der Lage sind - hiervon gehe ich aus -, die Unterrichtsversorgung zu verbessern, dann haben Sie eine Variable. Dann haben Sie auch Freiräume, was die Umgestaltung von Dreiviertelstellen anbelangt. Ich werde den Begriff noch einmal benutzen: Dann betrachten wir uns die Situation. Wir schauen uns diese an. Wir machen das seriös. Wenn wir diese Freiräume haben, dann werden wir sie auch nutzen.

(Glocke des Präsidenten)

Wir sind der festen Meinung, dass es dann gelingen wird, auch im Grundschulbereich den Einstieg in den Ausstieg so schnell wie möglich zu schaffen.

(Beifall der F.D.P. -
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wie viele Konjunktive waren
das jetzt, Herr Kuhn?)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

(Beifall der F.D.P.)

Wir kommen nun zum zweiten Thema der

AKTUELLEN STÜNDE

„Die Zukunft der Verpackungsentsorgung in Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund des von der EU-Kommission eingeleiteten Verfahrens gegen das Duale System Deutschland“
auf Antrag der Fraktion der F.D.P.
- Drucksache 13/6319 -

Für die antragstellende Fraktion erteile ich der Abgeordneten Frau Hatzmann das Wort.

Abg. Frau Hatzmann, F.D.P.:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der so genannte grüne Punkt hat sich erfolgreich etabliert, sowohl als Marke, sozusagen als Brandname, als auch als Unternehmen. Er feiert dieses Jahr seinen zehnjährigen Geburtstag. Sie werden dies in der Presse verfolgt haben.

Erfolgreich war das Duale System Deutschland, dem der grüne Punkt als Markenname zugehört, in zweierlei Hinsicht: Erstens, die Kassen des Unternehmens sind prall gefüllt. Nach einer fast Milliardenpleite in 1993 hat das Unternehmen zwischenzeitlich Fett angesetzt: zirka eine Milliarde DM in Form von Bankguthaben und Wertpapieren. Ich denke, das ist eine beachtliche Leistung.

Zweitens, wir Verbraucher haben uns daran gewöhnt zu glauben, dass Verpackungen in den gelben Sack hinein sortiert gehören und der grüne Punkt die Lösung ist, die Verpackungsverordnung, also die gesetzlichen Vorgaben, zu erfüllen, und zwar die alleinige Lösung.

Wir haben die anfänglichen Know-how-Diskussionen - ich weiß nicht, ob Sie sich noch daran erinnern können -, ob man die Joghurtbecher spült und wie man sie ökologisch so spült, dass sie im gelben Sack keinen Unfug machen, souverän hinter uns gelassen. Der grüne Punkt und der gelbe Sack: Alltag in Deutschland. Warum sich also darüber aufregen?

Meine Damen und Herren, größtes Erfolgsgeheimnis des grünen Punkts ist sicherlich die Öffentlichkeitsarbeit. Es ist Ihnen gelungen, uns als Verbraucher und Bezahler - wir zahlen dies alles - in dem Glauben zu wiegen, dass der grüne Punkt die einzige Alternative ist, die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen. Dem ist jedoch nicht so. Heute schon gibt es Alternativen zum grünen Punkt. Zirka 6,6 Millionen Tonnen Verpackungsabfälle werden jährlich in der Bundesrepublik Deutschland erzeugt, so eine unabhängige Kommission, die dies jährlich feststellt. 83 %, also ca. 5,5 Millionen Tonnen, der in Deutschland anfallenden Verpackungen sind beim DSD lizenziert, sprich: haben diesen berühmten grünen Punkt.

Das DSD setzt alles daran, diese Menge mit dem Ziel zu steigern, den gesamten Markt in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa, wo der Grüne Punkt genauso lizenziert ist wie in 117 Ländern der Welt, allein zu betreiben. Die zurzeit noch nicht beim DSD unter Vertrag stehenden Unternehmen, also die noch übrig gebliebenen 13 %, haben für sich Alternativen gefunden, die durchaus mit der Verpackungsverordnung verträglich sind. Sie sind nämlich Selbstentsorger, oder sie haben auf eine Branchenlösung gesetzt, wie zum Beispiel im Apotheken- und Krankenhausbereich.

Das DSD setzt zurzeit alles daran, sich auch noch diese aus ihrer Sicht „Widerspenstigen“ einzuverleiben. Darauf werde ich später zurückkommen. Neben den heute schon bestehenden „kleinen Alternativen“ zum DSD hat der Bundesgesetzgeber jedoch ausdrücklich mit der Novelle der Verpackungsverordnung aus dem Jahr 1998 durch einen Entschließungsantrag explizit belegt, dass neben dem DSD auch weitere Vollsysteeme zulässig sind. Zuständig für die Marktzulassung weiterer Anbieter sind die Bundesländer, konkret die Umweltministerien der Bundesländer. Bis vor drei Jahren hat sich die Frage eines weiteren Wettbewerbs konkret allerdings nicht gestellt; denn es gab niemanden, der es mit dem vom DSD majorisierten Markt aufnehmen wollte.

Nun kommen aus einzelnen Bundesländern, wie zum Beispiel aus Hessen, dem Saarland und Rheinland-Pfalz, Hinweise, dass ein Unternehmen dabei ist, sich eine Zulassung als duales System, ähnlich wie es das DSD gemacht hat, zu erwirken. Vor dem Hintergrund dieses Bestrebens erhält die marktbeherrschende Stellung des DSD neue Bedeutung. Dies sieht scheinbar auch Brüssel so. Seit dem Jahr 1992 liegen in Brüssel die drei wesentlichen Vertragswerke, aus denen das DSD besteht, die sozusagen die innere Struktur des DSD darstellen, zur Freistellung vor.

Vor einigen Tagen hatte ich während einer Reise nach Brüssel die Gelegenheit, mir die wesentlichen Bedenken der zuständigen Wettbewerbshüter hinsichtlich des Vertragsgerüsts des DSD anzuhören. Ein wesentlicher Bedenkenkomplex wurde jetzt dem DSD in einem so genannten 33-seitigen blauen Brief vorgetragen. Das hat mit der Schule nichts zu tun. Mit einem so genannten blauen Brief greift Brüssel den Zeichennutzungsvertrag für den grünen Punkt an. Wesentlicher Vorwurf der europäischen Wettbewerbshüter ist,

(Glocke des Präsidenten)

dass laut Vertrag die Lizenznehmer für alle ihre Verpackungen, auf denen ein grüner Punkt ist, Entgelte bezahlen müssen, unabhängig davon, ob diese vom DSD entsorgt werden. Das führt faktisch dazu, dass die zur Verpackungsentsorgung verpflichteten Unternehmen nicht an einem anderen, weiteren oder zusätzlichen System teilnehmen können.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Worum geht es denn eigentlich?)

In ihrer Bewertung kommt die Kommission zu einem sehr harten Urteil: Eine solche vertragliche Gestaltung komme der Ausschließlichkeitsbindung sehr nahe. Vor diesem Hintergrund stelle dieses Verhalten einen besonders schweren Missbrauchstatbestand dar.

Die Fortsetzung folgt im nächsten Teil.

(Vereinzelt Beifall der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Nagel das Wort.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Kommt jetzt die Erklärung?)

Abg. Nagel, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Aktuelle Stunde, die die F.D.P.-Fraktion beantragt hat, beinhaltet zwei Dimensionen.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Mindestens zwei!)

Sie beinhaltet zum einen eine juristische und zum anderen eine inhaltliche Dimension. Zur juristischen Dimension werde ich nur wenig sagen, weil sie sehr kompliziert und für Nichtjuristen nur sehr schwer durchschaubar ist.

(Itzek, SPD: Für uns!)

Ich werde aber einige Anmerkungen zum Sachverhalt machen. Es gibt derzeit zwei Verfahren gegen das DSD. Es gibt ein Verfahren seitens der Europäischen Kommission

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist kein Verfahren!)

und ein Auskunftersuchen der Europäischen Kommission gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Artikel 81 und Artikel 82 des EG-Vertrags verbieten bekanntlich wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen zwischen den Unternehmen sowie den Missbrauch von marktbeherrschenden Stellungen auf dem Gemeinsamen Markt.

Die Europäische Kommission hat im August dem DSD konkrete Beschwerdepunkte übermittelt. Die diesbezügliche Auffassung des DSD - wen wundert das - ist: In dieser Sache unterliegt die EU-Kommission einem Trugschluss. - Bis zur Stunde ist eine Entscheidung über die Freistellung vom Kartellverbot durch die Kommission noch nicht getroffen worden. So weit der Sachverhalt bezüglich der EU-Kommission.

Nun zur inhaltlichen Dimension, die mir persönlich sehr viel wichtiger ist, weil ich der Meinung bin, dass ich in diesem Bereich eher mitreden kann. Ich erinnere mich gut an die Reden, die sowohl seitens der Landesregierung als auch seitens der SPD-Fraktion in diesem Hause bei der Einführung des DSD gehalten wurden. Die Reden waren damals alles andere als euphorisch, sondern eher skeptisch.

Nach mehreren Jahren Erfahrung mit diesem System stelle zumindest ich fest, dass diese damalige Skepsis durchaus angebracht war; denn das DSD ist teuer, nicht hinreichend effi-

zient, und die ökologische Dimension gemessen an einer Gesamtenergiebilanz ist für mich nicht stimmig. Deshalb wiederhole ich, was ich von diesem Pult aus schon einmal gesagt habe: Wenn eine Tonne DSD-Material mehr als 2 000 DM kostet - sie kostet deutlich mehr als 2 000 DM -

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ist das teurer als jeder Sondermüll und damit entschieden zu teuer.

Die Vermischung der Kunststoffarten führt dazu, dass minderwertige Produkte am Ende des Recycling-Prozesses stehen. Die Gesamtenergiebilanz, bestehend aus Transport, Sortieren, Waschen, Granulieren und Produktherstellung, ist eindeutig negativ. Daher gilt es nach unserer Auffassung, neue Wege zu beschreiten, ohne - Herr Dr. Braun, jetzt hören Sie bitte genau zu - dass die im Kreislaufwirtschaftsgesetz und im Landesabfallwirtschafts- und Altlastengesetz festgelegte Prioritätenfolge angetastet wird, die lautet: vermeiden, wiederverwenden, verwerten und umweltgerecht entsorgen.

Wenn in diesem Zusammenhang der Monopolist DSD Konkurrenz bekommt, kann dies der Ökologie und der Ökonomie gleichermaßen zugute kommen. Deshalb ermuntere ich ausdrücklich die Landesregierung, diese Überlegungen, Angebote und Wege zu prüfen. Welche Wege denkbar sind und wie diese organisiert werden können, ist Gegenstand der Aktuelle Stunde, die die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die morgige Sitzung beantragt hat. Deshalb lautet mein Schlusssatz: Fortsetzung morgen an gleicher Stelle.

Vielen Dank.

(Vereinzelte Beifall bei SPD und F.D.P.)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Licht das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Nagel, das war sehr ausgewogen. Es ist durchaus ein richtiger Ansatz, noch einmal zu prüfen, nachzulesen und sich die Dinge noch einmal zu Gemüte zu führen. Das befürworten auch wir. Das ist Ihr Ansinnen an die Landesregierung, dass wir in diesem Hause geäußert haben. In Teilen sieht das, was die Landesregierung bzw. die Frau Ministerin macht, aber völlig anders aus. Das wissen auch Sie. Sie selbst haben das schon einmal öffentlich kritisiert.

Meine Damen und Herren, die rechtliche Grundlage des Dualen Systems Deutschland ist die Verpackungsverordnung, die am 12. Juni 1991 in Kraft trat und im Sommer 1998 novelliert wurde. Sie verpflichtet Handel und Industrie zur Rücknahme

und stofflichen Verwertung von Um- und Verkaufsverpackungen. Ziel ist die Abfallvermeidung und -verminderung bzw. Rückführung der Verpackungswertstoffe in den Stoffkreislauf. Das muss noch einmal in der Aktuellen Stunde erwähnt werden.

Die Verpackungsverordnung war der Wegbereiter für das Kreislaufwirtschaftsgesetz. Das, was Sie zitiert haben, ist noch einmal zu nennen. Das ist Kreislaufwirtschaft, wie wir sie alle wollten. Ebenfalls ist die Europäische Verpackungsrichtlinie zu nennen. Die Philosophie des Vermeidens und des Verwertens hat mit der Einführung des DSD gefruchtet und wurde in den weiteren Initiativen fortgesetzt. Das ist auch nicht zu bestreiten.

Meine Damen und Herren, der entscheidende Erfolg der Wertstoffsammlung ist der, dass eine andere Richtung eingeschlagen worden ist, indem man von den staatlichen Reglementierungen weggegangen ist und zu mehr Eigenverantwortung in einem System übergegangen ist, das privatwirtschaftlich organisiert ist und an dem die Bürger beteiligt sind. Sie sind hoch motiviert und orientieren sich an der Verbesserung des Umweltschutzes. Das hat die Vergangenheit gezeigt, und ich gehe davon aus, dass dies auch künftig so sein wird.

Frau Kollegin Hatzmann, diese Aussage stammt nicht von mir, sondern von Otto Graf Lambsdorff, der dies zum grünen Punkt am Montag, dem 22. September 2000, geäußert hat. Das war also gestern gewesen. Auf die Frage - das ist auch noch interessant -, ob er mit dem zufrieden sei, was daraus geworden sei, habe Graf Lambsdorff mit Ja geantwortet. Vielleicht unterhalten Sie sich einmal mit ihm; denn er war an der Entwicklung nicht unmaßgeblich beteiligt. Daher weiß er dazu sicherlich auch einiges zu sagen.

Ich bin durchaus kritischer als er und sage nicht einfach nur Ja, sondern ich meine, wir - das ist auch wichtig festzustellen - können nicht zurück zur früheren Wegwerfgesellschaft. Das kann nicht das Ziel und auch nicht das Fazit bei der Betrachtung des DSD sein.

Meine Damen und Herren, es gibt nichts, was man nicht noch verbessern könnte oder sollte, aber in einem Fazit von einem geringen ökologischen Nutzen zu reden oder - wie das zum Beispiel durch die Ministerin geschieht - zu sagen, man solle alles in einen Sack stecken und der Verbrennung den Vorzug zu geben, ist auch nicht der richtige Weg.

(Nagel, SPD: Das sagt doch niemand in diesem Land!)

Dieser Eindruck wird öffentlich verbreitet. Wir haben dazu schon einmal eine aktuelle Debatte im Plenum geführt. Grundlage war dieser Eindruck in der Öffentlichkeit; denn so wurde das publiziert.

(Nagel, SPD: Der Eindruck!)

So wurde das von der Presse übernommen, und so wurde das auch in die Bevölkerung hineingetragen. Deshalb muss ich sehr wohl wissen, welche Botschaften ich an die Bevölkerung aussende. Das ist aber der falsche Weg.

Meine Damen und Herren, das Ziel zu erreichen, die Verbrennungsöfen auszulasten, kann nicht der richtige Ansatz sein. Das sollte auch nicht der richtige Ansatz sein. Das ist ökologisch falsch, wobei dem auch ökonomisch ein geblendeter Ansatz zugrunde liegt. Es wird von mir keinesfalls in Teilen bestritten, dass eine energetische Verwertung Sinn machen kann. Das sollte aber nicht der Deckmantel für künftige Debatten und Diskussionen sein.

(Glocke des Präsidenten)

Den Streit, um den es wohl der F.D.P. geht - darauf werde ich in der zweiten Runde noch eingehen -, nämlich den Streit um den Zeichennutzungsvertrag zwischen der EU-Kommission und dem DSD über die Verwendung des grünen Punkts - der wohl dafür Aufhänger ist -, stellt noch kein Verfahren dar, so wie es in Ihrem Antrag zur Aktuellen Stunde ausgeführt wird, sondern die Diskussion darum wird sich noch über lange Zeit hinziehen. Es wird über eine Auffassung gestritten, über die wir vielleicht nachher in der zweiten Runde reden.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich begrüße Gäste im Landtag, und zwar Mitglieder der Rentnervereinigung Didier. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Braun das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Licht hat zuvor schon angesprochen, dass das, was Frau Hatzmann betrieben hat, eine Art Scheinverwertung eines Briefs der EU an das DSD ist. Es geht überhaupt nicht um ein Verfahren. So wie der Titel lautet, ist er falsch, weist in die falsche Richtung und ist damit irreführend. Frau Hatzmann, wenn Sie ehrlich gesagt hätten, dass Sie zum zehnjährigen Jubiläum des DSD diskutieren wollen, wann endlich die Landbell AG in Rheinland-Pfalz zugelassen wird und wie besser Werbung für alternative Systeme zum DSD gemacht werden kann, hätten wir das verstanden. Dann hätten Sie sich auch den Aufkleber - das ist heutzutage in - an die Bluse nähen können „Landbell AG, wir sind dafür! Wir tragen die Werbung in den Landtag“. Dann wäre das eine runde Sache gewesen. So führen Sie aber nur eine Scheindiskussion.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wissen sehr wohl, dass es natürlich eine ernsthafte Diskussion um das DSD gibt und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schon vor zehn Jahren nicht für das DSD war, sondern sich dafür ausgesprochen hat, dass wir eine Verpackungsabgabe und ganz klar Beschränkungen in Richtung Abfall einführen.

In der damaligen Bundesregierung in Bonn war Töpfer Umweltminister. In den EU-Schreiben heißt die ganze Angelegenheit zum Teil auch „Töpfer-Case“, und an ihr war auch die F.D.P. beteiligt. Zu dieser Zeit wurde genau das installiert, was jetzt inzwischen sehr erfolgreich in der Bundesrepublik Deutschland läuft. In dem Fall hat Graf Lambsdorff - ich habe ihm meines Wissens noch nie Recht gegeben - Recht und Sie haben eindeutig Unrecht, Frau Hatzmann.

Es ist Folgendes zu berücksichtigen: Das DSD entwickelt sich auch. Manche haben vielleicht die letzten Informationen vor fünf oder sechs Jahren bekommen und zehren jetzt noch von diesen Informationen. Nur wenn man schon allein die „Rheinpfalz“ liest - in der stand das gestern -, kann man erkennen, dass der Preis für das Recycling von Kunststoff Jahr für Jahr stetig zurückgeht. Im Jahr 1998 waren es noch 692 DM, während der Preis dann auf 654 DM zurückgegangen ist. Davor kostete die Tonne 727 DM. Das ist viel.

Wir würden uns wünschen, dass Kunststoffrecycling noch sinnvoller wird, indem ein sortenreines Recycling stattfindet. Dann ist ein Kunststoffrecycling auch ohne Downrecycling möglich. Das Downrecycling, das das DSD am Anfang gemacht hat, ist schlecht und falsch. Inzwischen haben aber Quantensprünge beim Sortieren und Verwerten stattgefunden, die man anerkennen muss.

Frau Hatzmann, wenn man ehrlich ist und eine Konkurrenz zulassen will - wir wollen auch eine Konkurrenz und keine Monopolstellung des DSD -, muss sie gleichwertig sein. Die Landbell AG bietet aber keine gleichwertigen Sammelsysteme an, sondern andere. Da muss man genau hinsehen.

(Frau Hatzmann, F.D.P.: Das ist der Unterschied zwischen gleichwertig und gleichartig!)

Die Landbell AG bietet nicht an, Kunststoffabfälle zu Hause abzuholen, sondern alternativ zu dem jetzigen System ein Bringsystem mit Containern, in die wir dann irgendwann Kunststoffflaschen einwerfen können. Die Ökobilanz ist genau die, die Frau Martini auch immer für das DSD aufmacht. Es ist völlig gleich, ob ich leere Kunststoffflaschen in Form von Spülmittel-, Waschmittel- oder Getränkeflaschen oder Kleinteile durch die Gegend fahre. Ökologisch bietet also das Landbell-System überhaupt keinen Vorteil.

Natürlich bietet es einen Vorteil für diejenigen, die dahinter stecken und das Geld geben. Es handelt sich um einen riesigen Markt von 4 Milliarden DM, in den man hinein möchte. Ich habe natürlich Verständnis für diejenigen, die dahinter

stecken. Es ist aber völlig falsch, wenn sich eine politische Partei, eine Fraktion, sozusagen zum Handlanger einer bestimmten Interessengruppe macht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Abg. Kuhn, F.D.P.)

Meine Damen und Herren von der F.D.P., ich weiß, dass die Landbell AG auf Ihrem Parteitag einen Infostand hatte und Sie dorthin gute Verbindungen haben. Wenn wir aber umweltpolitisch korrekte Politik machen wollen, müssen wir Konkurrenz zum DSD unter gleichen Bedingungen so zulassen, dass die Verpackungsverordnung eingehalten wird.

(Glocke des Präsidenten)

Die Verpackungsverordnung war nun einmal die Idee der CDU und der F.D.P. Wenn Sie schon eine Idee gehabt haben, die sich etabliert hat und für die Umwelt einiges gebracht hat - zwar nicht das, was wir uns gewünscht haben, aber sie hat doch einiges gebracht -, sollten Sie jetzt nicht davon abrücken.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile nun Herrn Staatssekretär Härtel das Wort.

Härtel, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir diskutieren - darauf ist schon hingewiesen worden - einen außerordentlich komplexen und diffizilen Sachverhalt. Deshalb wäre ich dankbar, wenn wir darüber differenziert argumentieren würden und nicht wie Sie, Herr Abgeordneter Licht, mit pauschalen Unterstellungen arbeiten, indem Sie behaupten, Frau Ministerin Martini handele anders, als sie hier rede. Das findet in der Wirklichkeit überhaupt keinen Rückhalt.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Es ist weiter darauf hingewiesen worden - das ist auch richtig -, dass wir die Frage diskutieren, wie sich ein weiterer oder weitere Wettbewerber neben der Dualen System Deutschland AG im Markt positionieren kann oder können. Das ist sowohl unter ökonomischen als auch - darauf legen wir besonderen Wert - unter ökologischen Gesichtspunkten eine außerordentlich interessante Frage.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat Kenntnis darüber, dass die Europäische Kommission die Tätigkeit des DSD, aber auch darüber hinaus die Verpackungsverordnung und ihren Vollzug unter wettbewerbsrechtlichen Gesichtspunkten prüft.

Die Bundesregierung hat die Länder über ein entsprechendes Auskunftsverlangen der Kommission und über ihre Antwort informiert. Sie hat darin darauf hingewiesen, dass die ökologischen Zielsetzungen der Verpackungsverordnung den Vorgaben der EG-Verpackungsrichtlinie über die Vermeidung, Wiederverwendung und Verwertung von Verpackungsabfällen entsprechen. Sie hat ferner dargestellt, dass gerade die Förderung von Wettbewerb politisches Ziel der novellierten Verpackungsverordnung von 1998 ist.

Die Kommission wirft dem Unternehmen vor, dass die Verpackungshersteller und -vertreiber als Lizenznehmer des DSD für alle ihre Verkaufsverpackungen Entgelt zahlen müssten, unabhängig davon, ob diese Verpackungen tatsächlich durch das DSD entsorgt werden.

Dies - so die Kommission - hindere die Lizenznehmer an der Aufnahme von Entsorgungsbeziehungen mit anderen Entsorgern, weil deren Leistung dann trotz der bereits gezahlten Lizenzgebühren zusätzlich zu honorieren wäre. Dies - das ist nachvollziehbar - erschwere den Marktzutritt für potenzielle Wettbewerber.

Die Kommission ist zu der Auffassung gelangt, dass der Zeichennutzungsvertrag der DSD AG mit ihren Lizenznehmern so geändert werden müsse, dass ein Lizenzentgelt nur für solche in Deutschland mit dem Zeichen „Der grüne Punkt“ gekennzeichneten Verkaufsverpackungen gezahlt werden muss, für die die Lizenznehmer auch die Dienstleistungen der DSD AG in Anspruch nehmen. Das ist sicherlich für alle nachvollziehbar.

In der genannten Mitteilung der Kommission wird eine entsprechende Entscheidung erst angekündigt. Sie ist noch nicht vollzogen. Zuvor hatte das DSD noch die Gelegenheit zur Stellungnahme. Diese Stellungnahme kenne ich nur aus der Presse.

Offenbar beabsichtigt das DSD keineswegs, den Lizenzentgeltvertrag zu ändern. Falls die Kommission tatsächlich wie angekündigt entscheiden sollte, hat das DSD Klage angekündigt.

Meine Damen und Herren, tatsächlich bin ich mir nicht sicher, ob die Kommission hinreichend berücksichtigt hat, dass nach der Verpackungsverordnung Hersteller und Vertreiber keineswegs gezwungen sind, sich mit allen Verpackungen am System zu beteiligen.

Wie dem auch sei: Zum jetzigen Zeitpunkt sind alle Aussagen über mögliche Konsequenzen für den Vollzug der Verpackungsverordnung in Rheinland-Pfalz spekulativ. Niemand weiß, ob die Entscheidung letztlich tatsächlich so ergehen wird, wie angekündigt. Selbst wenn dies der Fall sein sollte, hätte dies zunächst nur Auswirkungen auf die privatrechtlichen Beziehungen des Unternehmens mit seinen Kunden.

Die Vertreiber hätten, wenn die Kommission mit ihrer Auffassung durchdringen sollte, nur dann eine Zahlungspflicht, wenn die Verpackungen tatsächlich über das DSD entsorgt würden. Sie könnten in der Folge das Lizenzentgelt verweigern, wenn sie die Entsorgung außerhalb des DSD sicherstellen würden. Wenn ich vorhin gesagt habe, dass es sich um einen außerordentlich komplexen Sachverhalt handelt, dann denke ich, dass es diese Fragestellung, die wir diskutieren, verdient hätte, im Ausschuss beraten zu werden.

Die aus der Verpackungsverordnung folgende Sammel- und Verwertungsaufgabe des Unternehmens bleibt von den Prüfungen der EU-Kommission aber zunächst unberührt. Solange das Duale System den Anforderungen der Verordnung entspricht, die das Ministerium in seinem Freistellungsbescheid aus dem Jahr 1992 und der Aktualisierung aus dem Jahr 1994 konkretisiert hat, bleibt das Unternehmen aus öffentlich-rechtlicher Sicht befugt, die Erfassung und Verwertung von Verkaufsverpackungen in Rheinland-Pfalz zu betreiben.

Trotzdem kann der Ausgang des Verfahrens natürlich auch auf den Vollzug der Verpackungsverordnung ausstrahlen. Dies gilt insbesondere dann, wenn sich durch die Brüsseler Entscheidung ermutigt Konkurrenten zu dem DSD in Rheinland-Pfalz etablieren und ihre Sammel- und Verwertungsleistungen nach der Verpackungsverordnung dann mit Verpackungsmengen dokumentieren wollen, die den grünen Punkt tragen.

Für die Frage, ob dies zulässig ist oder nicht, dürfte der Ausgang des Brüsseler Verfahrens von erheblicher Bedeutung sein. Die Landesregierung wird im Zusammenhang mit einem angekündigten Antrag eines potenziellen Mitbewerbers in Rheinland-Pfalz diese wettbewerbsrechtlichen Fragestellungen sorgfältig sondieren und prüfen und dann für den Vollzug der Verpackungsverordnung in Rheinland-Pfalz entscheiden.

Im Übrigen war es immer unsere Position, dass auch in diesem Zusammenhang Wettbewerb nur von Vorteil sein kann, und zwar insbesondere für die, die die Gebühren bezahlen müssen. Das sind wir alle.

(Beifall der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang ist auch noch ein weiteres von dem DSD selbst in Gang gebrachtes Verfahren vor der Kommission von Bedeutung. Das Unternehmen wollte die Erteilung eines Negativtests oder hilfsweise eine Entscheidung über die Freistellung vom Kartellverbot erhalten, um Klarheit darüber zu gewinnen, ob das privatrechtliche Vertragswerk, auf dessen Grundlage das Unternehmen die bundesweite Sammlung und Verwertung von Verkaufsverpackungen betreibt, mit dem europäischen Wettbewerbsrecht in Einklang steht.

Bemerkenswerterweise hat das DSD zur Stützung seines Antrags gegenüber der Kommission erklärt, es wolle Entsorgungsunternehmen nicht verpflichten, ausschließlich für das DSD selbst tätig zu werden. Es hat ferner erklärt, es werde Entsorgungsunternehmen nicht dazu verpflichten, Einrichtungen zum Sammeln gebrauchter Verkaufsverpackungen ausschließlich für die Erfüllung des Vertrags mit dem DSD zu verwenden. Diese Aussagen gewinnen erhebliche Bedeutung, wenn man die Marktzutrittschancen potenzieller Wettbewerber zum System betrachtet.

Klarheit ist allerdings nicht nur zur Schaffung von Wettbewerbsgleichheit wünschenswert. Wir halten deshalb nach wie vor ein einheitliches Wertstofffassungssystem für sinnvoll, das wir schon bei der Betriebsabnahme des Dualen Systems als Ziel vorgegeben hatten.

Die Bereitschaft der Bürger, die im Interesse des Umweltschutzes das unbequeme Abfallsortieren auf sich nehmen, darf nicht dadurch gefährdet werden, dass man ihnen objektiv unnötige Leistungen abverlangt. Auch unter diesem Aspekt verfolgen wir den Fortgang des Verfahrens und insbesondere die Einlassungen des DSD mit großem Interesse.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, bevor ich Frau Hatzmann das Wort erteile, darf ich weitere Gäste im Landtag begrüßen, und zwar Frauen und Männer des Männergesangsvereins Neuwied-Gönnersdorf. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile der Abgeordneten Frau Hatzmann das Wort.

Abg. Frau Hatzmann, F.D.P.:

Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Komplexe Materien erschlägt man nicht dadurch, dass man immer die gleichen Argumente zu unterschiedlichen Sachverhalten vorträgt und dann glaubt, einen politischen Beitrag zur Debatte geleistet zu haben.

(Beifall des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

Sehr geehrter Herr Kollege Braun, es ging mir nicht um die Änderung der Verpackungsverordnung, wiewohl es mir darum politisch geht, aber nicht heute. Es ging mir ausschließlich darum, dass sich für potenzielle Mitbewerber riesige Chancen öffnen, wenn sich die EU-Kommission mit ihren kartellrechtlichen Bedenken durchsetzen würde.

(Zurufe der Abg. Frau Thomas und des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ob das jemand transportieren kann oder nicht - - Dazu ist die Aktuelle Stunde da. Ich kann es Ihnen gern das nächste Mal schriftlich geben. Auch das ist kein Problem.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das wäre sehr gut, Frau Hatzmann!)

Wichtig ist, dass wir nicht beantragt haben, über die Verpackungsverordnung zu sprechen, sondern darüber, wie wir einen Mitbewerber bekommen. Herr Staatssekretär Härtel hat es sehr genau gesagt. Mitbewerber bedeutet, sich etwas am Markt verändern lassen. Ich darf es Ihnen einmal ganz kurz erzählen.

Das DSD nimmt über Lizenzgebühren ca. 4 Milliarden DM jährlich ein. Für das Land Hessen hat die Firma Müller-Milch - das ist keine rheinland-pfälzische Firma; ich möchte nicht, dass Sie das verwechseln - einmal ausgerechnet und veröffentlicht, was es für sie kosten würde, sich an einem anderen System - wenn es eines gäbe - beteiligen zu können. Das wären für eine Firma allein 700 000 DM weniger. In der Branche spricht man davon, dass wir ein Effizienzpotenzial, wenn wir einen Mitbewerber, mehrere oder andere Systeme hätten, von ca. 50 % hätten. Das entspricht 2 Milliarden DM. Das zahlen wir für das, was unter den jetzigen Voraussetzungen heute gemacht wird. Ob diese ökologisch sinnvoll sind oder nicht, können wir an anderer Stelle diskutieren. Aber was die Verpackungsverordnung heute vorschreibt, zahlen wir Verbraucher mit jedem Joghurtbecher, mit jeder Verpackung 2 Milliarden DM zu viel. Das will ich den Bürgerinnen und Bürgern wieder zurückgeben, indem wir den Wettbewerb unterstützen. Die EU-Kommission sowie das bundesdeutsche Kartellamt unterstützen uns in diesen Bestrebungen.

Es ist ausgesprochen blauäugig - ich würde eigentlich eher sagen: grünäugig -, zu glauben, dass dem mit der 9,5 %-Reduzierung des DSD jährlich in den letzten zwei Jahren Rechnung getragen werde. Wenn Sie genauer hinschauen, hat das DSD ausgerechnet in dem Bereich die Preise erheblich gesenkt, und zwar um bis zu 50 %.

(Glocke des Präsidenten)

Ausgerechnet dort, wo wir einen winzig kleinen Mitbewerber haben, nämlich bei den Apotheken und bei den Krankenhäusern, geht es doch, wenn Wettbewerb vorhanden ist. Nichts anderes will ich, nämlich die 2 Milliarden DM an die Bürgerinnen und Bürger zurückzahlen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Licht das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Meine Damen und Herren! Wenn ich Herrn Härtel richtig zitiere, dann befinden wir uns in dieser Aktuellen Stunde im spekulativen Bereich; denn nichts anderes kann man jetzt als Fazit ziehen. Aber das wussten wir schon vorher.

(Zuruf des Abg. Nagel, SPD)

Also spekulieren wir über einen Punkt, was morgen, nein, was übermorgen möglicherweise sein wird oder sein kann. Vor dem Hintergrund - das drängt sich mir genauso auf, wie es Herr Kollege Braun vielleicht etwas drastisch formuliert hat - wäre zu fragen, inwieweit die Debatte, die wir heute führen, die Voraussetzung für eine große Wahlkampfspende einer bestimmten Firma ist. All das zeigt mir, wie sehr wir uns im spekulativen Bereich befinden.

(Zurufe von der F.D.P.)

Dass Frau Hatzmann sich auf dem Weg befindet, sich in der Debatte fortzuentwickeln, zeigt auch, dass sie alle Bundesländer angeschrieben hat und die Systeme dort abfragt. Sie befindet sich noch auf dem Weg.

Frau Hatzmann, wenn wir schon über Monopole sprechen und die Möglichkeit vor der eigenen Haustür haben, eines zu brechen, dann sollten Sie in einer der nächsten Debatten mit uns für die Aufhebung der Andienungspflicht für Verwertungsabfälle, was die SAM angeht, stimmen. Dabei haben Sie die Möglichkeit, einzugreifen. Sie haben ganz persönlich die Möglichkeit, hier über Monopole zu reden. Sie haben die Möglichkeit, über ihre Verantwortung nachzudenken und in die Tat umzusetzen, wie man Dinge verändern kann.

Lassen Sie mich am Schluss noch einmal Graf Lambsdorff zitieren. Vielleicht befinden wir uns dann wieder auf dem gleichen Weg. Auf die Frage, was sich im Dualen Abfallsystem noch ändern muss, antwortet Graf Lambsdorff: „Der Wettbewerb unter dem Dach des Dualen Systems sollte in Zukunft weiter verbessert werden. Die Chance dazu besteht; denn die langfristigen Verträge, meist über eine Dauer von zehn Jahren, laufen jetzt aus. Was wir brauchen, ist eine Ausschreibung der Leistungsverträge, damit Transparenz entsteht und ein fairer Wettbewerb möglich ist.“

Wenn wir uns auf diesem Weg treffen könnten, wäre ich damit einverstanden. Aber was Sie in Rheinland-Pfalz lösen können, das können sie in der nächsten Plenarsitzung beweisen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Grimm:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Braun das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss doch differenzieren. Ich habe nicht davon gesprochen, dass die F.D.P. eine Wahlkampfspende von Landbell erhält. Das ist eine Unterstellung. Das müsste die F.D.P. klären. Das habe ich nicht behauptet.

(Kuhn, F.D.P.: Jetzt reicht es aber wirklich!)

Das müssten Sie dann entsprechend entkräften.

(Kuhn, F.D.P.: Eine Unverschämtheit!)

Man muss sich die Frage stellen, was das Aktuelle an dieser Aktuellen Stunde ist. Das hat hier noch niemand erklären können. Es ist doch nicht aktuell, dass Frau Hatzmann sagt, „die Bürgerinnen und Bürger im Land zahlen 2 Milliarden DM zu viel. Ich will ihnen diese 2 Milliarden DM zurückgeben“. Das wollen wir alle. Wenn es ein überteuertes System gibt und ein gleiches System genauso leistungsfähig ist wie das, welches im Moment installiert ist, dann ist es doch genau richtig und logisch, dass man die gleiche Leistung, wenn man weniger zahlen muss, auch in Anspruch nimmt. Das kann aber doch nicht in Rheinland-Pfalz in dieser Aktuellen Stunde behandelt werden.

Insofern scheint mir das eher eine virtuelle Stunde zu sein, die Sie beantragt haben. Sie hat mit der aktuellen Debatte wenig oder gar nichts zu tun, Frau Hatzmann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was aber im Moment tatsächlich aktuell diskutiert wird, ist natürlich, wie weiterhin Müll gesammelt wird. Was Sie hier machen und was Frau Martini normalerweise macht, verunsichert die Leute tatsächlich, weil niemand weiß, wie in Zukunft, in den nächsten Tagen, Wochen und Jahren, das Müllsammelsystem aussehen wird. Wenn wir ein sinnvolles System haben - auch wir haben eines -, dann sollten wir das, bis wir ein besseres haben, das sich auch etablieren kann, beibehalten.

Was Sie hier betreiben, ist eine stetige Verunsicherung. Frau Martini macht das über die Presse, wöchentlich, wenn es geht, manchmal sogar täglich. Sie machen das über eine Aktuelle Stunde, die nicht aktuell ist.

Wenn wir uns über die aktuelle EU-Politik unterhalten wollen, dann gibt es andere Anlässe, die zur Verpackungsverordnung in letzter Zeit stattgefunden haben. Aber das, was die F.D.P. heute gemacht hat, ist keine aktuelle Debatte. Wenn Sie so weitermachen, dann entwürdigen Sie das Parlament mit solchen virtuellen Stunden.

Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, die Redezeit aller Fraktionen ist erschöpft. Ich schließe die Aussprache.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung:

**Wahl eines stellvertretenden berufsrichterlichen
Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs
Rheinland-Pfalz
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
- Drucksache 13/6242 -**

Aus der in der Drucksache 13/6242 enthaltenen Vorschlagsliste ist ein stellvertretendes berufsrichterliches Mitglied des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz zu wählen. Vorschlagsberechtigt ist welche Fraktion?

(Itzek, SPD: Die SPD!)

Ich unterstelle, dass die SPD - wie üblich - die Nummer 1 vorschlägt.

Wer dem Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei drei Enthaltungen ist das so beschlossen.

Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf:

**Wahl der Vertrauensleute des Ausschusses zur
Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter
hier: Verwaltungsgericht Mainz und
Verwaltungsgericht Trier
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
- Drucksache 13/6248 -**

dazu:

**Wahlvorschlag der Fraktionen
der SPD, CDU und F.D.P.
- Drucksache 13/6368 -**

Wer dem Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Wahlvorschlag ist bei Stimmenthaltung des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung auf:

**Regierungserklärung
„Perspektiven für Landwirtschaft und
Weinbau in Rheinland-Pfalz“**

Ich erteile Herrn Staatsminister Hans-Artur Bauckhage das Wort.

Bauckhage, Minister

für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Landwirtschaft und Weinbau sind für unser Land prägend und unverzichtbar. Rheinland-pfälzische Bauern und Winzer erzeugen gesunde Lebensmittel von hervorragender Qualität. Sie produzieren umwelt- und tiergerecht.

Meine Damen und Herren, ihre Bedeutung lässt sich allerdings nicht auf eine rein wirtschaftliche Betrachtung reduzieren. Rheinland-pfälzische Winzerinnen und Winzer und Bäuerinnen und Bauern pflegen und erhalten unsere Kulturlandschaft und machen dadurch den ländlichen Raum attraktiv und lebenswert. Sie sichern damit die natürlichen Lebensgrundlagen und erbringen zugleich wichtige Vorleistungen insbesondere für den Tourismus, der zunehmend wirtschaftliche Bedeutung in unserem Land gewinnt.

Aus diesen Gründen haben Landwirtschaft und Weinbau für die Landesregierung einen hohen Stellenwert. Funktionsfähige ländliche Räume sind auch künftig ohne Landwirtschaft und Weinbau nicht denkbar. Die entscheidenden Weichen müssen allerdings richtig gestellt werden, damit Landwirtschaft und Weinbau in unserem Land eine positive Zukunftsperspektive haben.

Mit diesem Ziel hat die Landesregierung im vergangenen Jahr einen regionalen Entwicklungsplan mit dem Titel „Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum“ - ZIL - erarbeitet. Die EU-Kommission hat diesen am 29. September dieses Jahres genehmigt. Damit wurden der Finanzrahmen für die Agrarstrukturpolitik in Rheinland-Pfalz während der Zeitspanne von 2000 bis 2006 und die Förderprioritäten verbindlich geregelt.

Bis zum Jahr 2006 stehen in Rheinland-Pfalz insgesamt rund 280 Millionen Euro aus EU-Mitteln für die Förderung des ländlichen Raums zur Verfügung. Dies sind jährlich rund 39 Millionen Euro. Zusammen mit den Mitteln aus der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sowie des Landes umfasst die „Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum“ während der Zeitspanne von 2000 bis 2006 ein Fördervolumen von 910 Millionen Euro und liegt somit jenseits der 1,9 Milliarden DM.

Der rheinland-pfälzische Ministerrat hat gestern die Entscheidung der EU-Kommission erörtert. Der regionale Entwicklungsplan ist anschließend allen Abgeordneten zugeleitet worden.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung nimmt die Genehmigung der „Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum“ zum Anlass, ihre Perspektiven für Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz in einer Regierungserklärung darzulegen. Um die künftigen Entwicklungschancen für un-

sere Landwirtschaft und unseren Weinbau realistisch einzuschätzen, möchte ich zunächst einige Anmerkungen über die derzeitige Situation der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft machen, die durch unseren „Agrarbericht 2000“, der zurzeit erarbeitet wird, noch einmal detailliert belegt werden.

Die Betriebsgrößenstruktur hat sich in Rheinland-Pfalz durch den Strukturwandel in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Vergleicht man die rheinland-pfälzische Betriebsgrößenstruktur mit der Landwirtschaft in den nord- und ostdeutschen Ländern sowie mit der Landwirtschaft in den größten EU-Mitgliedstaaten, so hat die rheinland-pfälzische Landwirtschaft allerdings nach wie vor Strukturprobleme, die dringend abgebaut werden müssen.

Eine Auswertung der Buchführungsergebnisse von Testbetrieben zeigt, dass die Gewinnsteigerung im Durchschnitt der Haupterwerbsbetriebe in Rheinland-Pfalz schon seit mehreren Jahren über dem Bundesdurchschnitt liegt. Rheinland-Pfalz liegt unter den alten Bundesländern damit hinter Schleswig-Holstein an zweiter Stelle. Die Ausgangsposition der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft ist daher im Vergleich mit den anderen Bundesländern verhältnismäßig gut.

Die rheinland-pfälzischen Vermarktungsstrukturen, die für die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft immer wichtiger werden, sind in unserem Bundesland während der letzten Jahre stark verbessert worden.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Vergleicht man sie mit denen in den wichtigsten Agrarexportländern in der EU, so brauchen wir in Rheinland-Pfalz dennoch weitere Verbesserungen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

Diese wenigen Eckwerte lassen folgendes Fazit zu:

Die rheinland-pfälzische Landwirtschaft hat dank ihrer unternehmerischen Initiative und unterstützt durch unsere Strukturförderungen in den vergangenen Jahren deutlich aufgeholt. Dennoch bleiben strukturelle Nachteile, an deren Beseitigung gearbeitet werden muss, damit die Landwirtschaft den zukünftigen Herausforderungen entsprechend begegnen kann.

Meine Damen und Herren, diese Herausforderungen ergeben sich vor allem durch Änderungen der agrarpolitischen Rahmenbedingungen. So werden insbesondere die Globalisierung der Weltwirtschaft sowie auch politische Entscheidungen auf EU-, aber auch auf Bundesebene den Strukturwandel in den kommenden Jahren noch einmal beschleunigen und den internationalen Wettbewerb zusätzlich verschärfen. Ich möchte in diesem Zusammenhang die Beschlüsse im Rahmen der Agenda 2000, die Steuerreform sowie die Verteuerung des Agrardiesels nennen, wobei man diesbezüglich auch etwas zum Wettbewerb sagen muss. Es kann nicht

angehen, dass Nachbarländer in der EU Subventionen für Agrardiesel in einer Form leisten und dieses eigentlich notifiziert haben müssten.

(Zuruf von der CDU: Das liegt an der Regierung!)

- Das hat mit der Regierung wenig zu tun. Das liegt an anderen Regierungen.

Meine Damen und Herren, deshalb ist es notwendig, dass auf europäischer Ebene Wettbewerbsgleichheit herbeigeführt wird.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Natürlicherweise spielen auch die Bundeszuschüsse sowie das Sozialversicherungssystem bei den Rahmenbedingungen eine Rolle, aber auch die laufenden WTO-Verhandlungen, die geplante Osterweiterung der EU sowie verstärkte umweltpolitische Auflagen.

Allein die auf EU- sowie auf Bundesebene getroffenen Entscheidungen belasten die Landwirtschaft für das Jahr 2000 mit 2,7 Milliarden DM. Diese Abgaben werden schrittweise noch einmal ansteigen. Diese Mehrbelastungen des Jahres 2006 bedeuten, gemessen an der Nettowertschöpfung der deutschen Landwirtschaft, eine Einkommensminderung von fast 20 %. Von den vorgenannten Mehrbelastungen insgesamt dürften damit im Durchschnitt ca. 5,5 % auf die rheinland-pfälzische Landwirtschaft entfallen. Konkret bedeutet dies rund 150 Millionen DM im Jahr 2000 und rund 220 Millionen DM im Jahr 2006.

Meine Damen und Herren, dabei dürfte es aber vielen landwirtschaftlichen Betrieben gelingen, durch Rationalisierung der Produktion und Vermarktung sowie durch betriebliches Wachstum die vorgenannten Einkommenseinbußen zu mindern oder auszugleichen. Auch die anstehenden WTO-Verhandlungen und die geplante Osterweiterung werden voraussichtlich zu weiteren Korrekturen der Agrarpolitik führen. Eine weitere Liberalisierung ist zu erwarten. Dabei darf es jedoch nicht nur um den Abbau von Handelsschranken gehen.

Ganz entscheidend wird sein, dass wir zunächst möglichst einheitliche Wettbewerbsbedingungen innerhalb und außerhalb der EU bekommen. Dazu gehört auch, dass wir in Deutschland und in der EU endlich unsere Position zur Gentechnik klären.

Ich sage Ihnen voraus, wir werden bei den WTO-Verhandlungen keine Erfolge haben, wenn dieses Verhältnis zuvor nicht geklärt wird, da in Amerika ein anderes Verhältnis zu der Gentechnik besteht.

(Zuruf von der CDU: Da geht es auch schon zurück!)

Meine Damen und Herren, zu den künftigen Herausforderungen der Landwirtschaft gehören schließlich die zunehmenden Umweltaforderungen. Dies betrifft gleichermaßen die Landbewirtschaftung und die Nutztierhaltung. Die damit einhergehenden Kostensteigerungen in der Agrarproduktion treffen die rheinland-pfälzische Landwirtschaft in ihrer Wettbewerbskraft besonders hart, wenn diese Auflagen nicht EU-weit und weltweit vergleichbar erfolgen.

In diesem Zusammenhang wird die Landesregierung die von der Bundesregierung geplante Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes aufmerksam verfolgen. Dies gilt besonders hinsichtlich der Ausgleichszahlungen für Nutzungsbeschränkungen. Die Landesregierung hat mit einem Ministerratsbeschluss hierzu in Verbindung mit der Abgrenzung der FFH-Gebiete bereits klar Position bezogen. Sie hält die Gewährung von Ausgleichszahlungen im Fall von Nutzungsbeschränkungen, die das Niveau der guten fachlichen Praxis überschreiten, für unverzichtbar. Nur so kann eine wettbewerbsfähige und möglichst flächendeckende Landbewirtschaftung in Rheinland-Pfalz gesichert werden.

Meine Damen und Herren, die bereits eingetretenen und sich abzeichnenden Änderungen der agrarpolitischen Rahmenbedingungen werden dazu führen, dass sich die Anpassungszwänge auch in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft während der nächsten Jahre weiter verschärfen. Eine realistische Betrachtung lässt keinen anderen Schluss zu.

Daher müssen wir die Konsequenzen ziehen und unsere rheinland-pfälzische Landwirtschaft so schnell wie möglich weiter wettbewerbsfähig machen, damit sie sich auch bei liberalisierten Rahmenbedingungen wirtschaftlich behaupten kann. Meine Damen und Herren, mit Schönreden werden wir unsere Landwirtschaft nicht wettbewerbsfähig machen. Es ist vielmehr eine realistische und optimistische Vorwärtsstrategie gefragt. Die Landesregierung ist gewillt - das belegen wir -, diesen erneuten Strukturwandel konstruktiv zu begleiten.

Aber auch unsere Landwirte und Winzer selbst sind gefordert, ihre Betriebe durch Rationalisierungen, betriebliches Wachstum, marktgerechte Anpassungen, Innovationen sowie weitsichtiges unternehmerisches Handeln wettbewerbsfähiger zu machen. Die staatliche Agrarpolitik kann diesen Strukturwandel nicht allein organisieren und finanzieren.

Meine Damen und Herren, wenn unsere Landwirte in Rheinland-Pfalz im verschärften Wettbewerb wirtschaftlich erfolgreich bestehen wollen, müssen zunächst sie selbst die Organisation ihrer Betriebe an die veränderten Preis-Kosten-Verhältnisse anpassen. Immer wichtiger werden künftig dabei die persönlichen Fähigkeiten der Betriebsleiterin und des Betriebsleiters. Deren Qualifikation und das Produktionsmanagement üben bereits heute ab einer bestimmten Betriebsgröße einen stärkeren Einfluss auf die Produktionskosten aus als die Betriebsgröße selbst.

Die zunehmenden Liberalisierungstendenzen auf den Weltmärkten werden von einer starken Konzentration des Einzelhandels für Nahrungsmittel begleitet. Wenn sich die rheinland-pfälzische Landwirtschaft in diesem Wettbewerb behaupten will, muss sie ihre landwirtschaftlichen Vermarktungs- und Verarbeitungsstrukturen erheblich verbessern und rationalisieren. Nur unter diesen Voraussetzungen lassen sich rheinland-pfälzische Agrarprodukte vermehrt über die großen Ketten des Lebensmitteleinzelhandels großräumig absetzen.

Für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft ist es daher wichtig, das stark zersplitterte Angebot über landwirtschaftliche Erzeugergemeinschaften zusammenzufassen und qualitativ zu vereinheitlichen und zu verbessern, die Verarbeitung und Vermarktung der Agrarprodukte zu rationalisieren und die Erhaltung und Erweiterung des Absatzmarktes sowie höhere Marktpreise durch verbessertes Marketing und Werbung zu sichern.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Verstärkte horizontale und vertikale Kooperationen bei Erzeugung, Erfassung, Transport sowie bei der Be- und Verarbeitung rheinland-pfälzischer Agrarprodukte sind daher unverzichtbar.

Neben der Vermarktung durch Erzeugergemeinschaften, Genossenschaften und Privathandel wird sich angesichts der Verbrauchernähe auch die Direktvermarktung bei Agrarprodukten in Rheinland-Pfalz weiter behaupten können.

Auch die ökologische Landbewirtschaftung bietet Chancen, sofern der Absatz dieser Produkte zu angemessenen, konkurrenzfähigen Preisen für die Landwirte sichergestellt werden kann. Das Konsumentenverhalten bei der Nachfrage nach Agrarprodukten wird darüber entscheiden, in welchem Umfang der ökologische Landbau und die Direktvermarktung in unserem Bundesland expandieren können.

Zur Zukunftssicherung gehört schließlich auch, dass unsere Landwirte die Konflikte zwischen Umweltschutz und Landwirtschaft weiter abbauen. In den letzten Jahren wurden durch das Umweltrecht und die rheinland-pfälzische Agrarpolitik wichtige Schritte zu einer umweltverträglicheren und nachhaltigen Landwirtschaft unternommen. Dadurch konnten die Umweltbelastungen spürbar verringert und ein Beitrag zur Schließung von Stoffkreisläufen geleistet werden. Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Die konsequente Einhaltung der guten fachlichen Praxis durch Landwirte und Winzer ist dabei auch im Hinblick auf die Akzeptanz in der Gesellschaft unverzichtbar.

Meine Damen und Herren, eine zukunftsgerichtete rheinland-pfälzische Agrarpolitik muss vor allem der Tatsache Rechnung tragen, dass eine Liberalisierung der Märkte mit zunehmend offenen Grenzen ebenso kommen wird wie die Osterweiterung der EU. Die Landesregierung wird daher alles daransetzen, um unsere Landwirtschaft und den Weinbau wettbewerbsfähig zu machen und unsere ländlichen Räume attraktiv und lebensfähig zu gestalten.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Exakt dieses Ziel verfolgt unser Entwicklungsplan „Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum“; denn ohne staatliche Unterstützung wäre unsere Landwirtschaft mit dem unvermeidlichen Strukturwandel während der nächsten Jahre zweifellos überfordert.

Die „Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum“ sieht - wie bereits erwähnt - für Rheinland-Pfalz in der Förderperiode 2000 bis 2006 ein Finanzierungsvolumen von insgesamt 910 Millionen Euro vor. Davon sind rund 280 Millionen Euro EU-Mittel.

Neben dem Finanzrahmen legt das Programm die Fördermaßnahmen, die Förderkonditionen, die Fördervoraussetzungen sowie die Förderprioritäten detailliert fest.

Wir wollen damit eine sinnvolle strukturpolitische Förderung sicherstellen. Gleichzeitig wollen wir sozialpolitische, umweltpolitische, raumordnungspolitische und verbraucherpolitische Ziele berücksichtigen, um einen Beitrag zu einer integrierten Entwicklung des ländlichen Raums zu leisten.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Die EU-Kommission hat unseren eingereichten Plan ohne gravierende materielle Änderungen genehmigt. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch einmal denjenigen, die an diesem Plan in den Abteilungen in meinem Haus gearbeitet haben, von dieser Stelle aus herzlich danken.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Wer den Plan insgesamt gesehen hat, der sieht, dass es nicht nur eine Fleißarbeit, sondern eine kompetente und substanzielle Grundlage für dieses Programm gewesen ist. Auf dieser Basis war es möglich, ohne gravierende Änderungen bei der EU damit durchzukommen.

Durch die Genehmigung hat die EU-Kommission damit bestätigt, dass unsere Förderpalette und unsere Schwerpunktsetzung voll ihrer Zielrichtung entsprechen. Wir haben das Programm so ausgerichtet, dass Landwirte und Winzer die Hilfen erhalten, die sie im anstehenden Anpassungsprozess dringend brauchen.

Den ersten Schwerpunkt bilden daher Maßnahmen zur Wettbewerbsverbesserung. Mit der einzelbetrieblichen Investi-

tionsförderung werden wir auch künftig Landwirte und Winzer wirkungsvoll dabei unterstützen, ihre Betriebe weiterzuentwickeln und Produktionskosten zu senken. Dies schließt künftig auch Erweiterungsinvestitionen in der Schweinehaltung mit ein, die wir zur Stabilisierung der Schweineerzeugung im Land dringend brauchen. Rheinland-Pfalz ist eine von wenigen Regionen in der EU, die diese Förderung in Brüssel überhaupt durchsetzen konnten.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Die Junglandwirteförderung wird auf dem bisherigen Niveau fortgesetzt. Wir bleiben, was Förderhöhe und Fördervoraussetzungen anbelangt, eindeutig Spitzenreiter im Bundesgebiet.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Meine Damen und Herren, die Bodenordnung bleibt angesichts der noch in vielen Landesteilen vorherrschenden Flurzersplitterung weiterhin ein Hauptinstrument der Strukturverbesserung überhaupt. Der Abbau der damit verbundenen Kostennachteile in der Außenwirtschaft von 30 % bis 50 % ist für viele Landwirte und Winzer überlebenswichtig. Bodenordnung ist vielfach auch die zwingende Voraussetzung, moderne, leistungsfähige Maschinen überhaupt einsetzen zu können.

Aus diesen Gründen haben wir für die Bodenordnung gegenüber den vergangenen Jahren eine Mittelaufstockung vorgesehen. Wir werden zudem als neue Initiative den Nutzungstausch auf Pachtbasis starten, um noch mehr Flächen noch schneller strukturverbessernd mobilisieren zu können, ohne in die Eigentumsverhältnisse einzugreifen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Schließlich bieten wir der Landwirtschaft Hilfen zur Verbesserung der Vermarktungs- und Verarbeitungsstrukturen sowie Marketinghilfen zur Erhaltung und Erweiterung der Absatzmöglichkeiten an, damit die dort bestehenden Defizite abgebaut und die Marktchancen noch besser genutzt werden können.

Zweiter Schwerpunkt unseres regionalen Entwicklungsplans ist die Förderung umweltschonender Bewirtschaftungsmethoden sowie die Förderung der Landwirtschaft in benachteiligten Gebieten.

Die EU hat unser Konzept zur umweltschonenden Landbewirtschaftung, das wir insbesondere mit unserem „Förderprogramm Umweltschonende Landwirtschaft“ (FUL) umsetzen, ohne Abstriche akzeptiert.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Wir haben damit ein abgerundetes Angebot für eine umweltfreundliche, nachhaltige Landwirtschaft.

Meine Damen und Herren, auch die Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten wird auf hohem Niveau fortgesetzt. Wir werden hiermit auch künftig mit an der Spitze im Bundesvergleich liegen.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung bekennt sich ganz deutlich zu dieser Hilfe, weil sie gerade bei dem zunehmenden Wettbewerbsdruck zur Erhaltung der Landwirtschaft auch auf benachteiligten Standorten unverzichtbar ist. Sie ist damit auch unverzichtbar für die Erhaltung der Kulturlandschaft und die Sicherung funktionsfähiger ländlicher Räume.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

In unserem regionalen Entwicklungsplan geht es nicht nur um unmittelbare Förderung von Landwirtschaft und Weinbau. Wir wollen darüber hinaus mit einem dritten Schwerpunkt einen wichtigen Baustein für eine integrierte ländliche Entwicklung insgesamt schaffen.

Die von der EU aufgezeigten Entwicklungsmöglichkeiten in landwirtschaftsnahen Wirtschaftsbereichen sowie im Lebensumfeld der landwirtschaftlichen Familien werden wir nutzen. Im Mittelpunkt stehen dabei insbesondere Maßnahmen der Dorferneuerung, forstliche Maßnahmen und die Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten und alternativer Einkommensquellen im landwirtschaftlichen und landwirtschaftsnahen Bereich.

Wir sehen gerade auch in diesen Fördermöglichkeiten ein wichtiges Element für unsere neue Initiative „Land schafft“. Im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau sind Wirtschafts- und Agrarförderung, Verkehrs- und Infrastrukturförderung, Technologie- und Tourismusförderung sowie die Dorferneuerung und ländliche Bodenordnung richtigerweise gebündelt. Diese Konzentration ermöglicht es, integrierte Konzepte für die jeweiligen ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz zu entwickeln und entsprechend umzusetzen. Mit der Initiative „Land schafft“ wollen wir die Menschen motivieren, mit uns gemeinsam vor Ort umfassende und angepasste Entwicklungskonzepte zu erarbeiten und somit die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums in Rheinland-Pfalz insgesamt ausbauen zu können.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P. und SPD)

Meine Damen und Herren, neben der strukturpolitischen Förderung von Landwirtschaft und Weinbau haben für die Landesregierung die Aus-, Fort- und Weiterbildung, die Beratung und die Nutzung moderner Kommunikationstechniken einen besonders hohen Stellenwert. Die Entwicklungschancen für landwirtschaftliche Unternehmen werden immer stärker durch die Persönlichkeit des Unternehmers und der Unternehmerin und die Qualifikation der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte bestimmt. Nur landwirtschaftliche Unternehmer, die auf die ständig wechselnden Rahmenbedingungen flexibel und effizient reagieren, den technischen und züchteri-

schen Fortschritt in ihren Betrieben schnell umsetzen und ihre Produktionstechnik, Vermarktung und Unternehmensfinanzierung optimal organisieren, werden sich im zunehmenden Wettbewerb wirtschaftlich erfolgreich behaupten können.

Die Landesregierung wird daher die Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie die Beratung in der Landwirtschaft in den kommenden Jahren weiter intensivieren und dabei auch die umweltpolitischen Aspekte verstärkt berücksichtigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Rheinland-Pfalz sind der Weinbau und der Gemüsebau von besonders wichtiger Bedeutung. So erwirtschaften der Gemüsebau 8 % und der Weinbau 44 % des landwirtschaftlichen Produktionswerts. Deshalb misst die Landesregierung der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Sonderkulturen eine besondere Bedeutung zu.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der SPD)

Die Situation des Gemüsebaus haben wir in der letzten Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Weinbau intensiv behandeln können. Ich möchte daher an dieser Stelle nur wenige Aspekte nennen:

Der Gemüsebau wurde in Rheinland-Pfalz während der letzten 20 Jahre von 5 000 Hektar auf 15 000 Hektar ausgedehnt und hat daher stark an Bedeutung zugenommen.

Meine Damen und Herren, zurzeit stellen mehr als 6 000 Gemüseerzeuger insgesamt 20 000 Arbeitsplätze für Saisonarbeitskräfte bereit. Der Gemüsebau hat diese positive Entwicklung genommen, obwohl - oder weil - sich der Staat - anders als bei anderen Agrarprodukten - aus der Marktstützung weitestgehend herausgehalten hat. Die Unterstützung konzentrierte sich ganz auf die Hilfen zur strukturellen Anpassung und zum Aufbau einer effizienten Beregnung. Der Gemüsebau ist daher ein gelungenes Beispiel dafür, dass sich landwirtschaftliche Sektoren auch ohne Preis- und Absatzgarantien am Markt gut und erfolgreich behaupten.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

Den bisherigen erfolgreichen Weg wollen wir auch von politischer Seite weiter begleiten. Wir werden die Wettbewerbsfähigkeit des Gemüsebaus insbesondere unterstützen durch

- ein qualifiziertes Angebot für Ausbildung, Beratung und Versuchswesen,
- die Fortführung der einzelbetrieblichen Förderung,
- den Ausbau der Bewässerung auf der Grundlage unseres Beregnungskonzepts im regionalen Entwicklungsplan,
- die Sicherung der Wettbewerbsposition der Erzeugerorganisationen und

- die Förderung von speziellen Marketingprojekten für den Gemüsebau.

Zum letzten Punkt gehört insbesondere unsere Kampagne „Power-Pur“. Auf meine Initiative hin wurde eine entsprechende Ernährungs- und Gesundheitskampagne entwickelt, die seit Juni dieses Jahres unter dem Slogan „5 am Tag - Obst und Gemüse“ umgesetzt wird.

(Billen, CDU: Sie kennen Ihre eigenen vielen Initiativen schon nicht mehr, stelle ich fest!)

- Fünfmal am Tag.

Meine Damen und Herren, der wissenschaftliche Hintergrund dieser Kampagne ist der Nachweis, dass durch einen erhöhten Verzehr von Obst und Gemüse - eben fünf Portionen am Tag - zahlreichen Krankheiten vorgebeugt werden kann.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Jetzt müssten die Tablettis kommen,
Herr Bauckhage!)

Aus diesem Grund habe ich die Mittel der Marketingförderung für Obst und Gemüse auf diese Kampagne konzentriert. Sie wird von zahlreichen Gesundheitspartnern, wie beispielsweise der Deutschen Krebsgesellschaft, mitgetragen. Das Engagement für die Kampagne wird im Jahr 2001 fortgesetzt werden. So wird „5 am Tag“ auf unserer Rheinland-Pfalz-Präsentation auf der Internationalen Grünen Woche 2001 ein Schwerpunkt sein.

Meine Damen und Herren, dem Weinbau kommt in Rheinland-Pfalz als dem größten weinbautreibenden Bundesland natürlicherweise eine herausragende Bedeutung zu.

(Zurufe von der Regierungsbank)

- Herr Kollege Zöllner, nicht fünfmal am Tag, sondern es heißt wirklich „5 am Tag“.

(Ministerpräsident Beck: Wir haben uns nur gewünscht, dass es auch fünf Viertel am Tag heißen könnte!)

- Herr Ministerpräsident, das ist gut. Das ist immer gut. Es könnte auch ein Viertelchen mehr sein.

(Billen, CDU: Herr Minister,
es heißt fünfmal am Tag!)

Meine Damen und Herren, in unserem Land werden von 16 065 Betrieben rund 70 % des deutschen Weins erzeugt.

Bevor ich die Strategien der Landesregierung zur Stärkung unserer Weinwirtschaft darstelle, noch ein Wort zum Ernteverlauf dieses Jahres. Die Ernte 2000 wird geringer als erwar-

tet ausfallen und 10 bis 20 % weniger Menge als im Vorjahr erbringen. Nach ersten Berichten sind die Qualitäten zufriedenstellend bis gut. Insbesondere die Preise früh reifender Weißweinsorten sind durch den hohen Angebotsdruck auf ein historisches Tief gefallen. Die ungünstige Preisbildung hat sich auch auf andere Rebsorten ausgewirkt.

Für den Erfolg unserer Weinbaubetriebe ist der Weinabsatz von entscheidender Bedeutung.

(Vereinzelt Beifall bei der F.D.P.)

Wein- und Sektkonsum in Deutschland steigen leicht an. Der Weinmarkt umfasst erstmals ein Volumen von 19 Millionen Hektoliter. Jeder Deutsche trinkt im Durchschnitt 22,4 Liter Wein im Jahr.

Allerdings verändern sich die Verbraucherpräferenzen. So sind die Einkaufsmengen an Weißwein der privaten Haushalte in Deutschland von 1995 bis 1999 von 54 % auf 47 % zurückgegangen. Der Rotweinanteil ist dagegen von 46 % auf 53 % angestiegen. Die Gebiete mit einem hohen Rotweinanteil profitieren in besonderem Maße von der gestiegenen Nachfrage. Wie könnte es anders sein? Die Gebiete mit einem hohen Weißweinanteil konnten in der Geschwindigkeit der Marktanpassung verständlicherweise nicht mithalten. Das Angebot muss daher wieder an die Nachfrage angepasst werden.

Rotwein hat auch am Fassweinmarkt große Erfolge zu verzeichnen. Auch bei hohen Flächenerträgen konnten im Herbstgeschäft 2000 für „Dornfelder“ Preise von 3,20 DM pro Liter erzielt werden. Für viele Weinbaubetriebe in Rheinland-Pfalz, auch für Fassweinerzeuger, ist der Rotwein zu einer festen Säule im Betriebsergebnis geworden.

Meine Damen und Herren, rheinland-pfälzische Weine genießen auf den Märkten im In- und Ausland eine hohe Wertschätzung. Das darf man trotz der schwierigen Situation auf dem Fassweinmarkt nicht vergessen. Im Bereich der Direktvermarktung sind sehr erfolgreiche Vermarktungsstrategien vorhanden. Im Bereich des Lebensmitteleinzelhandels und des Exports gibt es Erfolg versprechende Initiativen, auf die ich später noch einmal kommen werde.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Situation war und ist die Landesregierung zweifellos gefordert, die Rahmenbedingungen für die Erzeugung von Qualitätswein den Bedürfnissen des Weinmarkts anzupassen. Dies geschieht in erster Linie durch folgende Maßnahmen:

- die Änderung der Hektarertragsregelung,
- kurzfristige Maßnahmen zur Bereinigung der strukturellen Überschüsse im Rahmen des 12-Punkte-Programms der Landesregierung, das ich hier vorgestellt habe,

- mittelfristige Maßnahmen im Rahmen des Programms zur Anpassung der Erzeugung an die Nachfrage.

Die Änderung der Hektarertragsregelung hat sich bewährt. Aufgrund der Marktsituation in den Jahren 1998 und 1999 hat die Landesregierung eine Weingesetzänderung mit dem Ziel verfolgt, bessere Rahmenbedingungen durch Marktsplattung zu erzielen.

(Vereinzelt Beifall bei der F.D.P.)

In den großen Anbaugebieten Rheinhessen, Pfalz, Mosel-Saar-Ruwer und Nahe gilt ab der Ernte 2000 ein Qualitätsgruppenmodell mit gesonderten Hektarerträgen für Qualitätswein, Land- und Tafelwein und für Spezialweine oder Verarbeitungswein, bei dem jegliche Überlagerung ausgeschlossen ist.

Meine Damen und Herren, somit können die Winzer in Selbstverantwortung, in unternehmerischer Verantwortung selbst entscheiden, welche Märkte sie bedienen wollen. Das Gesamtangebot an Qualitätsweinen wird daher insbesondere in großen Erntejahren mit preisstabilisierender Wirkung verknappt und der Nachfrage angepasst. Das Ziel der Marktsplattung ist die Grundlage der neuen Hektarertragsregelung. Die Marktsegmente Tafel- und Landwein sowie Verarbeitungswein müssen unter den Rahmenbedingungen des EU-weiten Markts produziert und vermarktet werden.

In den großen Anbaugebieten Rheinhessen und Pfalz und teilweise auch der Nahe werden erhebliche Mengenanteile im Herbstgeschäft als Verarbeitungsweine abgesetzt werden können. Auch Flaschenweinbetriebe nutzen die Verarbeitungsschiene, um Vermarktungsmöglichkeiten für ertragreiche und marktgängige Erzeugnisse zu sichern. Die positiven Auswirkungen der neuen Grundausrichtung der Hektarertragsregelung auf den Weinmarkt gerade auf dem Qualitätsweinmarkt werden von weiten Teilen der Weinwirtschaft bestätigt. Es muss aber noch geprüft werden, ob die Mindestnormen für die Herstellung der Qualitätsweine an einer noch stärkeren Qualitätsorientierung ausgerichtet werden müssen.

(Zuruf von der CDU)

Die kurzfristigen Maßnahmen des 12-Punkte-Programms zielen insbesondere auf die Teilnahme an der Destillation des Trinkalkoholmarkts der EU ab.

(Zuruf von der CDU)

Ich möchte an dieser Stelle zunächst einmal anmerken, dass die Weinerzeugung für den Konsumenten bestimmt sein sollte und nicht für die Beseitigung durch die Destillation.

(Beifall der F.D.P., der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung wird aus eigenen Mitteln ergänzend einen Betrag von 15 Millionen DM zur Verfügung stellen, um die EU-Beihilfen bei dieser Destillation auf knapp 50 Pfennig pro Liter aufzustocken. Die Destillation zur Versorgung des Trinkalkoholmarkts ist zunächst einmal auf den Tafelweinmarkt beschränkt. In Gesprächen mit der EU-Kommission konnte jedoch erreicht werden, dass auch herabgestufte Qualitätsweine in die Destillation geliefert werden können.

Die Möglichkeit der Herabstufung wurde in den Anbaugebieten unterschiedlich angenommen. Landesweit wurden mit Stand Mitte Oktober rund 81 000 Hektoliter Qualitätsweine mit dem Ziel der Teilnahme an der Trinkalkoholdestillation zu Tafelwein herabgestuft. Die Anmeldungen für die Trinkalkoholdestillation belaufen sich derzeit auf rund 270 000 Hektoliter. Das zeigt, dass die Weinwirtschaft dieses Angebot der EU in Verbindung mit der Preisgarantie des Landes annimmt.

Die Landesbeihilfe bei der Aufstockung der Trinkalkoholdestillation muss noch durch die EU-Kommission notifiziert werden. Das Verfahren läuft. Ich weiß, dass der Ministerpräsident und ich in den letzten Tagen noch wiederholt mit der EU-Kommission telefoniert haben, um dieses Verfahren auf einen guten Weg zu bringen. In dem Zusammenhang darf ich mich auch bei dem Bundeslandwirtschaftsminister für seine Interventionen bedanken.

Aufgrund der Bestimmungen des EU-Vertrags hat der Agrarministerrat die Möglichkeit, unsere nationale Beihilfe zu genehmigen. Wir werden mit allen Mitteln die Bundesregierung und insbesondere Bundeslandwirtschaftsminister Funke unterstützen, damit im Agrarministerrat die Genehmigung der rheinland-pfälzischen Landesbeihilfe beschlossen werden kann. Mit einer Entscheidung ist jedoch frühestens Ende November zu rechnen. Damit liegen wir im Zeitplan; - -

(Zuruf des Abg. Kuhn, F.D.P.)

- Sie haben die Möglichkeit, Zwischenfragen zu stellen, auch bei einer Regierungserklärung, ich erlaube Ihnen das.

-- denn die zusätzlichen Landesmittel können erst nach Vorliegen der Beihilfen für die EU-Destillation berechnet werden.

(Kuhn, F.D.P.: Das ist unredlich!)

Darüber hinaus ist über das Bundeslandwirtschaftsministerium die Dringlichkeitsdestillation beantragt. Mit der Auslösung dieser Destillation ist erst Ende Januar/Anfang Februar des nächsten Jahres zu rechnen. Die Destillation von Wein kann jedoch nur eine kurzfristige Bereinigung der strukturellen Überschüsse zum Ziel haben. Deshalb werden auch kurzfristig Marketingmaßnahmen aufgegriffen.

Im Oktober bis Dezember dieses Jahres werden daher mit mehreren Einzelhandelsketten Verkaufsförderaktionen durchgeführt. Die Aktionen sollen bundesweit den Verkauf

von rheinland-pfälzischen Weinen fördern. Hierbei soll verstärkt das Vorweihnachtsgeschäft mit einbezogen werden. Wie könnte es anders sein? Wir erwarten im Bereich des mittleren und oberen Preissegments eine deutliche Unterstützung durch diese Maßnahmen. Die Verkaufsförderungsaktion ist übrigens Bestandteil des 12-Punkte-Programms.

Meine Damen und Herren, neben den genannten kurzfristig angelegten Maßnahmen nutzt die Landesregierung im Rahmen des Programms auch Instrumente, die für eine langfristige Bereinigung der Strukturprobleme geeignet sind. Hierzu gehören unter anderem die Umstellungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen der EU im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation für Wein. Diese haben zum Ziel, in der EU ein stabiles Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zu schaffen. In Deutschland betreffen diese finanziell attraktiven Maßnahmen insbesondere die Rodung von Weißweinsorten und die Pflanzung von Rotweinsorten.

Ich hoffe, dass möglichst viele Winzer das Angebot aufgreifen und auch die von der Landesregierung und Verwaltung angebotene Unterstützung bei der Beantragung und Umsetzung in Anspruch nehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben der Optimierung der Rahmenbedingungen für unsere Weinbaubetriebe in der Produktion wird die Landesregierung ihre Weinmarketingaktivitäten weiter intensivieren.

Auf Initiative und unter maßgeblicher Mitwirkung des Weinbauministeriums ist gemeinsam mit dem Deutschen Weininstitut die „Kommunikationsoffensive Großbritannien“ entwickelt worden. Im Rahmen des Projekts wurde erstmals eine umfangreiche Marktuntersuchung durchgeführt. Diese hat wichtige Aufschlüsse über die Konsumgewohnheiten der Briten und über notwendige Änderungen der Produktprofile deutscher Weine und der dazugehörigen Werbung erbracht. Hieraus wurde eine Konzeption entwickelt, die Mitte letzten Jahres am Markt umgesetzt wurde.

Zum Kommunikationsbudget von insgesamt 3,2 Millionen DM pro Jahr steuert das Land, also das Weinbauministerium, rund 1,3 Millionen DM bei und begleitet das Projekt mit fachlicher Beratung. Mittelfristiges Ziel ist es, auch in den anderen Hauptabsatzmärkten USA und Japan zu gesicherten Marktinformationen zu gelangen, um marktgerechte Produkte und Kommunikationskonzepte entwickeln zu können.

Zur weiteren Verbesserung von Image und Absatz auf den heimischen Märkten initiiert und realisiert das Ministerium in enger Abstimmung mit dem Deutschen Weininstitut und den Gebietsweinwerbungen umfangreiche Aktivitäten wie etwa:

- nationale Verkaufsförderungsaktionen im Lebensmittel-einzelhandel zur Sicherung der Marktanteile im Mittelpreissegment,

- zahlreiche Produktpräsentationen bei wichtigen nationalen und internationalen Veranstaltungen,
- rheinland-pfälzische Winzerfeste in 20 deutschen Großstädten mit fast 300 selbstvermarktenden Weingütern und
- die Einrichtung einer Weinbotschaft mit dem Namen „Weinlife Rheinland-Pfalz“ im Berliner Regierungsviertel.

Das Gesamtbudget für diese Aktivitäten umfasst rund 4,2 Millionen DM. Mit den bereits genannten 1,3 Millionen DM für die „Kommunikationsoffensive Großbritannien“ sind dies 5,5 Millionen DM Landesmittel für Weinmarketingaktivitäten.

Meine Damen und Herren, schließlich sind auch Initiativen der Weinwirtschaft selbst gefordert. Erzeugerbetriebe und Weinhandel sollten klare Strukturen aufbauen, die auf Verlässlichkeit und Bindungen beruhen.

Neben der Strukturbereinigung im Weinberg und Marketingunterstützung sind weiter gehende Qualitätsoffensiven aus der Wirtschaft notwendig; denn die Hoffnungen der Vergangenheit, über Mengenerträge und Steigerung der Flächenproduktivität den Wettbewerb gegenüber Süd- oder Osteuropa zu gewinnen, tragen schlicht nicht mehr.

Beispielhaft für die Entwicklung am Weinmarkt sind Qualitätsprojekte beim Fasswein. Die Großen der Branche starten Qualitätsoffensiven. Qualitätsmanagement und Qualitätssicherung werden zunehmend zu einem Erfolgsfaktor. Das Ergebnis sind moderne Weine, die internationale Standards setzen und die Einzigartigkeit von rheinland-pfälzischen Weinen auf dem Weltmarkt präzise und unverwechselbar herausarbeiten.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

Hierzu passen die gemeinsam vom Forum der Deutschen Weinwirtschaft und den Vermarktern entwickelten Konzepte für Rebsortenweine mit der Bezeichnung „Classic“ und „Selection“. Diese werden im Vordergrund der Weinvermarktung stehen. Die entsprechenden Verordnungen schreiben lediglich die Rahmenbedingungen dieser Konzepte fest, um ihnen eine gesicherte Position am Markt zu verschaffen und Nachahmungen zu verhindern.

Meine Damen und Herren, dies ist der richtige Weg für unsere Weinwirtschaft; denn langfristig werden nur die Marktteilnehmer marktkonforme Entscheidungen und Erfolg versprechende Entscheidungen treffen.

Wenn wir die Perspektiven für die Landwirtschaft und den Weinbau in Rheinland-Pfalz abschätzen und eine zukunftsgerichtete Politik gestalten wollen, müssen wir natürlich auch die Instrumente berücksichtigen, die weitgehend im Kompetenzbereich des Bundes und der EU liegen. Dies gilt im Besonderen für die Sozial- und Steuerpolitik.

Das System der berufsständischen sozialen Sicherung in der Landwirtschaft ist für die in der Landwirtschaft verbleibenden Betriebe und Winzer immer schwerer zu finanzieren. Wegen des starken Strukturwandels und der Veränderung der Altersstruktur in der landwirtschaftlichen Bevölkerung - übrigens ist dies nicht anders als in der Gesamtbevölkerung - wird das Zahlenverhältnis von Beitragszahlern und Leistungsempfängern in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung immer ungünstiger.

Schon heute liegt die Zahl der Leistungsempfänger deutlich über der Zahl der Beitragszahler. Dieses Problem kann durch die in Landwirtschaft und Weinbau verbleibenden Betriebsleiter nicht gelöst werden; denn dieser Weg würde den Betrieben jeden Finanzierungsspielraum für notwendige Investitionen nehmen. Hier ist die Politik gefordert.

Meine Damen und Herren, der Bund hat im Rahmen des Haushaltssanierungsgesetzes seine Bundeszuschüsse - wie auch andere Zuschüsse - an die landwirtschaftlichen Sozialversicherungen ab 2000 erheblich gekürzt.

Die Landesregierung appelliert daher mit Nachdruck, in den laufenden Diskussionen über eine allgemeine Rentenversicherung auch die Probleme der landwirtschaftlichen Sozialversicherung mit einzubeziehen.

Meine Damen und Herren, allerdings ist auch der Berufsstand gefordert mitzuwirken.

Die Rationalisierungserfolge bei der anstehenden Reform der landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger reichen bei weitem nicht aus, diese Finanzierungsprobleme zu lösen. Hier muss eine grundsätzliche Lösung gefunden werden.

Meine Damen und Herren, das Steuerentlastungsgesetz bringt für die deutsche Landwirtschaft zunächst einmal erhebliche Mehrbelastungen mit sich. Das Steuergesetz 2000 belastet die Landwirtschaft, und erst ab 2004 tritt eine Steuerensenkung ein. Die Landwirtschaft wird deshalb insgesamt durch die Steuerreform zunächst einmal im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsbereichen nachteilig tangiert.

Angesichts dieser Auswirkungen und des hohen Anpassungsdrucks in der Landwirtschaft hält es die Landesregierung für nicht vertretbar, dass aus Wettbewerbsgründen die Besteuerung des Agrardiesels auf der bisherigen Höhe festgeschrieben bleibt. Hierzu muss möglichst kurzfristig eine Angleichung der Agrardieselbesteuerung in der EU erfolgen, um Wettbewerbsnachteile für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft abzubauen.

Zur kurzfristigen Entschärfung dieses Problems fordert die Landesregierung den Bund auf, den ab 1. Januar 2001 vorgesehenen Steuersatz für Agrardiesel in Deutschland von 57 Pfennig pro Liter deutlich abzusenken.

(Beifall der F.D.P. und vereinzelt bei der SPD)

Eine entsprechende Forderung hat auch der Bundesrat auf unsere Initiative an den Bund gerichtet. Also wir waren im Bundesrat entsprechend initiativ.

Meine Damen und Herren, wenn wir die Perspektiven für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft und den Weinbau für die kommenden Jahre zusammenfassend abschätzen, lässt sich Folgendes feststellen:

Zu erwarten sind mittelfristig

- eine stärkere Markt- und Wettbewerbsorientierung und
- neue Schwerpunktsetzungen in den Bereichen ländliche Entwicklung und Umwelt.

Auf diese Entwicklungen müssen sich die rheinland-pfälzischen Landwirte und Winzer bereits heute bei ihren Investitionsentscheidungen einstellen, wenn sie im globalen Wettbewerb wirtschaftlich überleben wollen. Das Tempo des Strukturwandels in der europäischen Landwirtschaft dürfte sich beschleunigen und die Einzelbetriebe vor große Anpassungsprobleme stellen.

Meine Damen und Herren, daher wird die Landesregierung die Landwirtschaft und den Weinbau unseres Landes bei diesem Strukturwandel im Rahmen der „Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum“ verstärkt finanziell fördern und gleichzeitig die Aus-, Fort- und Weiterbildung und die Beratung verstärken.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Andererseits bietet dieser unvermeidliche Strukturwandel für gut ausgebildete und unternehmerisch ausgerichtete, durchsetzungsfähige Landwirte und Winzer auch Wachstums- und Entwicklungschancen, die es in Rheinland-Pfalz zu nutzen gilt.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltend Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, bevor ich die Aussprache eröffne, begrüße ich Mitglieder der Frauenunion Gernersheim, Mitglieder des SPD-Ortsvereins Bann sowie Mitglieder des SPD-Ortsvereins Saulheim. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

In die Aussprache beziehe ich Punkt 7 der Tagesordnung mit ein.

Gemüsebau in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion der F.D.P.
- Drucksache 13/5571 -

dazu:
Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Landwirtschaft und Weinbau
- Drucksache 13/6178 -

Ich gehe davon aus, dass wir auf die Berichterstattung verzichten können. Ich erteile Herrn Abgeordneten Billen das Wort.

Abg. Billen, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister Bauckhage, ich danke Ihnen, dass Sie der Opposition die Regierungserklärung bereits gestern zugeleitet haben.

(Beifall der CDU)

Das ist nicht selbstverständlich für diese Landesregierung. Leider wird das aber das einzige Lob bleiben, das mir hinsichtlich dieser Regierungserklärung einfällt.

(Staatsminister Bauckhage: Das wäre gefährlich, wenn Sie mich loben würden!)

Als uns die Regierungserklärung angekündigt wurde, waren wir sehr gespannt, was uns die Landesregierung Neues und Positives zur Agrarpolitik und zum ländlichen Raum mitzuteilen hat.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nichts!)

Der Neuigkeitswert dieser Regierungserklärung ist so groß wie die Tatsache neu ist, dass es vier Jahreszeiten gibt, es jetzt Herbst ist und der Winter folgt.

(Zurufe der SPD: In Rheinland-Pfalz gibt es fünf Jahreszeiten!)

- Bei Ihnen gibt es fünf Jahreszeiten, und Sie befinden sich ständig in der fünften Jahreszeit. Das ist vollkommen richtig.

Man muss sich einmal klarmachen, dass die Winzer unter einem historischen Preistief leiden. Dieses Preistief ist nicht nur existenzbedrohend, sondern existenzvernichtend. Die Landwirte verlieren mehr als 25 % ihres Einkommens, das bekanntlich nicht besonders hoch, sondern eher kärglich ist. Die Landesregierung gibt eine Regierungserklärung ab, in der sie den existenzgefährdenden Zustand beschreibt. Herr Minister, weshalb haben Sie die Zahlen weggelassen?

(Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

Sie haben die Ökosteuer nicht erwähnt, die in der Regierungserklärung steht. Die ganzen Millionen, die die Landwirtschaft verliert, sind in der Regierungserklärung wiederzufinden, aber Sie haben vergessen, diese zu erwähnen. Ist es schon so weit, dass Ihnen die SPD vorgibt, die negativen Zahlen von Rotgrün dürften in diesem Hause nicht mehr genannt werden? Sie bieten keinen einzigen Lösungsansatz.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist ungeheuerlich, dass unter der Federführung des SPD-Ministerpräsidenten Beck Bauern und Winzer im Stich gelassen werden. Für diese Landesregierung gibt es die Säule Landwirtschaft in Sonntagsreden.

(Keller, CDU: So ist es!)

Was unternimmt sie, wenn Sprengsätze der rotgrünen Regierung in diese Säulen hineingelegt werden? - Nichts - im Gegenteil, selbst diese Landesregierung legt in diese in Sonntagsreden genannte Säule Sprengsätze hinein und macht diese Säule nach wie vor kaputt.

(Beifall der CDU)

Herr Minister, im Herbst 1999 war klar, dass der Herbst 2000 zu einer Katastrophe führen wird, wenn hinsichtlich des Weinbaus nichts unternommen wird. Das hat nicht nur die CDU gesagt. Es sind Briefe an Sie geschrieben worden, und es gibt jede Menge Presseerklärungen der Bauern- und Winzerverbände, die Ihnen deutlich gemacht haben, dass Sie relativ schnell erleben werden, dass der Weinmarkt zusammenbricht.

Was haben Sie getan? - Sie haben geredet, geschwafelt und nicht gehandelt. Zurzeit sehe ich die Landesregierung in Erklärungsnot. Bis gestern ist noch nicht einmal die Krisendestillation beantragt worden, während Sie erklären, sie sei beantragt worden. Dafür hätte ich gern eine Erklärung gehört.

Aus der Regierungserklärung geht hervor - es war für mich hochinteressant, das festzustellen -, dass Sie selbst davon überzeugt sind, dass die Europäische Kommission die Trinkalkoholdestillation ablehnen werde. Im Anschluss daran, so steht es in der Regierungserklärung, wollen Sie Landwirtschaftsminister Funke in den Ministerrat jagen und ihm sagen, er müsse das durchsetzen.

(Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

- Genau die Trinkalkoholdestillation mit subventionierten Preisen muss notifiziert werden, und das wird die EU-Kommission nicht tun. Mit dieser Forderung müssen Sie in den Ministerrat. Wenn Sie im Ministerrat drin sind, muss Herr Funke anderen Ländern viel Geld geben. Er muss den Spaniern ein paar Olivenbäume geben, er muss den Italienern

Geld geben, und er muss den Franzosen Geld geben, damit er mit relativ wenig Nutzen dieses Programm umsetzen kann. Herzlichen Glückwunsch zu solch einer Politik!

(Beifall der CDU -
Zurufe aus dem Hause)

Ferner steht in Ihrer Regierungserklärung, Sie würden knapp 50 Pfennig auszahlen. Können Sie einmal erklären, wie viel knapp 50 Pfennig sind?

(Unruhe im Hause)

Entweder sind es 50 Pfennig, oder es sind keine 50 Pfennig.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
49 Pfennig! Erst denken, dann fragen! -
Glocke des Präsidenten)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich habe Verständnis für die Emotionen, die eine solche Debatte sicherlich enthalten muss, aber zunächst einmal hat der Redner das Wort.

Abg. Billen, CDU:

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich fühlte mich aber nicht besonders gestört; denn ich bin das gewohnt.

Sie wissen, dass die Trinkalkoholdestillation das Problem kaum lösen wird, weil damit maximal 8 % vom Markt kommen. Durch diese Untätigkeit - das haben wir schon mehrmals gesagt -, auch bei der Beantragung der Krisendestillation, werden die Winzer verunsichert.

Außerdem schreiben Sie in Ihrer Regierungserklärung: „Wir liegen mit allem voll im Zeitplan.“ Toll! Ich kann nur dazu sagen, dass das den betroffenen Winzern das Blut in den Adern gefrieren lässt. Es dürfte mittlerweile bekannt sein, weshalb die Landesregierung nicht bereit ist, die Krisendestillation schnell zu beantragen, weil dazu ein Konzept gehört, das Sie nicht haben. Mit dem Konzept „man müsste“ oder „man könnte“, versehen mit einem entschiedenen „sowohl als auch“ oder „man sollte“, kann man in Brüssel nicht bestehen.

Herr Minister Brüderle hat alle Weinköniginnen geküsst. Herr Minister Bauckhage beißt die Winzer.

(Beifall der CDU)

Jetzt komme ich auf den Agrardiesel zu sprechen. Meine Damen und Herren, diesbezüglich gibt es eine wunderschöne Geschichte. Herr Staatssekretär Eymael hat im Agrarministeramt mit den CDU/CSU-geführten Ländern für eine Heizölsteuer in Höhe von 12 Pfennig gekämpft. Diesen Mut hat das

rheinland-pfälzische Kabinett aber schnell verlassen, weil auf dem Altar der SPD-Parteipolitik dieser Beschluss gekippt werden musste. Dann wird im Kabinett eine nennenswerte Entlastung beschlossen. Meine Damen und Herren, wenn man sich dann auf 10 Pfennig einigt, kann ich Ihnen die Vergleichszahlen nennen. Im Jahr 1998 hat der Steuersatz für Agrardiesel 21 Pfennig betragen. 57 Pfennig soll er ab dem 1. Januar 2001 betragen, während unsere europäischen Mitbewerber zwischen 0 Pfennig und 14 Pfennig bezahlen. Wie kann man dann noch von Wettbewerbsfähigkeit sprechen? Das wird nicht gelingen.

Ich weiß aber, dass Herr Bauckhage vielleicht gar nicht der Schuldige ist, weil Herr Beck der Meinung ist, dass SPD-Parteipolitik über Bauern- und Winzerinteressen steht. So kann man natürlich auch ein Land kaputtmachen. Deshalb muss er in der Koalition stillhalten.

(Beifall der CDU)

Wenn schon von der Agrarsozialpolitik geredet wird und die Landesregierung in Form von Herrn Bauckhage die Note „6“ erteilt, frage ich Sie: Weshalb haben die Regierungsfractionen dem Antrag der CDU-Fraktion bezüglich der Berufsgenossenschaft und der gesetzlichen Absicherung vor zwei Jahren im Plenum nicht zugestimmt? War Ihnen das zu kompliziert, oder hatten Sie das noch nicht erkannt? Wir geben Ihnen eine neue Chance; denn wir werden einen neuen Antrag einbringen. Herr Minister, dann werden wir sehen, ob zwischen Reden und Handeln in diesem Kabinett eine Lücke zu schließen ist.

Sie haben in der Regierungserklärung gesagt, bei der Berufsgenossenschaft müsse der Zuschuss zur Übernahme der Altlast gesetzlich erfolgen. Ich gehe davon aus, dass Sie dann diesem Antrag zustimmen werden, der genau das fordert. Ansonsten kommen wir wieder zu dem Thema: Auf der einen Seite wird schön geredet, und auf der anderen Seite wird nicht gehandelt bzw. link gehandelt.

(Vizepräsident Heinz übernimmt
den Vorsitz)

Wir kommen zum zweiten Punkt, wenn wir über rotgrüne hausgemachte negative Agrarvernichtungspolitik reden.

In der Regierungserklärung wird deutlich, dass die Landwirte in Rheinland-Pfalz mit dem Steuersenkungsgesetz und dem so genannten Steuerentlastungsgesetz - das Steuerentlastungsgesetz war 1999, und das Steuersenkungsgesetz, das für die Bauern wiederum ein Steuererhöhungsgesetz darstellt, wurde in diesem Jahr verabschiedet, wobei das Steuerentlastungsgesetz für die Bauern ebenfalls ein Steuererhöhungsgesetz ist - mit 37 Millionen DM zusätzlich zur Kasse gebeten werden.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Der Deutsche Bauernverband
sagt etwas anderes!)

Dieses Problem ist nicht auf die EU-Ebene abzuschieben, sondern es handelt sich um ein hausgemachtes Problem. Lieber Herr Minister Bauckhage, ich frage Sie: Wenn Ihnen das alles bewusst war, können Sie diesem hohen Hause einmal erklären, weshalb ausgerechnet Sie im Bundesrat diesem Steuer-senkungsgesetz zugestimmt haben? Weshalb haben Sie nicht gesagt: Das geht über die Interessen von Rheinland-Pfalz. Ich kann nicht mehr verantworten, das auf die Landwirte und Winzer draufzupacken. Ich stimme dem nicht zu. - Sie haben zugestimmt. Der entscheidende Punkt wird aber vermutlich wieder der sein, dass Sie der kleinere Koalitionspartner sind und Sie auf dem Altar der SPD-Partei-politik wieder einmal geopfert worden sind. Zu sagen, man könnte, man müsste, man sollte, ist nicht ausreichend. Handeln anstatt herumzu-jammern ist angesagt.

Wenn Sie zur ZIL, zur Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum, sprechen, habe ich an Sie schon ein paar Fragen. ZIL bedeutet, dass EU-Millionen über die nächsten sechs Jahre fließen werden. Sie haben in einer Presseerklärung am 29. August in der „F.A.Z.“ ein Milliarden-Programm zur Verbesserung der ländlichen Infrastruktur angekündigt. Herr Minister Bauckhage, diese Milliarden wollen Sie dadurch finanzieren, indem Sie die Liegenschaften des Landes in einen Immobilienfonds einbringen. Ich frage mich, und ich frage vor allem Sie: Wie funktioniert dieser gigantische Schuldenschattenhaushalt, den Sie planen? Können Sie das Rätsel auflösen, wie man die gleichen Liegenschaften, die man in die LBB als gigantischen Schuldenschattenhaushalt eingebracht hat, noch einmal in einen Immobilienfonds einbringen kann? Können Sie mir erklären, wie man zweimal gigantische Schat-tenschuldenhaushalte aufbauen kann?

(Dr. Mertes, SPD: Das ist dummes Zeug!)

Bei den Milliarden muss man wirklich einmal nachfragen.

(Dr. Mertes, SPD: Man soll wirklich nur über Dinge sprechen, von denen man etwas versteht!)

- Herr Dr. Mertes, da muss man einmal nachfragen. Im Haus-halt steht für die „Offensive ländlicher Raum“ über zwei Jah-re eine Milliarde DM. Herr Bauckhage hat gegenüber der Presse zehn Milliarden DM über zehn Jahre angekündigt. Heute nennt er in seiner Regierungserklärung 1,8 Milliar-den DM über sechs Jahre. Jetzt muss mir irgendjemand ein-mal sagen, was richtig und was falsch ist.

(Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

Ich würde von Ihnen gern hören, welche Milliarden Sie für uns anpacken.

Bei dieser ganzen Politik kann einem angst und bange wer-den. Ich habe das Gefühl, dass die mit Helium gefüllte flie-

gende Kuh bei der Landwirtschaft das einzige sichtbare Kon-zeptionelle dieser Landesregierung ist.

Meine Damen und Herren, ich habe auch das Gefühl, dass diese Landesregierung unter der Führung von Ministerpräsi-dent Beck mittlerweile so weit abgehoben ist, dass sie sich wie die fliegende Kuh

(Ministerpräsident Beck: Ich habe eine Kuh fliegen lassen oder was?)

weit über den wirklichen Problemen von Landwirten, Win- zern und dem ländlichen Raum bewegt. Das ist Ihr Konzept weit von den Menschen entfernt.

(Beifall der CDU -
Frau Ebli, SPD: Jetzt lassen aber
Sie die Kuh fliegen!)

In diesem Land sind für Landwirtschafts- und Weinbaupolitik drei Namen über die letzten Jahre zuständig gewesen, näm- lich Beck, Bauckhage und Brüderle, also die drei „B“. Die drei „B“ stehen aber in der Agrar- und Weinbaupolitik mittler- weile für drei „P“, und zwar genau in der Reihenfolge wie ich sie genannt habe für Pleiten, Pech und Pannen.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Jahns das Wort.

Abg. Frau Jahns, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Landwirtschaft und Weinbau sind von den Herausforderungen der Globali- sierung auch betroffen. In der Landwirtschaft zeigt sich der zunehmende Wettbewerb. Ganz besonders schlimm ist das durch die Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel, der sich einen ruinösen Preiswettbewerb leistet, der zu Lasten der Produzenten von Lebensmitteln geht. Hinzu kommt die aktuelle Situation - die wollen wir gar nicht verschweigen -, nämlich der verregnete Sommer, der uns Probleme bereitet, steigende Energiepreise und die Weinmarktsituation. Herr Billen, es ist aber nicht die Schuld der Landesregierung, dass wir zweimal hintereinander gute Ernten hatten und die Prei- se verfallen sind. Die Landesregierung hat doch alles getan, um zu helfen.

(Billen, CDU: Nichts haben Sie getan!)

Da sind auch die Winzer gefragt. Die Krisendestillation wird kommen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Wir haben aber auch Positives zu vermelden: Wir haben wieder leicht ansteigende Preise. Die Schweineproduktion lohnt sich wieder, und auch bei der Braugerste gibt es wieder bessere Ergebnisse. Mehr Landwirte sehen wieder positiv in die Zukunft, wenn man Umfragen glauben darf.

Meine Damen und Herren, die Globalisierung bringt Risiken, aber sie bringt auch Chancen mit sich. Wir müssen aufpassen, dass wir die Risiken und Probleme nicht überbetonen. Man kann Wirtschaftszweige auch kaputtreden.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Ich erinnere daran, dass uns der Weinbauverband an der Mosel davor gewarnt hat, nicht immer von Katastrophen zu reden, damit nicht noch mehr Schaden entsteht.

(Anheuser, CDU: Was sind 35 Pfennig für den Liter Wein?)

- Herr Anheuser, das war der Weinbauverband und nicht ich.

(Zuruf des Abg. Anheuser, CDU)

Wir sollten also Chancen wahrnehmen und Risiken minimieren. Ich spreche zunächst die Chancen an: Eine wachsende Weltbevölkerung hat einen wachsenden Nahrungsmittelbedarf. Offene Märkte ermöglichen auch unterentwickelten Ländern, dass die Kaufkraft steigt, wodurch sie auf dem Weltmarkt stärker als bisher Lebensmittel einkaufen können. Diese Möglichkeiten können wir nutzen.

Es gibt natürlich auch Risiken. Wir müssen dafür sorgen, dass wir zunächst einmal faire Wettbewerbschancen auf den europäischen Märkten bekommen. Bei einem Vergleich habe ich festgestellt, dass die deutsche Landwirtschaft teilweise bessere und teilweise schlechtere Chancen und Bedingungen hat. Dann habe ich mir einmal angesehen, von welchem Zeitraum diese Zahlen stammten. Sie stammten von 1996, 1997 und 1998. Damals stand Ihre Bundesregierung noch in der Verantwortung. Auch damals gab es schon ungleiche Wettbewerbschancen, die die jetzige Bundesregierung endlich einmal angeht.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Auch die WTO hat noch ein gewichtiges Wort mitzureden. Wir müssen dafür kämpfen, dass vergleichbare soziale, ökologische und hygienische Standards für Agrarprodukte, die frei gehandelt werden, vereinbart werden können.

Landwirtschaft und Weinbau sind keine Wirtschaftszweige wie jeder andere, die unter Umständen auch vollkommen aufgegeben werden könnten. Wir brauchen die Landwirtschaft in unserem Land, damit unsere Landschaft erhalten bleibt und ländliche Räume lebensfähig bleiben. Deshalb müssen wir auch ehrlich sagen, dass zum Ausgleich natürlicher Nachteile immer Steuermittel erforderlich sein werden,

um die Landwirtschaft lebensfähig zu erhalten. Es kann aber nicht so sein, dass unter den europäischen Staaten ein Wettbewerb gestartet wird, wer am meisten Steuermittel für die Bauern und Winzer locker machen kann. Wir müssen dahin kommen, dass die Bürger für ihre Lebensmittel und für ihren Wein vernünftige Preise zahlen und sie nicht über die Steuern ein zweites Mal zur Kasse gebeten werden.

(Beifall der SPD und der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Frau Schneider, SPD: Was haben Sie in den letzten Jahren gemacht?)

Die sicherste Möglichkeit, Chancen zu erhalten, ist die, Betriebe wettbewerbsfähig zu machen. Das ist viel viel sicherer, als immer nur auf den Staat zu setzen. Die erste Voraussetzung dafür haben wir, nämlich gut aus- und weitergebildete Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter. Wir haben auch eine gute Agrarpolitik, die alles daran setzt, die Betriebe wettbewerbsfähig zu machen. Ich brauche das an dieser Stelle nicht noch einmal zu wiederholen. Ich kann jedes Wort unterstreichen.

Ich sage jetzt etwas zum Gemüseantrag: Die Gemüseproduktion in Rheinland-Pfalz ist eine Erfolgsgeschichte. Durch einen Ausbau der Beregnung müssen wir das intensiv weiter stützen. Wir müssen zu umweltverträglichen, sprich wassersparenden Verfahren kommen, damit dieser Zweig, der so erfolgreich ist, auch weiter wachsen und gedeihen kann. Damit leisten wir einen guten Beitrag zum rheinland-pfälzischen Agrarmarkt.

Gerade beim Gemüsebau kommt hinzu, dass wir die Ansprüche an Flächen für öffentliche Planungen minimieren müssen. Wir müssen vernünftige Lösungen für Ausgleichsflächen haben. Das tut die Landesregierung.

(Billen, CDU: Wo denn?)

Es ist gut, deutsche Arbeitskräfte zu finden, aber ausländische Arbeitskräfte brauchen die Betriebe auch. Die Verfahren sind zu langwierig und bürokratisch. Auch hier muss noch einiges verbessert werden.

(Vereinzelte Beifall bei SPD und F.D.P.)

Die Chancen für regionale Vermarktung können noch besser genutzt werden. Hierzu bedarf es der Initiativen vor Ort. Ein Hindernis ist, dass das Bewusstsein für besondere Qualitäten in Deutschland nicht besonders ausgeprägt ist, weil wir nicht die Esskultur wie in anderen europäischen Ländern haben.

Ich möchte lobend die Initiative „5 am Tag - Obst und Gemüse“ erwähnen. Das ist eine gute Sache. Man kann mit gutem Gewissen für mehr Verzehr werben. Ich denke, das sollten wir alle unterstützen, um unsere Produkte noch besser am Markt zu platzieren.

Auch tierische Produkte, bei deren Produktion höhere Ansprüche an die tiergerechte Haltung gestellt werden, können ihren Markt finden. Das gilt auch für ökologisch erzeugte Produkte. Der Markt muss das Wachstum bringen. Wir können dies durch Marketingmaßnahmen unterstützen. Diese sind erforderlich. Wir dürfen diesen Markt nicht anderen Anbietern überlassen.

(Beifall des Abg. Franzmann, SPD)

Herr Billen, ich komme zu Ihnen. Sie haben bei Ihren Ausführungen eines vergessen. Sie haben nämlich vergessen, dass 1,5 Billionen DM Schulden vorhanden waren, als die jetzige Bundesregierung in Bonn die Regierung übernommen hat.

(Frau Ebli, SPD: So ist das!)

Diese haben Sie zu verantworten. Wir sind uns einig, dass das nicht so weitergehen kann. Sie sagen: Hier nicht sparen, dort nicht sparen, dort ein bisschen mehr, und die Steuern senken. - Am Ende sollen die Schulden beglichen und ein ausgeglichener Haushalt vorhanden sein.

(Billen, CDU: Dann kann man
3 Milliarden bei den
Bauern sparen!)

Sparvorschläge hört man von Ihnen nicht, auch nicht woanders. Sie sagen nicht, spart an diesem oder jenem Punkt und gebt das den Bauern.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Ich möchte in Erinnerung rufen, dass die Ausgaben für die agrarsoziale Sicherung immer noch hoch sind. Bei der Alterssicherung sind es mehr als zwei Drittel, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Insgesamt sind es mehr als die Hälfte der Ausgaben aus Steuermitteln. Diese sollen in den nächsten Jahren steigen.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

- Halten Sie doch bitte einmal Ihren Mund. Die Zuschüsse zu der Unfallversicherung werden weiter gesichert. Wir müssen in diesen Bereichen weiter kämpfen. Die Landesregierung tut das. Der Bundesrat hat reagiert. Wir können gemeinsam überlegen, ob wir die 375 Millionen DM, die noch zur Verfügung stehen, zumindest überwiegend der landwirtschaftlichen Unfallversicherung zur Verfügung stellen sollen. Sie sollten nicht vergessen, dass auch Ihre Petersberger Beschlüsse vorsahen, als Gegenfinanzierung für die Steuerfinanzierung die Gasöl-Beihilfe abzuschaffen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bauckhage, schenken Sie mir doch bitte Ihre Aufmerksamkeit.

(Staatsminister Bauckhage: Gern!)

Sie können aus der Landwirtschaftspolitik in Rheinland-Pfalz keine Erfolgsstory machen. Sie ist keine.

(Staatsminister Bauckhage:
Ist sie aber!)

Sie ist eine Story der verpassten Chancen. Die Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum - ZIL -, die Sie zum Anlass für Ihre Regierungserklärung genommen haben, schreibt die falsche Prioritätensetzung der letzten Jahre fort und sollte besser den Titel „Verpasste Chancen“ tragen. Das trifft auch für Ihre Regierungserklärung zu.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur CDU möchte ich mich heute nicht äußern. Dazu ist schon Wesentliches gesagt worden. Man muss manches auch nicht aufwerten.

Ich möchte mich in meiner Kritik auf vier Beispiele beschränken.

1. Ihr Rationalisierungs- und Spezialisierungswahn in der Förderpolitik lässt die Erschließung neuer Standbeine für die landwirtschaftlichen Betriebe ein Nischendasein fristen, und zwar in der Realität und in der Förderpolitik. Dies ist in dem „Backstein“ namens ZIL niedergeschrieben.

2. Klientelbedienung und Ergebnisadressen an die Weinbauverbände haben in der Vergangenheit eine zukunftsfähige Weinbaupolitik für Rheinland-Pfalz verhindert und sind für die katastrophale Lage am Weinmarkt mit verantwortlich. Das müssen Sie auch so sehen.

3. Mit starrem Blick auf den Welt- und den EU-Markt werden die Potenziale der regionalen Märkte für landwirtschaftliche Erzeugnisse links liegen gelassen.

4. Blinder Fortschrittsglaube an die vermeintlichen Segnungen der grünen Gentechnik verstellt den Blick auf das wachsende Umwelt- und Ernährungsbewusstsein der Verbraucherinnen und Verbraucher und damit auf die Potenziale, die in der Ökologisierung der Agrarpolitik liegen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Bauckhage, ich komme zum ersten Punkt. Sie haben herausgestellt, dass die einzelbetriebliche Förderung und die Junglandwirteförderung zusammen mit der Bodenordnung und der Ausgleichszulage die größten Schwerpunkte in der ZIL sind. Dahin geht der größte Batzen Geld.

Die Förderung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten und alternativer Einkommensquellen im landwirtschaftlichen Bereich und im landwirtschaftsnahen Bereich steht ganz am Ende Ihrer Prioritätenskala. Dabei ist auch Ihnen bekannt - falls Sie zuhören -, dass Betriebe mit mehreren Standbeinen krisenfester sind und mehr Arbeitsplätze bieten als spezialisierte Betriebe, die nur auf einem Bein stehen.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sehr richtig!)

Der Betrieb, der ökologisch wirtschaftet, seine Erzeugnisse zum großen Teil direkt und regional vermarktet und durch touristische Dienstleistungen die regionale Wertschöpfung stärkt und selbst davon profitiert, ist für die Landesregierung noch immer eher ein Exot als ein Leitbildbetrieb.

Herr Minister, wir haben heute weit weniger landwirtschaftliche Betriebe in Rheinland-Pfalz als bei der Übernahme der Zuständigkeit durch die F.D.P. Die Landesregierung hat nichts dazu getan, um den Strukturwandel in der Landwirtschaft zu „entschleunigen“ - im Gegenteil. Sie hat ihn vorangetrieben. Ist das Erfolg, Gesundschumpfen für den Wettbewerb auf dem Weltmarkt, oder ist das einfach nur schlicht der Verlust von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum?

Ob die beim Gesundschumpfen übrig gebliebenen Betriebe in der Größenordnung von ca. 75 Hektar so gesund sind, muss man die Banken fragen, denen letztendlich ein Teil der Maschinenparks und Betriebsanlagen gehört. Laut Aussage der Landesregierung im ZIL wird der Schrumpfungsprozess unvermindert weitergehen. Nur noch ca. 4 500 bis 5 000 Haupterwerbsbetriebe werden übrig bleiben.

Herr Bauckhage, es ist keine Erfolgsstory, wenn auf einen Betriebszweig spezialisierte Betriebe weit entfernt von einer Kreislaufwirtschaft und wenig bis gar nicht in einer Region wirtschaftlich verankert nur mithilfe großer Rationalisierungsinvestitionen auf Pump und mit einem hohen Anteil an Subventionen überleben können. Es ist lediglich das Credo der F.D.P.: Schneller, höher, weiter und größer, angewendet auf einen Wirtschaftszweig, der dafür nicht geeignet ist.

Frau Jahns, wir sind uns einig. Die Landwirtschaft kann man nicht mit anderen Wirtschaftszweigen vergleichen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben heute viel Kritik an der Bundesregierung gehört, aber kein Wort zu den Chancen, die das Gesetz zu den erneuerbaren Energien gerade für die Landwirtschaft bietet. Das ist nicht nachvollziehbar, gilt es doch, zusätzliche Einkommen

und neue Standbeine für die Betriebe auch in Rheinland-Pfalz zu erschließen.

Es ist noch gar nicht so lange her, da galten die umwelt- und energiepolitischen Ziele von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als nicht machbar. Heute arbeiten mehr Menschen in der Windindustrie als in der Atomwirtschaft. Der Einstieg in das Solarzeitalter ist ein Jobknüller.

Herr Billen, mit grünen Ideen werden schwarze Zahlen geschrieben.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Mit dem Gesetz zu erneuerbaren Energien hat Rotgrün die Grundlage für eine dauerhafte faire Vergütung für regenerativ erzeugten Strom gelegt und damit auch zu einem kräftigen Ausbau dieser umweltfreundlichen Energien. Das EEG fördert die Energieerzeugung aus Windkraft, Biomasse, Wasserkraft, Solarstrahlung und Erdwärme. Künftig sind alle Investitionen in erneuerbare Energien attraktiv.

Wir haben jetzt die Möglichkeit, dass auch der Anteil der Biomasse an der Energieerzeugung kontinuierlich steigen kann.

Meine Damen und Herren, die Landwirtschaft - jetzt komme ich zu dem springenden Punkt, den Herr Bauckhage ausgelassen hat, den er sich jetzt auch nicht anhören will, weil er viel Wichtigeres zu bereden hat; aber vielleicht kann er es nachher nachlesen; wir bekommen immer wunderbar mitgeschriebene Protokolle - soll als primärer Wirtschaftssektor nicht mehr auf eine Restgröße degradiert werden, sondern mit einer neuen Energiepolitik zurück in die volks- und regionalwirtschaftlichen Kreisläufe geholt werden.

(Billen, CDU: Wie soll das gehen?)

- Herr Billen, Sie können sich erkundigen.

Mit einem Standbein Energieerzeugung können Betriebskosten gemindert und zusätzliche Einnahmen erzielt werden. Die Landwirtschaft hat damit die Chance, zur integrierten Nahrungsmittel-, Energie- und Rohstoffwirtschaft zu werden, indem sie Biogasanlagen macht.

(Billen, CDU: Wie groß muss
der Betrieb sein?)

- Wir sind dafür, dass man Gemeinschaftsanlagen macht, aber die Landesregierung nicht. Sie müssen sich einmal die Förderrichtlinien anschauen. Das ist unsere Kritik an der Landesregierung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Die fossilen Energieressourcen sind begrenzt. Vor dem Hintergrund einer garantierten Stromeinspeisevergütung kann

die Erzeugung erneuerbarer Energien auf dem landwirtschaftlichen Hof einen rentablen Betrieb ermöglichen. Zu nennen ist die Biogasanlage mit Kraft-Wärme-Kopplung, bei der elektrische und thermische Energie erzeugt wird. Bei der Biogasanlage kann aus den Energieträgern - Gülle, Stroh, Pflanzen, Bioabfälle - Gas erzeugt werden. Der Reststoff aus der Anlage ist ein weitaus hochwertigerer Dünger, der bessere Werte erzielt als unvergorene Gülle. Ich glaube, darin sind wir uns einig.

(Billen, CDU: Darin sind wir uns einig!)

Zurzeit sind in der Bundesrepublik etwa 800 Biogasanlagen in Betrieb, davon 350 in Bayern und 130 in Baden-Württemberg. In Rheinland-Pfalz ist es noch nicht einmal eine Hand voll.

Nach Expertinnenschätzungen können 150 000 Biogasanlagen betrieben werden. Herr Bauckhage, unter diesen Umständen ist es völlig unverständlich, warum bei der Förderung des Landes nur 10 Pilotbiogasanlagen in der Landwirtschaft zu Konditionen gefördert werden sollen - ich deutete das schon an -, die geradezu lächerlich sind und den Bau von Gemeinschaftsanlagen geradezu unmöglich machen. Da muss nachgebessert werden.

Wir haben in Rheinland-Pfalz allein - nicht nur Sie, Herr Billen - 10 000 Betriebe mit Rinder- und Milchkuhhaltung. Es ist nicht mehr als ein Alibi, wenn die Landesregierung der heimischen Landwirtschaft gerade einmal diese 10 Pilotprojekte anbietet. Es gäbe mehr zu nutzen.

(Billen, CDU: Es gibt aber keine Doppelförderung, das wissen Sie!)

Tun Sie etwas dafür, dass die rheinland-pfälzischen Betriebe diese Chance nutzen können, und machen Sie eine firmenunabhängige Beratung, die die Möglichkeit zum Einstieg gibt.

Ich komme zum zweiten Punkt: Weinbau. Meine Damen und Herren, in der Weinbaupolitik des Landes wird am deutlichsten, in welche Katastrophe die Brüderle-F.D.P. - ich sage ausdrücklich „Brüderle“, weil er Ihnen einen Teil überlassen hat; Sie haben das nicht allein zu verantworten - die Winzerinnen und Winzer im Land hat hineinlaufen lassen. Wer seine Prozente bei Landtagswahlen in erster Linie durch Klientelpolitik für wenige Berufsstände erreichen will, ist nicht der beste Motor für eine zukunftsfähige Politik für diese Berufsstände.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Anhörung im Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau zur Weinbaupolitik war von Anfang bis Ende eine schallende Ohrfeige für die Weinbaupolitik der Weinbauverbände und der Landesregierung, die die konstruktive Auseinandersetzung mit den Verbandsfunktionären in der Vergangenheit

gescheut hat. „Es ist versäumt worden, rechtzeitig die Weichen in Richtung Qualität statt Masse zu stellen“, war die übereinstimmende Meinung von vielen, angefangen von den Genossenschaftsverbänden über Kellereivertreter bis hin zu den Professorinnen und Professoren von Geisenheim und Wiesbaden. Der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die Anbauverbände geeinigt haben, ist sehr untauglich, um das Schiff in eine andere Richtung zu lenken.

Ein neues Segment „Verarbeitungswein“ - ich sage das jetzt ungefähr zum dritten, vierten oder fünften Mal - bringt allein noch keine Marktspreizung, die mittel- und hochpreisige Produkte besser auf dem Markt positionieren könnte. Diese Einschätzung wurde in der Anhörung von allen Seiten bestätigt. Ich frage mich, warum nicht danach gehandelt wird. Wer die Märkte für Verarbeitungswein und Qualitätswein wirklich trennen will, muss die Rahmenbedingungen dafür setzen, dass die Qualität der mittel- und hochpreisigen Weine gesteigert wird. Ansonsten ist dies nicht möglich. Gute Qualität setzt niedrige Menge voraus.

Herr Franzmann, Sie erinnern sich, so hat es Herr Professor Hoffmann aus Geisenheim auf den Punkt gebracht, und Wolfgang Hees, der Vorsitzende des Bundes der deutschen Önologen, war in seiner schriftlichen Stellungnahme noch weitaus deutlicher. Solange einfache Weine, wie zum Beispiel „Liebfrauenmilch“ oder viele Großlagen, als Qualitätswein bezeichnet werden, kann es kaum gelingen, in diesem Qualitätsweinebereich Produkte mit Profil zu etablieren. Solange es möglich ist, aus einem Behältnis Qualitätswein, Tafelwein und Verarbeitungswein zu entnehmen, wird man keine andere Qualitätsphilosophie verankern können. Er drängt zu Recht auf die Erhöhung der Mostgewichte. Wir wollen auch eine Verminderung der Höchstserträge und auf die Entwicklung neuer Qualitätsweinprofile setzen, die mit erhöhten Anforderungen unter der Bezeichnung „Classic“ und „Selection“ auf dem Markt etabliert werden sollen.

Im Übrigen war man auch der Meinung, dass Ihre 15 Millionen DM, die Sie jetzt mit Ihrem so genannten 12-Punkte-Programm aktiviert haben, in der Unterstützung des „Classic“-Gedankens besser angelegt wären. Das wurde auch bei der Anhörung gesagt.

Das Programm wurde auch aus anderen Gründen kritisiert. Ich habe mir das Programm noch einmal angeschaut. Ich stelle fest, es ist, wenn es hochkommt, ein Zweieinhalb-Punkte-Programm. Der Rest ist entweder alleinige Zuständigkeit der EU oder laufendes Geschäft des Ministeriums oder seiner nachgeordneten Behörden. Die Erntebergungskredite der Wiederaufbaukasse und die Beratungstätigkeit der SLVA sind laufendes Geschäft. Das ist kein neues Programm, Herr Minister. So kann es nicht gehen.

Die Wende in der Weinbaupolitik können Sie so nicht schaffen. Sie können nicht die Vernichtung der Übermengen subventionieren und immer von Qualitätssteigerung reden. Das haben Sie schon begriffen, dass man das machen muss; dabei

hat der stete Tropfen den Stein gehöhlt. Sie reden das eine und tun das andere. Dabei muss ich, wenn auch aus völlig anderen Gründen, Herrn Kollegen Billen in dieser Frage Recht geben. Wir brauchen eine Qualitäts- und Vermarktungs-offensive im Weinbau. Wir brauchen keine dicken Abflussrohre nach Brüssel, die Sie mit 12 Millionen DM noch dicker machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe bei dem dritten Punkt noch einige Sätze zur regionalen Vermarktung zu sagen. Ich glaube, ich habe mir schon den Mund fusselig geredet, um die Vorzüge der regionalen Vermarktung und die Vorteile --

(Pörksen, SPD: Das ist schwierig genug bei dir!)

- Ja, Carsten Pörksen. Ich tue mein Bestes, um auch bei Ihnen, Herr Kollege, die Lästigkeitsschwelle zu überschreiten, damit es einmal funkt und Sie einmal etwas in die Hand nehmen und sich dafür einsetzen.

(Heiterkeit im Hause)

Zurück zum Ernst der Sache.

Regionale Vermarktungsstrukturen im Land, in der Eifel, an der Nahe, auf dem Hunsrück, könnten sehr viel mehr leisten bei sehr viel mehr Unterstützung. Herr Pörksen, dafür könnten Sie sich auch einsetzen. Der Hunsrück betrifft Ihren Wahlbezirk. Sie könnten sich richtig regional dicke machen und etwas durchsetzen.

Sie könnten sehr viel mehr leisten, wenn Sie entsprechende Unterstützung erhielten. Das käme den Erzeugern zugute.

(Pörksen, SPD: Danke für den Hinweis!)

Eben wurde auch schon davon gesprochen, dass die Erzeugerpreise höher werden müssen. Wir wissen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher auch bereit sind, für Qualitätsprodukte mehr zu zahlen, von denen sie wissen, woher sie kommen. Das wäre auch gut für die Wertschöpfung in den Regionen. Herr Bauckhage, das ist leider nicht Ihr Schwerpunkt im ZIL - im Gegenteil. Wie ich höre, wollen Sie in dem Bereich noch kürzen. Es ist zumindest den Vermarktungsorganisationen angekündigt worden. Vielleicht war es eine Fehlinformation, und Sie ändern das. Das wäre mir recht.

Ich komme zu dem Stichwort „Ökoanbau“. Herr Minister, die Agrarumweltmaßnahmen der ZIL sind kein Aushängeschild. Meine Damen und Herren, das muss ich noch einmal betonen. Mit der neuen Herbizidvariante im integrierten Weinbau haben Sie eine erneute Verwässerung vorgenommen. Die Zeit der Antragstellung vom 10. bis 28. Juli, also mitten in

den Ferien, war ein Witz, aber keine Zeit, die man nutzen konnte. Die Auflage von 5 % Ausgleichsfläche für die Ökova-riante ist einzigartig im Konzert der Bundesländer. Sie finden sie sonst nirgendwo. In Bayern und Sachsen liegen die Förderprämien für den Ökoanbau jeweils um 150 DM pro Hektar höher.

Sind dies etwa gleiche Wettbewerbsbedingungen, die Sie vorhin beim Agrardiesel sowie auch bei anderen Dingen eingefordert haben? - Das sind ungleiche Wettbewerbsbedingungen. Wir fordern Sie auf, diese Ungleichheit auszumerzen und das FUL-Programm so zu überarbeiten, dass eine Fortentwicklung des Ökoanbaus in Rheinland-Pfalz stattfindet.

Trauen Sie sich doch einmal, für die nächsten fünf Jahre 10 % mehr anzusteuern, und gehen Sie es an. Es kann natürlich sein, dass mit einer F.D.P. so etwas nicht möglich ist, da sie ein etwas merkwürdiges, um nicht zu sagen schwer gestörtes, Verhältnis zum ökologischen Anbau in ihrer Mehrheit hat. Aber ich kann die Kolleginnen und Kollegen von der SPD nur ermutigen. Kämpfen Sie diesen Kampf. Auf Bundesebene hat man sich das auch vorgenommen.

Ecovin hat es sich für den ökologischen Weinbau vorgenommen. Unsere Unterstützung haben Sie. Wir werden diese Maßnahmen überall vor Ort, auch in unseren Regionen, unterstützen und alles tun, damit die F.D.P. an diesem Punkt belehrbar wird.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ansonsten ist es so, wie wenn man einem Ochsen ins Horn petzt, wie man bei uns zu Hause sagt. Das passt auch in die landwirtschaftliche Diktion. Aber man sollte nachhaltig petzen, und die SPD sollte es bei ihrem Koalitionspartner tun.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinz:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Frey das Wort.

Abg. Dr. Frey, F.D.P.:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dass Rheinland-Pfalz ein landwirtschaftlich strukturiertes Bundesland ist, ist Ihnen allen bekannt. Die Landwirtschaft und der Weinbau haben bei uns eine sehr hohe Bedeutung. Deswegen bin ich froh, dass gerade während der laufenden Ernte Staatsminister Bauckhage die Leitlinien der rheinland-pfälzischen Landwirtschafts- und Weinbaupolitik dargelegt hat.

Ich möchte auch mit einigen Zahlen aufwarten, um dem zu widersprechen, was Herr Billen als erster Redner in der Aus-

sprache versucht hat darzustellen. Er hat ein Bild gezeichnet, als wenn quer durch die gesamte Landwirtschaft die große Krise ausgebrochen wäre. Das ist nicht der Fall.

Natürlich haben wir Probleme im Bereich des Weinbaus durch Übermengen. Aber so zu tun, als ob die Landwirtschaft insgesamt in diesem Bundesland und sicherlich auch in ganz Deutschland an der Wand stünde, geht an der Realität weit vorbei.

(Beifall der F.D.P. und der SPD -
Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Sie werden bei genauerer Betrachtung der Zahlen sicherlich auch feststellen, dass wir eine enorm hohe Bruttowertschöpfung in der Landwirtschaft haben und über Standorte verfügen, die sehr rentabel arbeiten und die, wenn sie aufgrund ihrer Höhenlagen etc. nicht rentabel arbeiten können, enorme Ausgleichszulagen erhalten, die im Vergleich mit anderen Bundesländern nicht nur gut sind, sondern häufig sogar an oberster Stelle stehen.

(Billen, CDU: Das ändert nichts an
den 25 % Einkommensverlust!)

- Sie bringen mich direkt zum Thema, Herr Billen. Wunderbar, man könnte gerade meinen, Sie hätten meine Rede gelesen.

Wenn Sie zu den Einkommenszahlen kommen, werden Sie feststellen, bei allen Problemen und Belastungen, die in der Vergangenheit auf die Landwirtschaft zugekommen sind, können die Haupterwerbsbetriebe in Rheinland-Pfalz bezüglich ihres Jahreseinkommens eine deutliche Ertragssteigerung vorweisen.

(Beifall bei der SPD -
Zuruf der Abg. Frau Ebli, SPD -
Zuruf des Abg. Billen, CDU)

- Schauen Sie sich die Zahlen an!

(Billen, CDU: Das habe ich
doch schon!)

Sie können doch auch lesen. Im Jahr 1993/1994 waren es 40 500 DM, und innerhalb von fünf Jahren sind die Erlöse auf 61 200 DM angestiegen.

(Billen, CDU: 1998! Ja!)

- Ja, natürlich! Ich sage auch nicht, dass diese Erträge nicht noch weiter gesteigert werden können. Ich sage auch nicht, dass es keine Belastungen gibt. Aber Sie müssen doch auch einmal zur Kenntnis nehmen, dass in den vergangenen fünf Jahren eine deutliche Verbesserung stattgefunden hat.

(Billen, CDU: 25 % Einkommensverlust!)

Setzen wir dies einmal in Vergleich zu anderen Bundesländern, und schauen Sie sich Schleswig-Holstein oder Niedersachsen an, die sicherlich von ihrem Relief im Verhältnis zu Rheinland-Pfalz deutlich begünstigt sind. Denken Sie nur an die Höhenlagen wie Eifel, Hunsrück oder Westerwald oder auch an die Westpfalz. Dies sind Erträge, die sich im Bundesvergleich durchaus sehen lassen können. Das darf man sicherlich auch einmal sagen.

(Pörksen, SPD: Muss man sagen! -
Billen, CDU: Sie vergleichen alte Zahlen!)

- Ich vergleiche keine alten Zahlen, sondern Zahlen, die uns vorliegen. Ich werde auch die Maßnahmen nennen, die die Landesregierung zur weiteren Verbesserung dieser Situation, die augenblicklich schwierig ist - das gestehe ich zu -, ergreift. Es werden weitere Wettbewerbsverbesserungen von der Landesregierung unterstützt. Das Junglandwirteförderprogramm ist in dieser, aber auch schon in vielen anderen Debatten erwähnt worden. Wenn man den Zuschuss von 40 000 DM berücksichtigt, den Junglandwirte in Rheinland-Pfalz erhalten, damit bestehende Betriebe, die einen Hofnachfolger haben und in Zukunft wettbewerbsfähig sind, auch weiterhin existieren können, so ist dies ein Betrag, den keines der anderen Bundesländer bereit ist, an Junglandwirte zu zahlen.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Die Junglandwirteförderung ist keine Einzelmaßnahme. Auch im Bereich der nachgeordneten Vermarktung tun wir einiges, wobei es natürlich auch in diesem Bereich noch Nachholbedarf gibt. Das verhehle ich nicht. Aber man muss die Möglichkeiten nutzen und die entsprechenden Maßnahmen ergreifen.

Weitere Maßnahmen, die von der Landesregierung unterstützt werden, sind die Fragen der Kosteneinsparung im Produktionsbereich. Wir wissen alle, dass dies eine Möglichkeit ist, um die Rentabilität der Betriebe zu steigern. Die Investitionen, die im Bereich der Investitionsförderung getätigt werden und in die Bodenordnung einfließen, sind ungemein wichtig und haben eine Höhe erreicht, die sich im Bundes- und auch im EU-Vergleich sehen lassen kann. Dass gerade bei der Bodenordnung in den nächsten Jahren noch zusätzliche Mittel ausgegeben werden sollen, zeigt, dass die Landesregierung bezüglich der Rahmendaten den richtigen Weg eingeschlagen hat.

(Beifall der F.D.P.)

Deswegen ist es folgerichtig, dass wir eine Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum mit genau diesen Maßnahmen auf den Weg bringen.

Ein weiteres Thema sind die Agrarumweltmaßnahmen sowie die Förderung der benachteiligten Gebiete. Ich habe die Höhengebiete bereits angesprochen. Dass wir einen Ausgleich

für die naturgegebenen Bewirtschaftungserschwerisse brauchen, liegt auf der Hand.

In der Öffentlichkeit wird immer wieder gesagt, die Landwirtschaft bekommt Subventionen. Natürlich erhält sie Subventionen, weil sie eine Kulturlandschaft gerade in den benachteiligten Gebieten erhält, die wir auf andere Art und Weise nicht erhalten könnten. Deswegen ist es völlig richtig, Ausgleichszahlungen zu leisten, die im Jahr 1999 immerhin für 7 300 Betriebe einen Zuwachs ihres Einkommens von durchschnittlich 5 200 DM erbracht haben. Es wäre mir lieber, man würde diese Beträge auf dem Markt erwirtschaften, aber aufgrund der Gegebenheiten des Reliefs ist es notwendig, diese Gelder auszugeben. Sie sind in diesem Bereich gut angelegt.

Meine Damen und Herren, alternative Einkommensmöglichkeiten sind angesprochen worden. Das Thema Garten- und Gemüsebau in Rheinland-Pfalz ist eine Erfolgsstory par excellence, wenn es darum geht, alternative Einkommensmöglichkeiten für landwirtschaftliche Betriebe zu ermöglichen. Leider Gottes ist dies nicht überall möglich, sondern nur in bestimmten Gebieten. Aber wenn man sich anschaut, wie gerade im Bereich der Vorderpfalz, in Rheinhessen sowie auch in anderen Bereichen von Acker- und Viehwirtschaft auf Gemüsebau umgestellt worden ist und wie die Betriebe ohne Marktordnung und ohne Eingriffe in den Preis, durch wen auch immer, am Markt erfreuliche Einkommen erzielen können, so zeigt dies, dass es auch Bereiche in der Landwirtschaft gibt, in denen die Welt noch in Ordnung ist.

Deswegen begrüßen wir es außerordentlich, dass die Anbaufläche von 5 000 Hektar auf 15 000 Hektar erweitert werden konnte und die Landesregierung durch gezielte Unterstützung eine Verbesserung der Struktur herbeigeführt hat. Ich erwähne in diesem Zusammenhang den Beregnungsverband im Bereich der Vorderpfalz, der segensreiche Arbeit leistet, sodass es möglich ist, auch die Saison entsprechend zu erweitern und den Verbraucherinnen und Verbrauchern in der Region, in ganz Deutschland und sogar in Europa marktfrische Produkte auf den Tisch zu bringen.

Wir haben deshalb mit unserem Antrag zum Gemüsebau genau dieses Thema aufgegriffen und sind der Meinung, dass wir diese gute Entwicklung auch weiter unterstützen sollen. Ich verhehle nicht, dass es auch im Bereich der Arbeitskräfte Probleme gibt, dass wir einen Arbeitskräftemangel haben. Das gilt aber nicht nur für den Gemüsebau, sondern das gilt für die Sonderkulturen insgesamt, auch für die Landwirtschaft. Wir brauchen Verbesserungen, was die Vermittlung von heimischen Arbeitskräften angeht. Dort, wo heimische Arbeitskräfte nicht verfügbar sind, sollten auch ausländische Arbeitskräfte zur Verfügung stehen können.

Mit Freude habe ich dieser Tage gehört, dass es auf Bundesebene Bestrebungen gibt, auch Asylbewerber, die sich in Deutschland aufhalten, in Arbeitsplätze zu vermitteln, für die ein Deutscher nicht greifbar ist. Ich könnte mir vorstellen,

dass das eine Entlastungsmöglichkeit für unsere Landwirtschaft ist.

Lassen Sie mich zu wenigen anderen Punkten noch etwas sagen und dann in der zweiten Runde zum Thema „Weinbau“ kommen. Die gute landwirtschaftliche Praxis ist im Bereich des Bundesnaturschutzes bisher ein wichtiger Begriff gewesen. Meine Fraktion lehnt es entschieden ab, bei der Frage der Ausgleichszahlungen über diesen Begriff hinauszugehen. Es kann nicht sein, dass man in diesem Bereich Landwirten Anforderungen stellt, die über das, was allgemein üblich ist, hinausgehen.

Das zweite Thema ist das des Agrardiesels. Ich würde mich freuen, wenn es möglichst bald gelänge, eine einheitliche Regelung auf EU-Ebene, wenn dies nicht möglich ist, eine verbesserte Regelung in Deutschland zu bekommen. Es ist nicht einzusehen, weshalb in Frankreich, Belgien und in Österreich die Landwirte deutliche Verbesserungen haben, die in der Bundesrepublik Deutschland nicht gegeben sind.

Ich möchte ein letztes Wort zum Thema „Alterssicherung“ sagen. Es stimmt mich froh, wenn es Ansätze dahin gehend gibt, dass im Rahmen der dringend erforderlichen Rentenreform auch eine Reform der landwirtschaftlichen Alterssicherung vorgenommen wird. Wir haben hier enormen Handlungsbedarf. Die alte Last muss dringend abgelöst werden. Ich denke, wir sind dabei erst am Anfang der Diskussion. Wir sollten diese Diskussion sehr kritisch begleiten. Gerade das Thema der Alterssicherung der jungen Menschen gilt nicht nur für junge Arbeitnehmer, sondern eben auch für junge Landwirte und deren Eltern, von denen sie den Betrieb übernommen haben. Diese Probleme sind in allen Bereichen unserer Gesellschaft identisch.

Das Thema „Weinbau“ werde ich in der zweiten Runde behandeln.

Vielen Dank.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Vizepräsident Heinz:

Das Wort hat Heir Abgeordneter Schmitt.

Abg. Schmitt, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch nie war die Situation der Bauern und Winzer in Rheinland-Pfalz so bedrohlich wie zurzeit. Das ist sicherlich keine Übertreibung, wenn die Situation so aussieht, dass der Bauer für einen Zentner Weizen lediglich vier bis fünf Liter Benzin erhält. Dann ist dies etwas, was für uns einmalig in dieser Republik ist. Wenn man dies dann noch in einer Regierungserklärung oder in den Diskussionsbeiträgen beschönigt,

dann macht man nichts im Sinne der Bauern und Winzer. Es gehört eine Situationsanalyse dazu und gewisse Schlussfolgerungen, die wir daraus ziehen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie kam es zu dieser fatalen Entwicklung? Der Minister hat in dem Punkt Recht. Wenn die rotgrüne Bundesregierung in Berlin Entscheidungen fällt, von denen die deutschen Bauern mit jährlich 200 Millionen DM belastet werden und jeder Betrieb in seinem Gewinn 10 000 DM bis 20 000 DM weniger hat, dann war dies die Ursache der jetzigen Situation. Ich frage mich nur, was diese Landesregierung dagegen getan hat.

(Beifall bei der CDU)

Hat sie sich quer gelegt, Herr Ministerpräsident? Sie waren gefordert, statt die Bauern und Winzer im Stich zu lassen. Man kann nicht immer dann, wenn ab und zu in Berlin etwas gut läuft, sagen, dass man daran beteiligt war. Man muss sich auch dann, wenn es schief läuft, für das Land Rheinland-Pfalz und für die Bauern und Winzer einsetzen. Sie tragen Mitschuld und Verantwortung. Sie können heute nicht mit Kröckelstränen das bedauern, was in Berlin angerichtet worden ist. Sie sind mit dabei und sind mit schuldig.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sonst haben Sie doch immer den großen Einfluss in Berlin. Herr Bauckhage hat dies in der Tat schonungslos offen gelegt. Vielleicht haben Sie bemerkt, wie die F.D.P. jetzt geschickt und klug sagen möchte, dass sie mit dieser miserablen Agrarpolitik überhaupt nichts zu tun hat. Die F.D.P. sagt, sie seien diejenigen, die sauber dastehen, sie seien für die Bauern und Winzer. Nur, meine Damen und Herren, das kauft Ihnen in dieser Republik niemand ab.

(Beifall der CDU -
Billen, CDU: So ist das!)

Die erste zentrale Forderung von uns muss deshalb sein, dass diese schädlichen Entscheidungen, die dort getroffen wurden, rückgängig gemacht werden. Wenn diese Entscheidungen in der Steuerpolitik, in der Sozialpolitik, bei der Ökosteuer oder auch bei den Gasbeihilfen nicht rückgängig gemacht werden, werden wir nicht die Voraussetzungen dafür schaffen, dass unsere Bauern und Winzer in Rheinland-Pfalz wettbewerbsfähig sind. Dann können wir tun und lassen, was wir wollen, dann hilft dies nichts. Das ist die zentrale Forderung. Dann können wir ein Junglandwirteprogramm, eine einzelbetriebliche Förderung usw. machen, was alles in Ordnung ist, aber das allein hilft nicht.

Ich war schon erstaunt, dass der ländliche Raum inzwischen eine gewisse Rolle spielt. Diejenigen, die länger hier sind, wissen, dass ich das in den Jahren 1993 und 1995 zum zentralen

Thema gemacht habe. Für die Landesregierung war dies damals noch ein Fremdwort. Inzwischen hat man einige Punkte erfüllt, nur fehlt das Gesamtkonzept, Herr Minister. Sie werden nicht in dem Sinne ein Strukturministerium haben, wenn die Bereiche Forst, Umwelt, Naturschutz und vieles andere nicht dabei sind. Sie haben es selbst angeprangert, wo ein Nachholbedarf vorhanden ist.

Ich hätte dann gern noch eine zentrale Frage angesprochen. Wir sind in der Weinlese 2000. Herr Kollege Billen hat gesagt, nach der Weinlese 1999 haben wir hier deutlich gemacht, wohin wir marschieren, wenn wir nicht gegensteuern. Bis vor einigen Wochen ist im Prinzip von dieser Landesregierung nichts getan worden, um gegenzusteuern und Rahmenbedingungen zu setzen.

(Beifall der CDU)

Das ist Ihr Verschulden und Ihre Verantwortung. Dazu gehört Politik nicht nur dann, wenn es Schönwetter ist, sondern auch dann, wenn es etwas schwieriger wird. Die Keller sind voll, und die Kassen sind leer. Dann erwarte ich fünf Punkte, damit wir konkret werden.

Zu dem Zwölf-Punkte-Programm hat die Kollegin Recht. Dieses Programm wurde in der Not aufgrund unserer Antragstellung hier im Parlament behandelt. Dabei war kaum etwas Konkretes sichtbar.

Die Destillationsmaßnahme, die ohne Frage dauerhaft nicht hilft, muss umgesetzt und genutzt werden. Ohne sie wären wir nicht zurande gekommen. Erklären Sie uns, ob Sie den Antrag endlich gestellt haben, nachdem wir dies ein paar Monate lang gefordert haben. Zu dieser Krisendestillation bzw. Dringlichkeitsdestillation müssen Sie doch jetzt allmählich Verbindliches erklären können.

Ich hätte gern gesehen, dass eine Werbe- und Imagekampagne für rheinland-pfälzischen Wein und nicht für die Landesregierung erfolgt.

(Beifall der CDU)

Eine Imagekampagne für die Landesregierung ist zwar noch notwendiger als für den Weinbau, aber das war Geld, das weggeworfen und verschleudert wurde, obwohl es die Bauern und Winzer dringend gebraucht hätten.

Für die Fasswein vermarktenden Winzer brauchen wir jede Hilfe des Zugangs zu Erzeugergemeinschaften und Bindungen an Kellereien.

(Beifall bei der CDU)

Die Landkreise und Kommunen haben Vorbildliches geleistet. Wo war die Förderung der Landesregierung?

Ich teile die Meinung, dass wir eine Werbe- und Imagekampagne brauchen. Sie kommt nur ein bisschen spät. Ich meine, Sie müssten sie auch wirklich mit Persönlichkeiten verbinden, damit deutscher Wein nicht nur an gesellschaftlichem Stellenwert gewinnt, sondern dass er wieder in ist. Ich hätte gern gesehen, dass Sie in dieser Richtung etwas tun.

Wir brauchen außerdem eine Unterstützung und Förderung der Selbstverpflichtung. Es geht um das Bündnis für Wein in Rheinland-Pfalz. Es geht nicht mehr nur um Bauern und Winzer. Es geht nicht mehr nur um die Erhaltung der Kulturlandschaft. Durch die Situation, in die wir im Moment steuern, werden ganze Regionen gefährdet. Ich erwarte auch eine Selbstverpflichtung sowohl der Wein- und Sektellereien als auch der Weinvermarkter und der vertreibenden großen Geschäfte. Man sollte versuchen, den Gedanken dieses Bündnisses herüberzubringen. Ich habe bewusst von einer Selbstbindung gesprochen.

Als Weiteres ist eine praktische Umsetzung der EU-Umstrukturierungshilfen zu nennen. Herr Minister, dabei könnten Sie wieder handeln. Was passiert denn jetzt in Rheinland-Pfalz? Ich kenne die Schreiben der Verbände, zumindest auch meines Verbandes, der gesagt hat, dass das, was jetzt auf dem Tisch liegt, was von Rheinland-Pfalz als Antrag vorgelegt wurde, nicht nur der Praxis widerspricht, sondern dass ein Großteil der Betriebe diesen Antrag nicht stellen kann. Sie waren bis heute nicht in der Lage, Klarheit zu schaffen, damit die Bauern und Winzer in Rheinland-Pfalz zumindest einen Teil von diesen 17 Millionen DM in Anspruch nehmen können. Das können Sie nicht auf andere schieben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es hilft nichts, die Schuld woanders zu suchen.

Herr Frey, bezüglich Steillagenprogramm und Ähnlichem bin ich überzeugt, wir brauchen ein eigenständiges Kulturlandschaftsprogramm in Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei der CDU)

Das ist nicht nur eine Frage der Bauern und Winzer. Das ist eine gesellschaftliche Verpflichtung, weil es um mehr geht als um Landwirtschaft und Weinbau. Das ist nicht mit solchen kleinen Schritten leistbar.

Letztlich sage ich, wir brauchen eine Antwort für die Fasswein vermarktenden Betriebe, die wir mit den jetzigen Mitteln dauerhaft so nicht in ihrer Existenz halten können. Das wird verdammt schwer. Wir müssen überlegen, wie wir neben den weinbaupolitischen Maßnahmen diese Frage lösen können. Ich habe alle anderen Punkte, Bundesnaturschutzgesetz und vieles mehr, was Sie gesagt haben, außen vor gelassen.

(Staatsminister Bauckhage: Das hatte Herr Töpfer gemacht!)

Wir werden Sie an den Taten messen. Es ist dringend notwendig, dass eine Kurskorrektur dieser verfehlten Agrarpolitik von Berlin im Sinn der Bauern und Winzer erfolgt. Diese haben Sie in Rheinland-Pfalz mit zu verantworten. Ansonsten betrachten Sie doch immer die ganzheitliche Politik. Auch hier ist die ganzheitliche Politik eingefordert. Mogeln Sie sich nicht heraus. Klären Sie Ihr Verhältnis auch in Richtung der Partei und in Richtung Berlin. Stehen Sie zu den Bauern und Winzern und lassen Sie sie nicht im Stich.

(Anhaltend Beifall der CDU)

Vizepräsident Heinz:

Meine Damen und Herren, für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Franzmann das Wort.

Abg. Franzmann, SPD:

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich will ganz ernsthaft fragen, ob einer von Ihnen bei den Szenarien, die von den Rednern der CDU über die Landwirtschaft und den Weinbau vorgetragen worden sind, noch Lust hat, einen Sack Kartoffeln und eine Kiste Wein bei den Bauern und Winzern zu kaufen?

(Beifall bei SPD und F.D.P. -
Zuruf der Abg. Frau Schneider, CDU)

Herr Minister, ich glaube für die Mehrheit des Parlaments sagen zu können, Sie haben eine zutreffende Beschreibung der wirtschaftlichen Situation gegeben. Sie war nicht beschönigend, aber Sie haben auch in keinem Fall ein solches Horrorszenerario an die Wand gemalt, sondern deutlich gemacht, was in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren getan worden ist und was in den nächsten Jahren noch zu tun ist.

Wir können aus marktwirtschaftlichen Gründen nicht durch eine immer schneller sich drehende Subventionsspirale jedem Betrieb vormachen, er könne sich im Wettbewerb behaupten. Nein, wir können aber erstens durch begleitende Maßnahmen den notwendigen Strukturwandel in den Betrieben einleiten und die Folgen für einzelne, nicht mehr wirtschaftlich arbeitende Betriebe abfedern. Zweitens können wir durch Stützung bei der Umstrukturierung Übergänge erleichtern und dann anschließend die Wettbewerbsfähigkeit steigern.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Herr Minister, wir stimmen Ihnen zu, dazu brauchen wir verstärkt das Instrument der agrarstrukturellen Entwicklungsplanung.

(Jullien, CDU: Noch ein Plan!)

Nach meiner persönlichen Meinung ist dies noch viel zu wenig eingesetzt worden. Das ist kein Verschulden des Ministeriums, sondern von denen, die das vor Ort entscheiden müssen.

Meine Damen und Herren, dies ist die Perspektive für den rheinland-pfälzischen Weinbau: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch eine Änderung der Betriebsstruktur hin zu mehr leistungsfähigen Haupterwerbsbetrieben mit größeren Bewirtschaftungsflächen, hin zu Zusammenschlüssen in Erzeugergemeinschaften, die auch weinbautechnische Fragestellungen gemeinsam besser und leichter lösen können.

(Beifall bei der SPD)

Zu Perspektiven gehört auch die Ehrlichkeit, zu bekennen, dass nicht alle werden überleben können. Es geht im Weinbau nicht anders wie in der Industrie, im Kohlebergbau, bei den Energieversorgern, in der Automobilindustrie, in der Mechanik und in der Elektronik. In allen Bereichen hat es gelegentlich lang gedauert, bis die Macher wach gerüttelt worden sind, die notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen ergriffen und neue Markteroberungskonzepte umgesetzt haben.

In der Landwirtschaft, speziell im Weinbau, hat es uns in der Politik gelegentlich zu lange gedauert. Die notwendigen Hinweise sind von uns und Ihnen nicht aufgenommen oder aus populistischen Gründen nicht verfolgt worden. Das ist doch die Realität. Herr Kollege Schmitt, es ist nicht so, wie Sie es geschildert haben. Sie behaupten, es sei jahrelang nichts getan worden, der Minister habe geschlafen, erst in den letzten paar Wochen sei er wach geworden. Sie wissen selbst genau aus den Beratungen im Ausschuss und aus den Gesprächen mit den Verbänden, dass die Realität eine andere ist.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und F.D.P. -
Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Dass die Diskussion wirklich nur schleppend gelaufen ist, können alle bestätigen, die eingebunden sind.

(Billen, CDU: Wenn wir keine Politik machen,
nur noch verwalten, haben Sie Recht!)

Was bedeutet dies, Perspektiven zu schaffen? Es heißt nichts anderes, als veränderte Kundenwünsche rechtzeitig erkennen, auf ein modernes Marketing setzen, auch elektronische Einkaufsmöglichkeiten anbieten,

(Zuruf der Abg. Frau Schneider, CDU)

aber vor allem immer bei den Besten sein und sich nicht den Mantel des billigen Jakob umhängen lassen. Meine Damen und Herren, damit kann man Existenzen nicht sichern.

(Billen, CDU: Aber den Wettbewerb
auch nicht!)

Die Industrie, das Handwerk und die Dienstleister haben diese Herausforderung bestanden. Warum sollte es engagierten Winzerbetrieben, der Kellerwirtschaft, den Genossenschaften und Verbänden nicht ebenfalls gelingen?

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Die Zukunft heißt Eleganz, Frische, unverwechselbares Profil, typischer Geschmack, Identität mit der Region. Sie heißt aber auch im neuen Weinbezeichnungsrecht „Classic“ und „Selection“. Wir haben durch unsere Entscheidung in den letzten Jahren den rheinland-pfälzischen Winzerbetrieben diese Perspektiven gegeben. Wir sind nicht dem Fehler verfallen, planwirtschaftlich alles regeln zu wollen, sondern haben die an uns herangetragenen Fragestellungen aufgenommen und Antworten in Form von Freiräumen gegeben, innerhalb derer sich die Betriebe entscheiden müssen. Produzierst du zu viel in nicht nachgefragter Qualität, am Markt vorbei, dann wird der Markt dich einholen. Das müssen die Betriebe erkennen, so leid es uns in vielen Fällen auch tut.

Der gesplattene Markt ist der Versuch, das ökonomische Gleichgewicht zwischen geringen Mengen bei hoher Qualität und auskömmlicher Preisgestaltung auf der einen Seite oder hohen Erträgen bei minderer Qualität mit geringem finanziellen Gegenwert auf der anderen Seite zu finden. Nachdem diese Regelung ab diesem Herbst gilt, werden wir im nächsten Jahr erkennen, ob diese Regelung, die im Einvernehmen mit dem Weinbau getroffen worden ist, als kleinster gemeinsamer Nenner Früchte getragen hat.

Solche Situationen, wie in den letzten beiden Jahren, die nicht durch unverschuldete Naturereignisse hervorgerufen worden sind, sondern hausgemacht sind, können wir nicht jedes Jahr wieder mit einem Zwölf-Punkte-Programm abfangen. Zwischen Qualität oder Menge werden sich die Betriebe entscheiden und im marktwirtschaftlichen Wettbewerb bestehen müssen.

(Frau Ebli, SPD: So ist das, Sie
müssen es nur verstehen!)

Es ist auch wichtig, dass wir dabei die Qualitätsanforderungen noch einmal auf den Prüfstand stellen. Herr Minister, ich bin sicher, spätestens im nächsten Frühjahr wird dies der Fall sein.

Die Zukunft für den ländlichen Raum: Ganz sicher werden wir in den benachteiligten Gebieten auch in der Zukunft den Ausgleich für die Erschwernisse und die Wettbewerbsnachteile erhalten müssen. Die Steillagenförderung beispielsweise, aber auch den Ausgleich für eine umweltschonende nachhaltige Bewirtschaftung durch das FUL-Programm sind zu nennen. Das gehört zusammen, um in strukturell schwachen Gebieten den Dörfern ihre Entwicklungsfähigkeit zu erhalten.

Alles in allem sehen wir trotz aktueller Probleme eine große Chance gerade für den rheinland-pfälzischen Weinbau als in-

tegralen Bestandteil der Entwicklung des ländlichen Raums. Wir wissen, dass wir mit dem Konzept „Zukunftsinitiative ländlicher Raum“ richtig liegen. Wir wissen ebenfalls, dass die daraus abzuleitenden enormen Fördermittel sehr gut angelegt sein werden.

Herr Minister, wir sind guter Dinge, dass wir gemeinsam die Ziele des Programms umsetzen können und werden uns als SPD-Fraktion auch weiterhin in hohem Maße engagieren.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Meine Damen und Herren, ich begrüße zunächst einmal Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag, und zwar Mitglieder der Senioren-Wandergruppe aus Budenthal. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Abgeordneten Frau Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schmitt, Sie haben sich heute selbst übertroffen.

(Pörksen, SPD: Da habe ich etwas versäumt!)

Ihr Jammern und Anklagen gepaart mit Untätigkeit und Leugnen Ihrer Verantwortung in der Vergangenheit für die Rahmenbedingungen, wie sie sind, wird immer unerträglicher. Heute haben Sie dem echt noch einmal einen Punkt draufgesetzt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD -
Frau Ebli, SPD: Aber echt!)

Wenn ich mich schon genüßigt fühle, mich schützend vor den Minister zu werfen, was man mir nicht als Impuls nachsagen kann, dann muss es schon ziemlich hart kommen.

(Zurufe von der CDU)

- Keine Bange, so schlimm war es nun doch nicht. Er hat noch Steigerungsmöglichkeiten.

- Herr Franzmann - Herr Franzmann ist jetzt nicht hier -, --

(Zurufe von der SPD: Doch!)

- Ach, dort ist er.

- - Sie können die Mitverantwortung der SPD-Regierungsfraktion für die Weinbaupolitik der Landesregierung auch nicht abstreifen wie ein Hemd.

(Bruch, SPD: Wollen wir auch nicht! -
Pörksen, SPD: Tut er auch nicht!)

Sie haben genauso mit dazu beigetragen wie insbesondere Herr Brüderle und auch sein Nachfolger. Ich begrüße, dass inzwischen alle Beteiligten, außer der CDU in diesem Fall, agieren, als ob sie einen Wecker gehört hätten und wach werden und anfangen, über die Qualität nachzudenken. Es hat aber viel zu lang gedauert. Sie haben viel zu lang Ihr Ohr viel zu eng an den Weinbaufunktionären gehabt und die Auseinandersetzung gescheut. Herr Billen und Herr Schmitt, Sie scheuen sie heute noch.

(Vereinzelt Beifall bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Abg. Billen, CDU)

- Sie führen keine.

Ich möchte noch ein paar Worte zum Agrardiesel sagen. Herr Bauckhage, Sie haben eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel gestartet, diesen neuen Steuersatz, der ab 1. Januar vorgesehen ist, zu senken. Zur Begründung dient Ihnen das Argument der Wettbewerbsfähigkeit.

(Staatsminister Bauckhage:
Das ist richtig!)

Dass Sie das im Land beim FUL-Programm nicht so streng sehen, habe ich Ihnen eben schon vorgeworfen.

(Staatsminister Bauckhage: Dazu
sage ich nachher etwas!)

Sie sollten bitte dazu sagen, wenn Sie von Wettbewerb reden, dass die Italiener, die Sie anführen, vor kurzem erst Ihre Beihilfe um 230 Millionen DM gekürzt haben, bevor Sie jetzt etwas draufgelegt haben, und jetzt Ihre Verteilungsmodi ganz anders geregelt haben als wir.

(Billen, CDU: Die Italiener?)

- Die Franzosen im Übrigen auch. Dort werden sehr viel weniger Betriebe in die Gunst dieser Beihilfen kommen. Wenn Sie das hier haben wollen, müssen Sie das nur sagen. Aber diesen Wettbewerbsgleichklang in der Art und Weise wollen wir nicht.

(Billen, CDU: Das stimmt wieder
einmal nicht!)

Der Agrardiesel bzw. sein vorgesehenes Steuerungssystem trägt doch - meines Erachtens richtig so - der Tatsache Rechnung, dass zum einen die Landwirtschaft auch mit ihrem Bei-

trag zu den Kosten der Straßenbenutzung beitragen muss und zum anderen der Traktor eine Arbeitsmaschine ist, die natürlich begünstigt werden muss.

(Schmitt, CDU: Welche Straßen benutzen sie denn?)

Es ist ein Kompromiss gefunden worden. Der Bauernverband hat leider verhindert, dass man gefärbten Agrardiesel nehmen könnte. Das wäre sehr viel unbürokratischer zu lösen gewesen. Das wäre auch gut gewesen.

(Billen, CDU: Gefärbten Agrardiesel? Sie meinen Rapsöl!)

Aber Sie haben das verhindert und auf dem alten Erstattungsverfahren bestanden.

Ich habe noch einen letzten Punkt. Meine Damen und Herren, wir liegen bei den Erzeugungskosten für Pflanzenöl als Treib- und Schmierstoff zum Einsatz in der Landwirtschaft zurzeit bei 80 Pfennig, einen Pfennig mehr als der Preis von 79 Pfennig, den sie von Frankreich aus immer anstreben. Der Anbau dieses nachwachsenden Rohstoffs ist in der letzten Zeit um 50 % gesteigert worden. Hier haben wir - machen Sie das einmal etwas mehr publik - eine sinnvolle und wettbewerbsfähige Alternative zum Erdöl, das endlich ist und irgendwann ausgeht, und zwar für den Einsatz gerade im umweltsensiblen Bereich in der Land- und Forstwirtschaft.

(Glocke des Präsidenten - Billen, CDU: Sie meinen Rapsöl?)

Das sollten Sie propagieren und eine neue Alternative stärken.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Billen, CDU: Rapsöl für 80 Pfennig meinen Sie? Rapsöl für 80 Pfennig gibt es nicht!)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Frey das Wort.

Abg. Dr. Frey, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte angekündigt, in der zweiten Runde noch einige Worte zum Weinbau in Rheinland-Pfalz zu sagen. Die aktuelle Lage brauche ich nicht zu schildern. Sie ist allgemein bekannt. Wir haben erhebliche Probleme am Fassweinmarkt bei der Vermarktung von Weißweinen. Wir haben dagegen gute Chancen für Anbieter von Rotweinen, sei es als Fassware oder auch als Fertigware.

Wir haben eine ganze Reihe von Weinbaubetrieben in Rheinland-Pfalz, die hervorragende Produkte herstellen, die diese im nationalen und internationalen Bereich vermarkten und sich dort mittlerweile ein großes Renommee erarbeitet haben. Das muss man bei allen Problemen, die wir haben, auch sagen, weil alle diejenigen, die erfolgreich Wein vermarkten, zu Recht fragen, was sich die Politik eigentlich dabei denkt, nur einen Teil des Bereichs zu sehen.

(Beifall der F.D.P. und vereinzelt bei der SPD)

Mit diesem Teil, der Probleme hat, möchte ich mich jetzt beschäftigen. Ich sage vorab, dass es natürlich unser Bestreben ist, diesen Betrieben eine Perspektive aufzuzeigen und sie zu unterstützen. Deswegen hat die Landesregierung bereits sehr früh vor der Weinlese ein Zwölf-Punkte-Programm aufgelegt, um Maßnahmen zu ergreifen, die kurzfristig, mittelfristig und langfristig aus der Krise herausführen können. Dabei ist natürlich das Thema der Destillation sehr wichtig.

Meine Damen und Herren von der CDU, wenn ich Ihre ständigen Forderungen höre, eine Krisendestillation auszurufen, frage ich mich wirklich, ob Sie sich das gut überlegt haben.

(Beifall des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

Das Land und auch der Bund haben sehr früh, nachdem die neue Marktordnung in Kraft getreten war, bei der EU Anträge für Destillationsmaßnahmen gestellt. Die EU hat die Trinkweinalkoholdestillation ausgerufen. Dass dort keine riesigen Beträge erreicht werden können, ist uns allen bekannt. Deswegen hat die Landesregierung erklärt, dass sie zusätzliche Mittel aufbringt. 15 Millionen DM sind kein Pappenstiel. Die schneidet man sich nicht einfach aus den Rippen. Das ist eine ganze Menge.

(Anheuser, CDU: Herr Kollege, diese 15 Millionen DM, das wissen Sie ganz genau, können nicht als Kofinanzierung eingesetzt werden!)

- Herr Anheuser, das Ihnen das nicht genug ist, ist mir bekannt, aber leider Gottes werden die UMTS-Lizenzen nicht im Land, sondern auf Bundesebene vergeben. Das ist nun einmal so.

(Beifall der F.D.P. und der SPD - Zuruf des Abg. Anheuser, CDU)

- Wenn Sie weiter so schreien, wird die EU das vielleicht wirklich ablehnen. Vielleicht sollten Sie das gemeinsam mit denen, die sich dafür einsetzen, solidarisch fordern. Das würde uns als Land und dem Berufsstand vielleicht mehr bringen, als im Land herumzulaufen und zu lamentieren: Das ist noch nicht sicher, wartet einmal. - Sie verunsichern die Landwirt-

schaft damit mehr, als Sie ihr nützen. Wir sind diejenigen, die uns dafür einsetzen, und sie sind diejenigen, die alles ---

(Anheuser, CDU: Pfui! Pfui! Das ist ganz schlimm! Ich habe auch einen Antrag gestellt, und ich habe ihn abgelehnt bekommen, das wissen Sie!)

- Ja, ja. Ich habe meine Kinderschule heute mitgebracht. Jetzt rede ich einmal. Sie können nachher noch viel sagen.

Meine Damen und Herren, was die Krisendestillation angeht, wissen Sie alle sehr genau, dass diese mengenmäßig auf sehr viel niedrigerem Niveau auf EU-Ebene angeboten wird und bei 5,3 Millionen DM Hektoliter EU-weit der Anteil für Deutschland nicht der größte sein wird. Sie wissen genauso, dass mit den angekündigten 20 Pfennig pro Liter für die Krisendestillation auf EU-Ebene die Winzerinnen und Winzer in unserem Bundesland einen viel geringeren Deckungsbeitrag für ihren Wein bekommen würden als das, was Sie jetzt als Trinkweindestillation mit EU-weit 12,5 Millionen Hektoliter angeboten bekommen. Das muss man doch einmal sagen dürfen.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Das sollten Sie draußen auch den Winzerinnen und Winzern sagen und ihnen nicht nur etwas suggerieren, was ihnen vielleicht noch größere Probleme bereitet als das, was sie im Augenblick haben, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P. und SPD -
Abg. Kuhn, F.D.P.: Sehr gut!)

Vielleicht ist Ihnen auch aufgefallen, dass es bei der Trinkweindestillation aufgrund der Intervention des Landes und des Bundes gelungen ist, eine Abstufung von Qualitätsweinen als Tafelwein vorzunehmen, was eigentlich in diesem EU-Programm nicht vorgesehen war. Auch das ist ein erhebliches Entgegenkommen, das nur aufgrund der Verhandlungen der Landesregierung und der Bundesregierung in Brüssel erreicht worden ist. Ich denke, das muss man in dieser Debatte gerade vor dem Hintergrund dessen, was wir unseren Winzerinnen und Winzern als Alternative anbieten, auch einmal sagen.

Ich verhehle nicht, dass diese Destillationsmaßnahmen nur ein Teil einer umfassenden Strategie sind, die gemeinsam mit den Weinbauverbänden und den Winzerinnen und Winzern erarbeitet worden ist. Die Landesregierung und die sie tragenden Faktionen unterstützen einhellig die neuen Qualitätsstufen von „Classic“ und „Selection“. Wir erhoffen uns insbesondere auch für den Auslandsmarkt hierdurch neue Marktsegmente, um qualitativ hochwertige Weine im Ausland zu präsentieren. Ich könnte mir vorstellen, dass das nicht nur in den klassischen Exportländern der Fall ist, sondern vielleicht auch einmal in den Produktionsländern wie Frankreich und Spanien.

Es gibt gute Beispiele wie beim Rheinland-Pfalz-Tag in Dijon, wo unsere Weine hervorragend angekommen sind. Gleiches gilt für den Empfang in Paris. Wir sollten auch die Höhle des Löwen nicht scheuen und unsere Weine dort anbieten. Vielleicht wird dann deutlich, als welche preiswerte Alternative hoch qualifizierte und hoch qualitative Weine aus Rheinland-Pfalz vorhanden sind.

Ein weiteres Wort zum Bereich der Verarbeitungsschiene. Es kann auf Dauer nicht angehen, dass wir Sektgrundweine für deutsche Sekte aus dem Ausland bekommen.

(Beifall des Abg. Creutzmann, F.D.P. -
Kuhn, F.D.P.: Sehr gut!)

Es gibt einen Spruch, der über dem Keller der Freyburger - Freyburg mit y - Sektkellerei „Rotkäppchen“ an Saale-Unstrut steht. Dort steht nämlich: „Nicht nur an Mosel und Rhein wächst deutscher Wein, auch Weine von Unstrut und Saale füllen die Pokale.“ In Abwandlung dessen würde ich mir wünschen, dass wir in Zukunft sagen können, dass deutsche Sekte aus deutschem Wein sind und deutsche Weine die Sektpokale füllen; denn wenn 97 % der Grundweine aus Spanien, Frankreich und Italien kommen, dann ist das auch eine Form von Verbrauchertäuschung, der wir uns annehmen werden.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Herr Billen, Sie sagen, darum geht es nicht.

(Billen, CDU: Das habe ich nicht gesagt!
Ich habe gesagt, dem ist nicht so!)

- Aber in einer Debatte, die noch gar nicht so lang her ist, hat ihr Kollege das durchaus gefordert.

Meine Damen und Herren, wir brauchen, wenn es um diese Qualitätsoffensive geht, natürlich auch eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Produzenten und Vermarktern. Wir haben viele Jahre darauf gesetzt, dass der Produzent auch derjenige ist, der seine Produkte veredelt, und stellen fest, dass wir damit im internationalen Vergleich zunehmend Probleme bekommen. Wir müssen deshalb Anreize bieten - diese werden auch geboten -, dass sich etwas ändert. Wir können aber nur appellieren. Wir können niemandem vorschreiben, wie er seine Ware zu vermarkten hat. Wir können auch keiner Kellerei vorschreiben, wo sie ihre Produkte einkauft. Aber wir können appellieren.

Ich stelle mir gute Chancen vor, dass wir hier letztlich zum Erfolg kommen. Entsprechende Maßnahmen, nämlich Förderung der Aufgabe der Kellerwirtschaft und Beitritt zu Erzeugerzusammenschlüssen, finden sich auch in dem Zwölf-Punkte-Programm, das Minister Bauckhage vorgeschlagen hat. Es gibt eine Menge von Maßnahmen, die wir unternehmen. Ich denke, wenn wir gemeinsam diese Maßnahmen tragen und nicht Themen wie die Destillation offensichtlich als

Wahlkampfthemen missbrauchen, dann werden wir dem Berufsstand der Winzerinnen und Winzer, aber auch der Landwirte insgesamt einen Nutzen bringen und keine Polarisierung erzeugen, die letztlich dem Beruf schaden und nicht nutzen wird.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Staatsminister Bauckhage das Wort.

**Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal lassen Sie mich feststellen, dass sich Landwirtschaft und Weinbau in einem Strukturwandel befinden und wir die richtigen Instrumente im Instrumentenkasten haben und diese auch anwenden, und zwar in einer Größenordnung von 1,9 Milliarden DM, um Landwirtinnen und Landwirte, Bäuerinnen und Bauern, Winzerinnen und Winzern beim Strukturwandel zu begleiten. Genau das müssen wir tun, und exakt das werden wir tun.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Meine Damen und Herren, deshalb ist es so wichtig, dass wir heute diese Debatte führen. Es ist wichtig, dass wir zunächst einmal daran erinnern dürfen, dass es Märkte gibt. Da gibt es zum einen marktwirtschaftliche Instrumente und marktwirtschaftliche Abläufe. Zum anderen gibt es die Problematik, dass Landwirtschaft und Weinbau europaweit nicht die gleichen Geschäftsgrundlagen haben, und zwar deshalb, weil Topographie, Klima und Bodenqualität unterschiedlich sind.

(Billen, CDU: Die Steuer-
gesetzgebung!)

- Herr Billen, ich komme gleich dazu. Ich will Ihnen bewusst keinen staatsbürgerlichen Unterricht erteilen; denn das wäre wahrscheinlich nicht nötig.

Aber ich will zunächst einmal sagen, es ist wichtig, dass wir die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Diese haben wir gesetzt. Diese werden wir weiter setzen, weil wir wollen, dass in Rheinland-Pfalz Landwirtschaft wirtschaftlich möglich bleibt.

(Billen, CDU: Flächendeckend!)

Meine Damen und Herren, alle diejenigen, die erzählen, „weiter so wie gestern“, sind Verführer der Landwirtinnen und Landwirte in diesem Land.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Es wird nicht mehr so gehen. Wir stehen vor der nüchternen Frage, dass wir eine EU-Erweiterung bekommen. Wir stehen vor der nüchternen Frage, dass wir im europäischen Wettbewerb stehen.

Nun bin ich bei der einen Seite, und zwar bei der Seite der destruktiven Diskussion.

Herr Billen, ich will mich nur an einem einzigen Punkt aufhalten, nämlich an dem Punkt der Steuer.

1. Wir haben in diesem Staat eine Verfassung und unterschiedliche Kompetenzen. Da macht es keinen Sinn, dass man beispielsweise bei so genannten Einspruchsgesetzen ständig die Landesregierung fordert, wenn anderswo entschieden wird, und das aufgrund von legitimen Wahlen.

2. Da, wo wir Einfluss nehmen konnten, haben wir Einfluss genommen, --

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

- Das will ich Ihnen gerade am Beispiel des Agrardiesels erläutern.

-- und zwar aufgrund eines Antrags von Rheinland-Pfalz wegen der Wettbewerbssituation. Andere Länder verzerren den Wettbewerb und verteilen Subventionen, die so nach meinem Gefühl EU-weit nicht rechters sind. Wir werden auch in der Landesregierung prüfen, ob wir nicht eine Klage anstrengen. Ich halte es für unerträglich, dass EU-weit unterschiedliche Bedingungen von der EU zugelassen werden.

(Beifall der F.D.P. und der SPD -
Zuruf des Abg. Billen, CDU)

- Herr Billen, das ist im Leben so. Man braucht im Leben immer Mehrheiten. Diese brauchen auch Sie.

Wir haben im Bundesrat beim Agrardiesel eindeutig und klar - bei der Ökosteuer haben wir uns enthalten; damit wir Klarheit haben - auf der Grundlage eines rheinland-pfälzischen Antrags einen Antrag des Bundesrats an die Bundesregierung gerichtet, um zum einen die Wettbewerbsfähigkeit herzustellen und zum anderen den Preis für Agrardiesel zu senken.

(Billen, CDU: Um wie viel?)

- Das muss man dann sehen. Wir können nicht, wenn ich anderen Wettbewerbsverzerrung vorwerfe, selbst den Wettbewerb verzerren.

(Bruch, SPD: So ist es!)

Man muss sehen, wie man das macht, auf welchem Niveau man sich einpendelt.

Nur, es ist einfach unrichtig, wie Sie es sagen, wir hätten nichts getan. Wir haben genau das getan, was notwendig war. Wir haben überlegt, wie wir ausloten können, um eine Mehrheit im Bundesrat zu bekommen.

Nun komme ich zur Frage der Steuergesetzgebung. Sie haben eben ständig das Steuerentlastungsgesetz und das Steuerersenkungsgesetz miteinander vermischt.

(Billen, CDU: Nein!)

Das ist einfach unzulässig. Ich bestreite nicht, dass beim Steuerentlastungsgesetz 1999 eine Belastung der Landwirtschaft entstanden ist. Das habe ich auch gesagt.

(Billen, CDU: Wie hoch?)

Sie haben mich persönlich angegriffen und haben gesagt, dass wir uns als Landesregierung gelobt hätten, dass wir die Steuerreform herbeigeführt haben, nämlich die 2000er Steuerreform. Darauf bin ich stolz. Dadurch ist der Landwirt nicht belastet, sondern entlastet worden.

(Beifall der F.D.P. und der SPD -
Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Dies ist die Frage, wenn man einfach nur schwarz und weiß unterscheiden kann und nicht bereit ist, zu differenzieren. Sind Sie gefälligst einmal bereit, zu differenzieren.

(Billen, CDU: Sind Sie bereit, Ihre Regierungserklärung vorzulesen?)

Jetzt bin ich genau an der Ecke der konstruktiven Diskussion und der destruktiven Diskussion. Da ist der Herr Schmitt schon ein Stück konstruktiver. Man muss ihm sagen, marktwirtschaftliche Mechanismen laufen so, wie sie laufen, also Selbstbindungen. Ich habe in der Vergangenheit mit Kellereien verhandelt. Ich nehme Sie gern einmal bei der Selbstbindung mit. Diese stehen im weltweiten Wettbewerb und müssen in diesem Wettbewerb über Qualität und Preis verkaufen. Wenn ich denen anbiete, ich verschenke euch den Wein, dann werden diese sofort, übertrieben gesagt - - - Andernfalls stehen Sie im Wettbewerb und brauchen im Wettbewerb ihre Wettbewerbsfähigkeit.

Ich habe darüber hinaus noch neulich mit einer großen Kellerei erreichen können, dass sie mir zusagt, 150 % mehr für Sektgrundweine zu verarbeiten. Das ist eigentlich ordnungspolitisch nicht Sache des Ministers, sondern Sache der Weinwirtschaft. 150 %, und zwar nicht von 150 000 Litern, sondern von richtigen Mengen ausgehend.

Darüber hinaus werden wir jetzt weitere Programme machen, und zwar immer in bilateralen Verhandlungen zwischen Kellereien und - - - Wenn ich den Kellereien sage, ihr seid verpflichtet, rheinland-pfälzischen Wein - - -, also Selbst-

bindungen mache, dann haben diese ein „müdes Lächeln“ für Sie übrig, Herr Schmitt.

Nun einen Satz zur Frage: Was haben wir noch gemacht? - Wir haben beispielsweise vertikale Kooperationen mit der SLVA in Oppenheim auf den Weg gebracht - ich war gestern mit einer großen Kellerei dort -, dass im Vorhinein Preise garantiert werden. Das geht nur, indem auch der Staat - ordnungspolitisch äußerst schwierig - in eine bestimmte Vorleistung tritt, nämlich in die Vorleistung der Beratung und Kontrolle, weil bestimmte Qualitätskriterien angefordert werden. Wir werden dies weiterführen. Das ist keine Frage. Alles das muss jetzt gemacht werden. Glauben Sie nicht, das würde sich sofort marktentlastend auswirken.

Wir haben darüber hinaus die so genannte Feldrand-Abholung ein Stück in den Mittelpunkt gestellt, weil sie ein richtiger Weg ist. Wir werden darüber hinaus im nächsten Jahr auf diesem Gebiet noch mehr tun müssen.

(Zuruf aus dem Hause)

- Ja natürlich, das haben Sie alles gesagt. Nur, ich habe es bisher noch nicht gehört. Nur, wir machen es. Sie sagen es, und wir machen es. Das sind die kleinen Unterschiede.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Meine Damen und Herren, nun ein Satz zur Ausrufung des Kulturlandes Rheinland-Pfalz und zur diesbezüglichen Unterstützung mit Fördermitteln. Man muss wissen, dass dafür immer die Zustimmung der Europäischen Union erforderlich ist.

(Billen, CDU: So ist das!)

Wir haben nun eine Zustimmung der Europäischen Union für 1,9 Milliarden DM erreicht, die wir genau dafür einsetzen werden, um die Landwirte und die Winzer im Strukturwandel zu begleiten. Nur das kann die Aufgabe des Staates sein. Diese Aufgabe nehmen wir sehr ernst und sehr intensiv wahr.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Nun zur Frage der Destillation. Zunächst einmal halte ich fest, dass Wein zu schade ist, um ihn als Alkohol zu missbrauchen.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Jetzt haben wir eine Krisensituation, der wir entsprechend begegnen werden. Herr Kollege Anheuser und Herr Kollege Schmitt, die Weichen sind gestellt. Beide Destillationen sind vom Bundesministerium für Landwirtschaft beantragt worden.

(Billen, CDU: Wann sind sie beantragt worden?)

- Sie sind am 22. September 2000 beantragt worden. Herr Billen, verführen Sie doch nicht die Landwirte und Winzer mit der Krisendestillation. Dafür gibt es doch keinen werthaltigen Preis.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Das kann als Ultima ratio gemacht werden. Das steht doch im Vordergrund Ihrer ideenlosen Politik.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Sie wollen aus Wein Alkohol machen und das für 20 Pfennig pro Liter.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Wunderbar! Das ist Ihre ideenlose Politik. So viel zum Thema Kreativität in der Opposition.

Meine Damen und Herren, ich bin mir ganz sicher, dass 17 Millionen DM für Umstrukturierungsmaßnahmen nach Rheinland-Pfalz fließen. Es ist gefährlich und perfide, so zu tun, als wären wir nicht in der Lage, Gelder abzurufen und sie sinnvoll einzusetzen. Ich garantiere Ihnen, dass die Gelder in voller Höhe nach Rheinland-Pfalz fließen werden. Sie werden auch alle dorthin fließen, wo Umstrukturierungen notwendig sind. So zu tun, als gefährde die Landesregierung dies oder stelle dies infrage, ist eine perfide Art der Politik, die wir nicht durchgehen lassen.

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zur Agrarsozialpolitik, damit wir die gute Ordnung beibehalten.

Vizepräsident Heinz:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Schmitt?

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Bitte schön!

Abg. Schmitt, CDU:

Ich habe ein Schreiben des Weinbauverbandes Mosel-Saar-Ruwer, der die Praktikabilität des Vorschlags und des Antrags der F.D.P.-Fraktion infrage stellt. Halten Sie das für eine perfide Art? Dann würden Sie die Praktiken der Winzer diskriminieren. Nichts anderes habe ich vorhin gesagt.

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Sie haben vorhin den Eindruck erweckt, dass wir die 17 Millionen DM nicht weiterleiten würden. Herr Schmitt, also sind wir uns in dieser Sache wieder sehr nahe.

Die gesamte Problematik der Umstrukturierungsmittel ist mit den Weinbauverbänden immer besprochen worden. Bei diesen Besprechungen habe ich immer erleben dürfen, dass zumindest hinsichtlich der Eingangsposition Einigkeit bestand.

Nun noch ein Wort zum richtigen Verständnis der Agrarsozialpolitik. Das sage ich nicht anklägerisch, sondern nur informativ. Ich weiß um die Probleme, und ich weiß auch, dass es notwendig ist, eine umfassende und tief greifende Reform durchzuführen.

Das funktioniert nur, wenn man dabei, genauso wie in anderen Berufszweigen, ein Stück Selbstverantwortung und Selbstbeteiligung in den Vordergrund stellt. Herr Kollege Billen, ich sage das deshalb, weil Herr Riester bezüglich der Rentenversicherung jetzt ein Modell mit einer Selbstbeteiligung, also auch mit einer Selbstverantwortung, vorschlägt. Auf dieser Grundlage müssen wir diskutieren.

Richtigerweise werden jährlich insgesamt über 7 Milliarden DM Steuermittel in die Agrarsozialversicherung fließen.

(Billen, CDU: Wo denn?)

- Ich kann Ihnen die Zahlen geben.

Genau vor dem Hintergrund muss dann die politische Diskussion geführt werden. Das beklage ich nicht; denn ich halte das für richtig.

Meine Damen und Herren, es bleibt dabei: Das ZIL berücksichtigt die umweltschonende Landbewirtschaftung in ausreichender Art und Weise mit rund 35 Millionen DM jährlich.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn das kein Datum ist. Wir müssen unsere Landespolitik nach unseren Maßgaben, Möglichkeiten und den Gesichtspunkten der Finanzierbarkeit gestalten.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin froh darüber, dass wir jetzt die ZIL auf den Weg bringen können und damit die Bäuerin und den Bauern sowie die Winzerin und den Winzer beim Strukturwandel begleiten,

damit die Existenzfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit auf Dauer gewährleistet bleiben und damit die Kulturlandschaft so bleibt, wie sie ist.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Heinz:

Meine Damen und Herren, zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Billen das Wort.

Abg. Billen, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister Bauckhage, Sie haben mir unterstellt, ich hätte das Steuerentlastungsgesetz aus dem Jahr 1999 und das so genannte Steuersenkungsgesetz aus dem Jahr 2000 vermengt. Dazu habe ich Ihnen einiges vorgetragen. Jetzt zitiere ich aber bewusst aus der Regierungserklärung, die Sie abgegeben haben, damit Sie genau wissen, was Sie geschrieben haben.

In der Regierungserklärung steht: Durch das Steuerentlastungsgesetz wurde die Landwirtschaft im Jahr 1999 mit 635 Millionen DM mehr belastet. Durch das Steuersenkungsgesetz - dem Sie zugestimmt haben - wird die deutsche Landwirtschaft in den Jahren 2002 und 2003 mit rund 100 Millionen DM mehr belastet. - Ist das jetzt mehr oder weniger? Es war Ihre Unterstellung, ich hätte etwas verwechselt. Sie selber schreiben, dass es sich um Mehrbelastungen handelt.

Erst ab dem Jahr 2004 tritt eine Entlastung von 78 Millionen DM ein. Dann bleibt bei der Landwirtschaft immer noch ein Defizit in Höhe von 22 Millionen DM. Darauf wollte ich Sie nur hinweisen.

(Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

- Ich beziehe nicht die Ökosteuer in die Berechnungen mit ein, sondern nur die Steuerbelastungen, die Sie in der Regierungserklärung benannt haben.

Meine Berechnung sieht anders aus, aber ich beziehe mich bewusst auf Ihre Zahlen. Wenn man ehrlich ist, stellt man fest, dass es Gesamtbelastungen in Höhe von 5 Milliarden DM gibt, während sich in der Regierungserklärung die Gesamtbelastungen auf 4,1 Milliarden DM belaufen. Darüber können wir streiten. Ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen, dass Sie dem so zugestimmt haben.

Sie haben gesagt, Sie würden mit der ZIL ein Kulturlandschaftsprogramm machen. Dem widerspreche ich ganz entschieden. Ein Kulturlandschaftsprogramm können Sie sich in Bayern anschauen. Dort wird der Allgäu gerettet, indem er bewusst von der bayerischen Landesregierung EU-notifiziert in ein Kulturlandschaftsprogramm aufgenommen worden ist, damit der Allgäu grün bleibt - früher war er blau -, damit der Tourismus in diesem Gebiet nicht kaputtgeht.

Wenn wir in Rheinland-Pfalz kein Kulturlandschaftsprogramm für bestimmte Regionen machen, ist das verfehlte Politik. Kommen Sie mir jetzt nicht mit der Steillagenzulage. Wenn wir nicht aufpassen - das geht sehr schnell -, wird in Rheinland-Pfalz zum Beispiel die Mosel demnächst nicht nur keine Winzer mehr oder weniger Winzer haben, sondern sie wird auch von wesentlich weniger Touristen besucht, und es wird dort wesentlich weniger Arbeitsplätze geben, weil die Mosel in ihrer wunderschönen Kulturlandschaft kaputtgeht. Ein Nachdenken über das Kulturerbe an der Mosel zusammen mit Luxemburg hilft auch dann nicht, wenn man vorher die Landschaft kaputtgemacht hat.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Heinz:

Meine Damen und Herren, es liegen zur Aussprache über die Regierungserklärung keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind damit am Ende der Aussprache zur Regierungserklärung angelangt.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der F.D.P., Gemüsebau in Rheinland-Pfalz - Drucksache 13/5571 - betreffend. Dazu liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses für Landwirtschaft und Weinbau - Drucksache 13/6178 - vor.

Die Beschlussempfehlung empfiehlt die unveränderte Annahme des Antrags - Drucksache 13/5571 -. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen? - Der Antrag der Fraktion der F.D.P. ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der F.D.P. gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

Landesgesetz zu dem Staatsvertrag über die Bildung einer gemeinsamen Einrichtung nach § 6 Abs. 1 Satz 7

des Abfallverbringungsgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/6147 -
Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Umwelt und Forsten
- Drucksache 13/6364 -

Ich erteile der Berichterstatterin, der Abgeordneten Frau Müller, das Wort.

Abg. Frau Müller, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf wurde in der 41. Sitzung des Ausschusses für Umwelt

und Forsten am 21. September 2000 und in der 45. Sitzung des Rechtsausschusses am 17. Oktober 2000 beraten. Die Beschlussempfehlung lautet: Der Gesetzentwurf wird angenommen.

(Beifall im Hause)

Vizepräsident Heinz:

Ich bedanke mich für die Berichterstattung. Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Braun das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vorweggenommen sage ich schon, dass wir dem Staatsvertrag zustimmen werden. Allerdings zeigt der Staatsvertrag, wie schrecklich die Situation im Bereich der Sonderabfallwirtschaft zwischen den einzelnen Ländern ist. Deshalb einige Anmerkungen dazu.

Der Staatsvertrag regelt, dass wir Müll, den wir illegalerweise ins Ausland exportiert haben, zurücknehmen und in welches Bundesland dieser Müll dann reimportiert wird. Wenn wir keine solch desolate Situation in der Bundesrepublik Deutschland hätten, wie die einzelnen Bundesländer mit Sondermüll umgehen, wäre das vielleicht leichter, da bereits in Form des Baseler Vertrags eine Regelung existiert, wie der Müll zurückzunehmen ist. Zuständig sind dafür das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt. Wenn es möglich gewesen wäre, Absprachen zu treffen, hätten wir diesen Staatsvertrag normalerweise gar nicht benötigt.

Es hat aber offenbar Schwierigkeiten zwischen den Ländern gegeben. Man hat sich darüber gestritten, wer den Müll überhaupt zurücknehmen soll.

Wir sagen in aller Deutlichkeit, dass wir diesen Staatsvertrag für einen Zwischenschritt halten. Man muss dahin kommen, dass dieser Staatsvertrag überflüssig wird. Er stellt eine Doppelregelung dar, und wir haben jetzt zwei Stellen - eine Stelle in Stuttgart und eine Stelle, die ursprünglich dafür zuständig war -, die dafür sorgen, dass der Müll an die richtige Stelle zurückkommt. Das kann auf Dauer nicht Sinn der Gesetzgebung sein. Deshalb stimmen wir diesem Zwischenschritt in dem Bemühen zu, diesen möglichst schnell wieder rückgängig zu machen. Durch diese Regelung entstehen Kosten, die zwar nicht hoch sind, aber das Land hat eben auch einen Beitrag für die Stelle in Stuttgart zu leisten. Solche Doppelregelungen benötigen wir aber meiner Meinung nach nicht, wenn wir vernünftige Grundregelungen haben.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Nagel das Wort.

Abg. Nagel, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Staatsvertrag ist vernünftig. Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu. Auch wenn ich eine Stunde lang über diesen Gesetzentwurf rede, würden wir daran nichts mehr verändern. Da eine Rede um des Redens willen keinen Sinn macht, sage ich einfach, dass wir Zustimmung signalisieren. Das reicht meiner Meinung nach aus.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Nagel hat den Nagel auf den Kopf getroffen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Zwischen allen Bundesländern ist ein Staatsvertrag abgeschlossen worden. Die Ziele sind schon erläutert worden. Die F.D.P.-Fraktion stimmt diesem Gesetzentwurf selbstverständlich zu.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Licht das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion wird diesem Staatsvertrag ebenfalls zustimmen. Man könnte jetzt sagen, es ist zwar schon alles gesagt, aber noch nicht von jedem, aber Herr Kollege Dr. Braun hat eine Bemerkung gemacht, die ich aufgreifen möchte.

Herr Kollege Dr. Braun, es wird auch künftig illegale Müllverschiebungen geben. Man kann das gesetzlich regeln, wie man will, aber es wird immer wieder solche Auswüchse geben. Diese sollen eben rückverbracht werden. Da sich die Länder nicht einigen konnten, wird das über einen Staatsvertrag jetzt eindeutig geregelt, damit künftig nicht mehr ein Hin- und Herschieben erfolgt, sondern damit künftig solche Fälle

klar geregelt sind. Dieser Punkt wird durch den Gesetzentwurf ebenfalls abgedeckt. Dem können wir alle - so ist den vorhergehenden Äußerungen zu entnehmen - in diesem Hause zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Staatssekretär Härtel das Wort.

Härtel, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass bei der Rückführung gescheiterter oder illegaler grenzüberschreitender Abfallexporte in der Vergangenheit Probleme aufgetreten sind. So war die Ermittlung des Bundeslandes, aus dem die Abfallexporte heraus getätigt wurden, oft nur nach langen Schwierigkeiten möglich. Wir wollen diesen streitigen Verfahren ein Ende bereiten und haben deshalb diesen Gesetzentwurf vorgelegt, der durch Staatsvertrag eine zentrale Koordinierungsstelle festmacht.

Dieser Staatsvertrag ist inzwischen von allen Bundesländern unterzeichnet worden. Jedes Bundesland hat jetzt das notwendige Verfahren zur Ratifizierung des Vertrags durchzuführen. Dem wollen wir mit diesem Zustimmungsgesetz für Rheinland-Pfalz Rechnung tragen.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Meine Damen und Herren, wir kommen dann zur Abstimmung. Die Beschlussempfehlung empfiehlt die unveränderte Annahme. Wer dem Landesgesetz zu dem Staatsvertrag über die Bildung einer gemeinsamen Einrichtung nach § 6 Abs. 1 Satz 7 des Abfallverbringungsgesetzes" - Drucksache 13/6147 - in zweiter Beratung zustimmen möchte, den bitte ich um daas Handzeichen! - Gegenstimmen und Enthaltungen sind nicht erkennbar. Dann ist der Gesetzentwurf so angenommen.

Wir kommen dann zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! - Es ist erkennbar, dass das Parlament den Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung einstimmig angenommen hat.

Ich rufe nun Punkt 9 der Tagesordnung auf:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Ausführung des Betreuungsgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/6165 -
Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses
- Drucksache 13/6365 -

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Dröscher, das Wort.

Abg. Dröscher, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Sozialpolitische Ausschuss hat den Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung des Landesgesetzes zur Ausführung des Betreuungsgesetzes am 28. September 2000 und der Rechtsausschuss in seiner 45. Sitzung am 17. Oktober 2000 beraten. Die Beschlussempfehlung lautet: Der Gesetzentwurf wird angenommen.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Heinz:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Meine Damen und Herren, ich möchte Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ehrenamtlichen Krankenhaushilfen Sankt Elisabeth und den VdK-Ortsverband Feldkirchen sowie Mitglieder des CDU-Gemeindeverbandes Hachenburg. Seien Sie herzlich willkommen im rheinland-pfälzischen Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Kollegen Kramer das Wort.

Abg. Kramer, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Gesetze der SPD/F.D.P.-Koalition, insbesondere die Sozialgesetze, machen offenbar vor Gericht Schwierigkeiten. Das heißt, das Landesgesetz zur Ausführung des Pflegeversicherungsgesetzes ist mit seiner Bedarfsplanung vom Landessozialgericht verworfen worden. Das Altenpflegegesetz mit seiner Zwangsumlage wurde dem Verfassungsgericht vorgelegt und musste deshalb ausgesetzt werden. Das Landesgesetz zur Ausführung des Betreuungsgesetzes muss vor dem Hintergrund eines Urteils des OVG Rheinland-Pfalz geändert werden.

Meine Damen und Herren, das ist Anlass genug, den Sozialminister oder den für ihn anwesenden Staatssekretär aufzufordern, über das Verhältnis von Recht und Gesetz bezüglich der Landesregierung nachzudenken.

(Zuruf des Ministerpräsidenten -
Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Wenn man drei Gesetze hat und drei Prozesse verliert, ist das kein gutes Zeichen. In dem Urteil heißt es in der Begründung zur Änderung ganz klar - ich zitiere -: „Angesichts der besonderen Bedeutung der Betreuungsvereine soll die Höhe der Landesförderung im Gesetz“, Herr Ministerpräsident, „selbst festgelegt werden. Hiermit lässt sich die Festschreibung konkreter Förderungshöchstbeträge durch eine Verwaltungsvorschrift nicht vereinbaren.“ Das war der Fehler. Dies ist beklagt worden. Damit ist festgestellt worden, dass dieses Gesetz einen handwerklichen Fehler hat. Dadurch müssen wir heute dieses Gesetz verändern und verbessern.

Meine Damen und Herren, wir haben damals der Änderung des Betreuungsgesetzes zugestimmt, obwohl es 1991 ein schnelles Verfahren war. Wir haben schon damals kritisiert, dass in diesem Gesetz Fehler sein könnten. Man hat unsere Bedenken und Anregungen nicht aufgegriffen und musste vor Gericht eine Niederlage hinnehmen.

Meine Damen und Herren, wir werden trotzdem diesem Gesetz zustimmen, weil die Arbeit der Betreuungsvereine und damit die ehrenamtliche Tätigkeit von uns nach wie vor unterstützt und gefördert wird. Wir wissen, dass eine hohe mitmenschliche Zuwendung gegenüber denen, die die Betreuung durchführen und die die Betreuung erfahren, gegeben wird. Dies ist sozialpolitisch und mitmenschlich hoch einzuschätzen. Daher unterstützen wir diese Ehrenamtlichkeit nach wie vor, weil wir wissen, dass viel für die Mitbürgerinnen und Mitbürger getan wird.

Wir mussten die Fehler herausstellen und kritisieren, die bei diesen drei Gesetzen gemacht wurden. Das hindert uns nicht, dem Gesetzentwurf im Sinn einer guten Zusammenarbeit in Richtung Betreuungsgesetz für diese Verbände und ehrenamtlichen Vereinigungen zuzustimmen.

Ich bedanke mich.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Kollegen Dröscher das Wort.

Abg. Dröscher, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei der Vorbereitung dieses Redebeitrags ist mir noch einmal richtig bewusst geworden, dass die Verabschiedung des Betreuungsgesetzes,

die Nachfolge der früheren Vormundschaftsregelungen, nun bereits zehn Jahre zurückliegt. Ich erinnere mich noch gut daran, mit wie viel Hoffnungen, aber auch mit wie viel Unsicherheiten wir diesen Entwurf damals diskutiert haben.

Heute ist das Betreuungsgesetz selbstverständliches und bewährtes Recht. Wir haben 1991 in Rheinland-Pfalz im Landesgesetz zur Ausführung des Betreuungsgesetzes die notwendigen landesrechtlichen Ergänzungen festgeschrieben. Dieses Landesgesetz war auch die Grundlage dafür, dass wir in diesem Land heute ein flächendeckendes Netz von Betreuungsvereinen haben.

Ein wichtiger Inhalt des Landesgesetzes ist die in § 4 festgelegte Förderung der Betreuungsvereine. Danach gewährt das Land 40 % der angemessenen Personal- und Sachkosten. Dazu kommt ein entsprechender Betrag der Kommunen.

Die Einzelheiten dieser Förderung waren bisher auf der Grundlage des § 4 Abs. 1 Satz 2 durch Verwaltungsverordnung geregelt. Das waren 1999 34 220 DM Höchstleistung für die Personalkosten und 10 000 DM Höchstleistung für die Sachkosten.

Nun hat 1999 ein Verwaltungsgericht in einem Einzelfall entschieden, dass eine solche Regelung nur vom Gesetzgeber selbst getroffen werden könne. Die Landesregierung sieht in dieser Entscheidung - eine Revision wurde vom OVG nicht zugelassen; ich zitiere mit Ihrer Genehmigung, Herr Präsident - „nicht unerhebliche Risiken für den Landeshaushalt und die kommunalen Haushalte“.

Wir von der SPD-Fraktion teilen diese Einschätzung und sehen keinen Grund darin, aus der Förderung eine nach oben offene Besoldungsskala zu machen. Deshalb unterstützen wir den Gesetzentwurf der Landesregierung, der für das Jahr 2000 42 000 DM pauschal pro Vollkraft vorsieht und dann jeweils Steigerungen, die dem BAT prozentual entsprechen.

Die SPD-Fraktion begrüßt, dass damit die langjährig bewährte Förderpraxis auf dem bisherigen Niveau fortgeführt und die Rechtssicherheit der Förderung wiederhergestellt wird. Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Bill das Wort.

Abg. Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Ich zitiere: „Wir wollen die Betreuungsvereine nicht nur rechtlich, sondern auch finanziell absichern.“

(Mertes, SPD: Noch mehr!)

Das hat die SPD-Fraktion 1991 bei der Verabschiedung des Landesgesetzes zur Ausführung des Betreuungsgesetzes verkündet. Ich war damals schon im Landtag. Ich habe mich auch nicht mehr erinnert. Ich musste es nachlesen.

Die Höhe der Landesförderung von 40 % sollte im Landesgesetz festgeschrieben werden. Eines blieb bedauerlicherweise unklar, nämlich 40 % von was. Das war wohl der handwerkliche Fehler, der dieser Änderung zugrunde liegt.

Wir begrüßen diese späte Einsicht und dass die Betreuungsvereine in Zukunft mit Pauschalen gefördert werden, die ganz konkret im Gesetz festgeschrieben werden, damit sie ihre wertvolle Arbeit weiterhin unter besseren Rahmenbedingungen fortführen können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Pahler das Wort.

Abg. Frau Pahler, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Betreuungsgesetz löste mit Wirkung vom 1. Januar 1992 das 100 Jahre existierende Recht über die Vormundschaft und Pilegschaft ab. Es ersetzte nicht nur alte Begriffe, sondern führte zu umfassenden Reformen und weitreichenden Veränderungen.

Das Landesgesetz zur Ausführung des Betreuungsgesetzes vom 20. Dezember 1991 regelte seinerseits die Zuständigkeit der Betreuungsbehörden, die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften in Betreuungsangelegenheiten, die Anerkennung der Betreuungsvereine und deren Förderung.

Auf dieser Basis konnte sich im Laufe der letzten neun Jahre ein entsprechendes Netz von Betreuungsvereinen entwickeln. Wer sich die Mühe macht und die Zahlen und Statistiken in seinem Kreisbereich anschaut und sieht, welchen Anteil altersverwirrte Menschen als zu betreuende Personen einnehmen, weiß, dass wir in Zukunft von einer wachsenden Zahl von Menschen auszugehen haben, die auf die gute Arbeit der Betreuungsvereine angewiesen sein wird.

Art, Umfang und Höhe der Förderung werden in einer Verwaltungsvorschrift genau festgelegt. Dieser Tatbestand ist nach neun Jahren erstmalig und einmalig von einem Verwaltungsgericht als nicht richtig beschieden worden. Nun wollen wir Land und Kommunen nicht in finanzielle Risiken schicken. Wir wollen die jetzige Festlegung in der Verwaltungsvorschrift in dem Änderungsgesetz niederlegen.

Gleichzeitig werden mit der Pauschalförderung zwei wichtige Ziele erreicht: die Gleichbehandlung der Betreuungsverei-

ne und eine einfachere Handhabung für Bewilligungsbehörde und Zuschussnehmer. - Die Festlegung der Förderhöhe ist damit in dem Gesetz festgelegt. Mehrkosten für Land und Kommunen entstehen nicht.

(Glocke des Präsidenten)

Wir sind damit auf dem besten Weg. Die F.D.P.-Fraktion stimmt deswegen dem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Vizepräsident Heinz:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Auernheimer das Wort.

Dr. Auernheimer, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit 1992 gewährt das Land den anerkannten Betreuungsvereinen Zuwendungen in Höhe von 40 % der angemessenen Personal- und Sachkosten einer hauptamtlichen Fachkraft. Die Landkreise und kreisfreien Städte sollen Zuwendungen in gleicher Höhe leisten. Die Einzelheiten der Förderung, insbesondere der Höchstbetrag des Personal- und Sachkostenzuschusses, sind in einer Verwaltungsvorschrift geregelt gewesen.

(Unruhe im Hause)

Mit dieser Förderkonzeption ist es gelungen, in Rheinland-Pfalz ein flächendeckendes Netz von zurzeit 100 anerkannten und geförderten Betreuungsvereinen entstehen zu lassen. Damit konnte die Reform des Rechts der Vormundschaft und Pilegschaft für Volljährige im Land erfolgreich umgesetzt werden.

(Glocke des Präsidenten)

Aufgrund einer Einzelfallentscheidung des Verwaltungsgerichts Mainz aus dem Jahr 1999, die vom Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz bestätigt worden ist, ergibt sich die Notwendigkeit der Änderung des Gesetzes. Nach dieser Entscheidung darf durch Verwaltungsvorschrift keine verbindliche Obergrenze für Personal- und Sachkostenzuschüsse festgelegt werden. Eine derartige Begrenzung der Förderung muss der Gesetzgeber selbst vorsehen.

Im Sozialpolitischen Ausschuss und auch hier wurde versucht, die rechtliche Qualität der von dieser Regierung vorbereiteten Gesetze in diesem Zusammenhang grundsätzlich in Zweifel zu ziehen. Dazu ist festzustellen: Die Gesetzentwürfe, die die Landesregierung dem Landtag zuleitet, werden zuvor eingehend fachlich und rechtlich geprüft. Die Vorwürfe, die hier erhoben worden sind, sind unangemessen und überzogen.

(Beifall bei der SPD)

Der Gesetzentwurf sieht eine gesetzliche Neuregelung des Förderanspruchs und der Fördergrundlagen vor, die die von der Verwaltungsgerichtsbarkeit geforderten Anforderungen erfüllt. Neu ist gegenüber der bisherigen Regelung die Festsetzung einer einheitlichen Förderpauschale für die Personal- und Sachkosten einer hauptamtlichen Fachkraft der anerkannten Betreuungsvereine, die im Jahr 2000 42 000 DM beträgt und ab dem Jahr 2001 gemäß den im Gesetz konkret bestimmten Grundlagen fortzuschreiben ist.

Die Festlegung dieser Pauschale entspricht der bisherigen an Obergrenzen orientierten tatsächlichen Förderung aller Betreuungsvereine und bedeutet somit für diese keine wesentliche Änderung des Förderumfangs. Die Gewährung der Pauschale stellt eine angemessene Förderung dar und führt zu einer weitgehenden Gleichbehandlung aller Betreuungsvereine. Sie bedeutet eine Verwaltungsvereinfachung für die Zuschussnehmer und die Bewilligungsbehörde.

Die Landes- und Kommunalförderung wird in ihrem Umfang auf dem bisherigen Niveau beibehalten. Insgesamt entstehen durch die vorgesehene Gesetzesänderung weder für das Land noch für die kommunale Seite Mehrkosten.

Ich möchte mich für die allseitige Zustimmung bedanken, die der Gesetzentwurf in den Ausschussberatungen gefunden hat, und hoffe auf Ihre Zustimmung in der heutigen zweiten Beratung.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen dann zur unmittelbaren Abstimmung über den Gesetzentwurf - Drucksache 13/6165 - in zweiter Beratung, da die Beschlussempfehlung die unveränderte Annahme empfiehlt.

Wer dem Gesetzentwurf in zweiter Beratung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Danke schön. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf in zweiter Beratung einstimmig beschlossen ist.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! - Danke schön. Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf auch in der Schlussabstimmung einstimmig angenommen ist.

Ich rufe nun Punkt 10 der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz über die staatliche Anerkennung
von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern
sowie Sozialpädagoginnen und
Sozialpädagogen (SoAnG)
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/6119 -
Zweite Beratung**

dazu:

**Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Kultur, Jugend und Familie
- Drucksache 13/6366 -**

Ich erteile der Berichterstatterin, Frau Christine Schneider, das Wort.

Abg. Frau Schneider, CDU:

Der Ausschuss für Kultur, Jugend und Familie hat den Gesetzentwurf eines Landesgesetzes über die staatliche Anerkennung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen in seiner 32. Sitzung am 26. September 2000, der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung in seiner 39. Sitzung am 28. September 2000 und der Rechtsausschuss in seiner 45. Sitzung am 17. Oktober 2000 beraten. Es wird empfohlen, den Gesetzentwurf anzunehmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Heinz:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Bischel das Wort. Die Fraktionen haben eine Redezeit von fünf Minuten vereinbart.

Abg. Bischel, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass diesem Gesetz eine einstimmige Zustimmung zuteil wird. Ich will mich aus diesen Gründen kurz fassen, obwohl ich als Vertreter unserer zuständigen Sprecherin einige Worte sagen will.

Grundsätzlich ist zu sagen, dass die Ausbildung der Sozialarbeiterinnen, der Sozialarbeiter, der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen in Rheinland-Pfalz bisher so geregelt war, dass jeder ein sechssemestriges Studium an einer Fachhochschule ableisten musste. Danach hat sich dann eine Prüfung angeschlossen. Anschließend war noch ein Praktikum, ein Ausbildungsjahr, abzuleisten, um dann die staatliche Anerkennung zu erhalten.

Dieses System der so genannten zweiphasigen Ausbildung hat sich in Rheinland-Pfalz über viele Jahre hinweg bewährt. Dass es darüber keinen Zweifel gibt, ergibt sich daraus, dass wir in Rheinland-Pfalz hoch qualifizierte Damen und Herren haben, die diesen sehr bedeutsamen Beruf gerade auch im sozialen Bereich in den Verwaltungen, in den Betrieben, ausüben können. Aber die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ist fortgeschritten.

In vielen anderen Ländern gibt es die Möglichkeit, dass man auch auf eine andere Art und Weise diese staatliche Anerkennung erhalten kann, als Sozialarbeiterin, als Sozialarbeiter oder als Sozialpädagogin oder Sozialpädagoge tätig zu sein, indem ein achtsemestriges Studium an einer Fachhochschule abzuleisten ist und sozusagen die praktische Ausbildung in diesen Studienteil mit einbezogen wird. Dieser Entwicklung wollen wir uns in Rheinland-Pfalz nicht verschließen.

Wir begrüßen deshalb die Vorlage des Gesetzentwurfs durch die Landesregierung, die dieser Entwicklung auch in Rheinland-Pfalz Rechnung tragen will. Wir versprechen uns davon, dass die Ausbildung dieser Damen und Herren in diesem wichtigen Beruf genauso qualifiziert abgeleistet werden kann wie in dem bisherigen Verfahren, das nach wie vor in Rheinland-Pfalz Gültigkeit haben soll.

Meine Damen und Herren, aus diesen Gründen stimmt die CDU-Fraktion dem vorliegenden Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Heinz:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Hartloff das Wort.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist sehr erfreulich, wenn wir in diesem Hause einmal Einigkeit demonstrieren können, und Herr Bischel von der Opposition sagt, dass er die Vorlage ausdrücklich begrüßt. Ich hoffe, dass dies von den anderen Fraktionen ebenso erfolgt. Jedenfalls wurde in den verschiedenen Ausschüssen übereinstimmend Zustimmung zu dem Gesetzentwurf signalisiert.

Es ist der Zug der Zeit, dass die Ausbildung einphasig wird. Diesem Umstand tragen wir mit diesem Gesetz Rechnung. Ich möchte nicht wiederholen, was bereits gesagt wurde.

In der Diskussion im Ausschuss stellte sich die Frage, ob in Rheinland-Pfalz beide Alternativen nebeneinander angeboten werden sollten. Ich bin jemand, der die Lösung sehr stark befürwortet, sowohl die einphasige als auch die zweiphasige Ausbildung parallel anzubieten. Gerade die zweiphasige Ausbildung wird von denjenigen Studentinnen und Studenten

angenommen und nachgefragt, die bereits eine Berufsausbildung hinter sich haben und dies besser miteinander verbinden können. Ich befürworte ausdrücklich, dass dies auch weiterhin in Rheinland-Pfalz als Angebot besteht. Sollte es in einigen Jahren nicht mehr angenommen werden, so hindert uns nichts daran, nur noch die einphasige Ausbildung anzubieten.

Bei der Anhörung des Ministeriums wurden einige Anregungen gegeben, die - wenn ich es richtig gesehen habe - in den wesentlichen Punkten in das Gesetz aufgenommen worden sind oder aber als Anregung an die Fachhochschulen weitergegeben werden, weil sie dort in den Bereich der Hochschulkompetenz der Fachhochschulen fallen, eigenverantwortlich geregelt werden und nicht im Gesetz vorgegeben werden müssen.

Zu begrüßen ist auch eine Verwaltungsvereinfachung, die dahin gehend erfolgt, dass zusammenfassend in einem Gesetz verschiedene frühere Vorschriften geregelt werden. Insofern ist auch dem Vorwurf entgegengewirkt, wir kämen nicht zu Vereinfachungen. Wir kommen zu Vereinfachungen und zeigen dies tagtäglich. Dieses Gesetz ist ein Beispiel dafür.

Ich bitte um Zustimmung und danke für die Vorlage und für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Bill das Wort.

Abg. Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Ich kann mich dem anschließen, was mein Vorredner gesagt hat. Auch wir begrüßen den Entwurf, der die Anpassung an die in der Regel bundesweit praktizierte, integrierte Ausbildung einführen will, ohne die bisherige Praxis abzuschaffen. Das finden wir sehr gut. Es wird quasi einen sanften Übergang geben, sodass auch die Studentinnen und Studenten die Möglichkeit haben, mit den Füßen abzustimmen, was sie möchten.

Wir haben im Ausschuss noch einmal über die besondere Problematik gesprochen, dass dieses Studium überwiegend von Frauen absolviert wird, von denen ein sehr großer Anteil schon einen Beruf hat, schon älter ist und auch Kinder hat. Für diese Frauen wirft das integrierte Studium die Problematik auf, dass das Anerkennungsjahr nicht mehr nach dem Studium abgeleistet werden kann und tariflich besoldet wird, sondern ohne Bezahlung während des Studiums durchlaufen werden muss. Für diejenigen Menschen, die aufgrund der Tatsache, dass es ihre Zweitausbildung ist, kein BAföG bekommen, ist dies ein Problem, das wir jedoch - davon musste ich mich überzeugen lassen - nicht auf dieser Ebene lösen

können, sondern über BAföG geregelt werden müsste, um für diese Menschen noch bessere Möglichkeiten zu schaffen.

Wir werden uns diesem Entwurf anschließen und die Harmonie vervollkommen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD -

Itzek, SPD: Das ist heute eine
richtige Harmonie!)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Pahler das Wort.

Abg. Frau Pahler, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetz geht in Rheinland-Pfalz die Zeit zu Ende, in der es für die staatliche Anerkennung von Berufsangehörigen in der Sozialarbeit und Sozialpädagogik nur den zweiphasigen Ausbildungsgang gab. Bei aller Akzeptanz dieses Ausbildungsangebots ist nicht zu übersehen gewesen, dass bundesweit die Entwicklung hin zur einphasigen Ausbildung gehen wird.

Die optimale Vernetzung von theoretischen und praktischen Aspekten in der Ausbildung ist gerade die Stärke einer FH-Ausbildung. Diese Stärke wie in anderen Fachbereichen nun auch für den Bereich Sozialarbeit und Sozialpädagogik zu nutzen, ist richtig.

Mit dieser Entscheidung für eine einphasige Ausbildung soll nun aber gleichzeitig nicht die alte zweiphasige beendet werden. Sie soll vielmehr neben dem einphasigen Bildungsgang Bestand haben. Die Diskussion im Ausschuss zum vorliegenden Gesetz hat noch einmal verdeutlicht, warum dieser zweigleisige Weg, den wir nun mit diesem Gesetz beschreiten wollen, sinnvoll ist. Anders als in vielen anderen Studiengängen sind die Altersstrukturen und ein vorausgehender beruflicher Werdegang der Studierenden vielfach anders gelagert.

Mit der Parallelität von ein- und zweiphasiger Ausbildung werden Chancen eröffnet, die es ermöglichen, aus unterschiedlichen Lebensperspektiven heraus Zugang zu den Berufsfeldern Sozialarbeit und Sozialpädagogik zu finden.

Mit dem Gesetz werden damit bewährte und bestehende landesrechtliche Regelungen fortgesetzt. Gleichzeitig wer-

den neue Ansätze für die Zukunft geschaffen. Wir sind damit auf einem guten Weg in die Zukunft. Auch wir werden diesem Gesetz zustimmen.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Heinz:

Für die Landesregierung erteile ich der Staatsministerin Frau Dr. Götte das Wort.

**Frau Dr. Götte,
Ministerin für Kultur, Jugend, Familie und Frauen:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Alle Fraktionen haben mir bescheinigt, dass mein Ministerium einen ordentlichen Gesetzentwurf vorgelegt hat, der nach der Anhörung in vielen einzelnen Punkten noch einmal verbessert wurde. Soweit ich sehe, sind keine Wünsche offen geblieben, mit Ausnahme der Empfehlung, dass im Rahmen der einphasigen Ausbildung auch ein Beirat einzurichten wäre. Dies konnten wir jedoch nicht erfüllen, da es eine Selbstverwaltungsangelegenheit der zuständigen Hochschule ist.

Ich danke also dem Ausschuss für Kultur, Jugend und Familie, dem Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung sowie dem Rechtsausschuss für die zügige Beratung. Für die Zustimmung danke ich dem Hause.

(Beifall im Hause)

Vizepräsident Heinz:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur unmittelbaren Abstimmung über den Gesetzentwurf - Drucksache 13/6119 - in zweiter Beratung, da die Beschlussempfehlung die unveränderte Annahme empfiehlt.

Wer dem Gesetzentwurf in zweiter Beratung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Danke schön. Gegenstimmen und Enthaltungen sind nicht erkennbar. Somit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetz in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! - Danke. Damit ist das Gesetz einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe nun Punkt 13 der Tagesordnung auf:

**...tes Landesgesetz zur Änderung des
Verwaltungshochschulgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/6267 -
Erste Beratung**

Gemäß der Absprache im Ältestenrat soll die Behandlung dieses Gesetzentwurfs ohne Aussprache erfolgen. Ich unterbreite Ihnen den Vorschlag, den Gesetzentwurf an den Aus-

schuss für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung - federführend - sowie an den Rechtsausschuss zu überweisen. Wenn es dazu keine Bedenken gibt, ist dies so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Plenarsitzung. Ich lade Sie für die 119. Plenarsitzung am Donnerstag, dem 19. Oktober, 9.30 Uhr, ein. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 18.39 Uhr.